



Statistische Rundschau Nordrhein Westfalen

Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

12

Dezember 1989

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

41. Jahrgang · Dezember 1989

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann

Jahresabonnement: 48,- DM, Einzelheft: 5,- DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf: (0211) 44 97 1,
sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8912



Statistische Rundschau Nordrhein- Westfalen

Inhalts- verzeichnis 1989

41. Jahrgang

Herausgeber:



Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungs- sowie Arbeitsstättenzählung 1987

Bevölkerung am 25. Mai 1987	6/275
Die Konfessionen im Spiegel der Volkszählung 1987	9/441
Die Altersstruktur der Bevölkerung am 25. Mai 1987	9/449
Der Familienstand am 25. Mai 1987	9/456
Erste Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987	6/268
Umfang und Struktur des Gebäudebestandes am 25. Mai 1987	9/458
Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 mit Daten aus anderen Statistiken	6/255
Die wirtschaftliche Struktur der Arbeitsstätten am 25. Mai 1987	9/462
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zensusergebnissen mit Hilfe optischer Massenspeicher: Die australischen Volkszählungen von 1981 und 1986 auf CD-ROM	6/261
Alternativen zur Volkszählung Eine Untersuchung zur Qualität der Melderegister	11/598

Mikrozensus

Individuelle Datenverarbeitung am Beispiel des Mikrozensus	3/111
Sozio-demographische Trends im Spiegel des Mikrozensus	5/213

Bildung

Zur Problematik von Sozialindikatoren	1/22
Praxisnahe ADV-Ausbildung von Soziologiestudenten	5/219

Rechtspflege

Die Strafverfolgung 1988	10/515
------------------------------------	--------

Wahlen

Europawahl am 18. Juni 1989	3/103
Ergebnisse der Europawahl 1989	8/397
Wahlverhalten bei Europawahl am 18. Juni 1989	11/577
Kommunalwahlen am 1. Oktober 1989	7/315

Landwirtschaft

Viehhalter und Viehbestände am 2. Dezember 1988	4/174
Schlachtungen und Schlachtgewichte 1988	4/171
Milcherzeugung und -verwendung 1988	7/326
Buchführung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1987	8/392

Unternehmen und Arbeitsstätten

Auswirkungen der GmbH-Novelle 1980 auf Bestand und Kapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2/70
Gewerbemeldungen 1981 – 1988	10/532
Kapitalgesellschaften 1985 – 1988	12/651

Produzierendes Gewerbe

Die Entwicklung des Schiffbaus sowie des Luft- und Raumfahrzeugbaus 1978 bis 1987	1/5
Herstellung und Verarbeitung von Glas 1978– 1987	2/55
Der Zensus im Bergbau und Produzierenden Gewerbe 1985	3/95
Die konjunkturelle Entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988	5/199
Die Investitionstätigkeit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1987	7/307
Dienstleistungen im Produzierenden Gewerbe	
Ergebnisse der Testerhebung im Mai/Juni 1988	7/311
Unternehmen und Betriebe des Dienstleistungssektors	
Eine erste Strukturanalyse aufgrund einer Testerhebung	12/658
Testerhebung zur Erfassung von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	7/322
Beschäftigungswirkungen der Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1978 und 1987	8/373
Die öffentliche Elektrizitätsversorgung 1988	8/381
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Nordrhein-Westfalens 1988 im Bundesvergleich	11/592
Exportaktivitäten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1988	10/525

Handel und Gastgewerbe

Indien – Handelspartner mit Zukunft	4/149
Die Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1988	7/327
Außenhandel mit den Niederlanden	8/390
Außenhandel mit Frankreich	8/391

Geld und Kredit

Insolvenzen 1988	8/395
Finanzielle Auswirkungen der Insolvenzen von 1987	10/535

Löhne und Gehälter

EG-Arbeitskostenerhebung 1988	4/169
---	-------

Versorgung und Verbrauch

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte 1987	3/116
Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern	
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988	9/469

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Dienstleistungsunternehmen und ihre Wirtschaftsleistung aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	1/8
Sensibilität und Prognoserealisation des LDS-Konjunkturindikators	2/63
Die Ausschaltung von Preiseinflüssen auf die Messung des Wirtschaftswachstums	12/642
Abgrenzung von Regionen nach wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen	1/17
Der nördliche Eifelrand	
Eine aus Gemeinden mit ähnlicher Wirtschafts- und Sozialstruktur gebildete Region	5/207
Der Einzugsbereich der Bundeshauptstadt	
Eine von nichterwerbswirtschaftlichen Institutionen geprägte Region	8/383
Eine Region im Hochsauerland mit typischer Sozialstruktur	11/586
Eine ländliche Region im nordöstlichen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen	12/635

Inhalt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Eine ländliche Region im nordöstlichen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen	635
	Die Ausschaltung von Preiseinflüssen auf die Messung des Wirtschaftswachstums	642
Unternehmen und Arbeitsstätten	Kapitalgesellschaften 1985 bis 1988	651
Produzierendes Gewerbe	Unternehmen und Betriebe des Dienstleistungssektors Eine erste Strukturanalyse aufgrund einer Testerhebung	658
	Beschäftigte in der Industrie Ende Sept. 1989	664
	Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Oktober 1989	650
	Produktion des Verarbeitenden Gewerbes Oktober 1989	650
Bevölkerung	Berufsauspendler, Ergebnisse der VZ '87	659
Handel und Gastgewerbe	Umsätze im Großhandel in den ersten neun Monaten 1989	650
	NRW-Exporte in die ASEAN-Staaten im ersten Halbjahr 1989	650
	Übernachtungen auf Campingplätzen in den ersten drei Quartalen 1989	659
Bautätigkeit	Baugenehmigungen Januar – Oktober 1989	664
Verkehr	LKW-Transportleistungen im Fernverkehr in den ersten sechs Monaten 1989	664
	Bestand an motorisierten Zweirädern am 1. Juli 1989	659
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung	657
<hr/>		
	Tabellenteil	666
	Zahlenspiegel	674

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
- X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

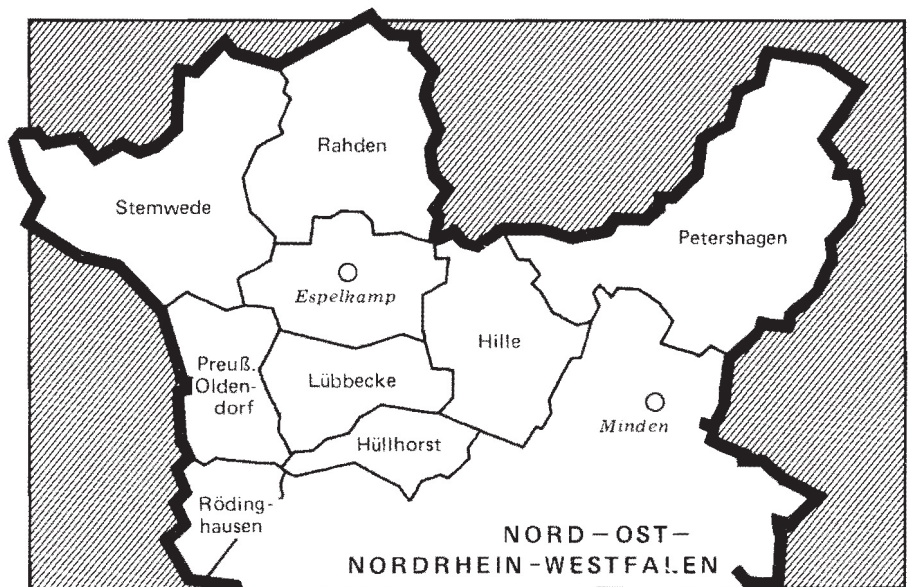
Eine ländliche Region im nordöstlichsten Teil des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur optimalen Abgrenzung von Regionen wurde im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen ein Verfahren entwickelt, mit dem benachbarte Gemeinden zu Gemeindegruppen zusammengefaßt werden. Die Zuordnung der einzelnen Gemeinden zu einer Region erfolgt dabei nach den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen. „Optimal“ ist die Zuordnung dann, wenn sich die Merkmalsausprägungen von Gemeinde zu Gemeinde innerhalb der Regionen so wenig und zwischen den Regionen so viel wie möglich unterscheiden. Am „wichtigsten“ sind diejenigen Merkmale, mit denen die Forderung nach minimalen Unterschieden innerhalb und maximalen Unterschieden zwischen den Regionen am besten erfüllt wird. Der Unterschied zwischen Gemeinden bzw. Regionen wird clusteranalytisch mit der Mahalanobis-Distanz, die Wichtigkeit der Merkmale diskriminanzanalytisch mit Hilfe der „standardisierten kanonischen Koeffizienten“ objektiv gemessen. Die Einzelheiten des Verfahrens sind an anderer Stelle dokumentiert¹⁾. In den Heften 5/1989 (Region „Nördlicher Eifelrand“), 8/1989 (Region „Einzugsbereich der Bundeshauptstadt“) und 11/1989 (Region „Südliches Hochsauerland“) der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen sowie in diesem und in einem weiteren Aufsatz werden einige Regionen, die sich bei den bisherigen Untersuchungen als im o.a. Sinne optimal abgrenzbar erwiesen haben, detailliert dargestellt. Zur Beschreibung der Regionen und der zu ihnen gehörenden Gemeinden werden bis zu 65 wirtschaftliche und soziale Merkmale verwendet. Die genauen Bezeichnungen dieser Merkmale mit ihren Maßeinheiten sowie die Quellenangaben wurden im Heft 11/1987 dieser Zeitschrift zusammengestellt²⁾; die Berichtsjahre wurden demgegenüber so weit wie möglich

aktualisiert. Bei den meisten Merkmalen wurde das Jahr 1987 zugrundegelegt. Auf davon abweichende Berichtsjahre wird im folgenden besonders hingewiesen.

Die von den direkt oder indirekt benachbarten acht Gemeinden Rodinghausen, Hille, Hüllhorst, Lübbecke, Petershagen, Preußisch Oldendorf, Rahden und Stemwede gebildete Region wird nach ihrer Lage hier als „Nord-Ost-NW“ bezeichnet. Die acht Gemeinden umgeben das Gebiet der Gemeinde Espelkamp, die wegen ihrer stark abweichenden Merkmalsausprägungen nicht der untersuchten Region zugeordnet wurde.

schnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten“ auf. In der Region beträgt diese Dauer 6,4, im Landesdurchschnitt 3,1 Tage. Das in der Reihenfolge der Stärke der Abweichung (93 %) nächstfolgende Merkmal „Sonderabfallaufkommen aus Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern je Einwohner (Berichtsjahr 1984)“ liegt in der Region mit 6,4 kg extrem weit unter dem Landesdurchschnitt (91,5 kg). Mit dem Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten hat die Region in einem weiteren Merkmal des Beherbergungswesens eine sehr starke – allerdings negative – Abweichung (84 %); der Anteil er-



Ein Merkmal ist um so auffälliger für eine Region, je weiter der regionale vom landesüblichen Wert abweicht. Die weitaus stärkste prozentuale Abweichung (656 %) besteht bei dem Merkmal „Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten“. Dieser Anteil beträgt in der Region Nord-Ost-NW 18,9 % gegenüber nur 2,5 % im Land Nordrhein-Westfalen. Eine sehr starke positive Abweichung (106 %) weist die Region auch in dem Merkmal „Durch-

reicht in der Region nur 2,4 % gegenüber 14,8 % im Landesdurchschnitt. Auch die nach der relativen Abweichung (70 bis 80 %) folgenden drei Merkmale haben in der Region niedrigere Werte als im Landesdurchschnitt:
– Anteil der Ausländer an den Grundschulern (Nord-Ost-NW 3,5 %; Land 14,8 %)

1) Vgl. Wolfgang Gerß: Abgrenzung von Regionen nach wirtschaftlichen und sozialen Merkmalen. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen; Heft 1/1989, S. 17 ff.

2) Vgl. Wolfgang Gerß: Ein Modell zur Zusammenfassung verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Daten für Gemeinden. Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 11/1987, S. 729 ff.

- Anzahl der Einwohner je qkm (Nord-Ost-NW 136; Land 490)
- Anteil des Bereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Nord-Ost-NW 1,0 %; Land 3,5 %)

Bei zwei Merkmalen besteht eine – ebenfalls negative – Abweichung von 60 bis 70 %:

- Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (Nord-Ost-NW 2,7 %; Land 8,6 %)
- Anteil der Ausländer an den Zuzügen (Nord-Ost-NW 9,0 %; Land 23,4 %)

Von den vier Merkmalen, in denen die Region Abweichungen von 50 bis 60 % aufweist, hat nur das Merkmal „Insolvenzen“ einen über dem Landesdurchschnitt liegenden Wert:

- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik (Nord-Ost-NW 1,2 ; Land 2,9)
- Anteil der Privatleute an den Insolvenzen (Nord-Ost-NW 45,9 %; Land 29,0 %)
- Öffentliche Schulden je Einwohner (Nord-Ost-NW 947 DM; Land 2 205 DM)
- Anteil der Ausländer an den Fortzügen (Nord-Ost-NW 8,3 %; Land 18,7 %)

Das in der Wohngeldstatistik auf einer Fünf-Stufen-Skala je Gemeinde gemessene Mietenniveau wurde hier über die Gemeinden der Regionen bzw. des Landes unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Größe gemittelt. Von den acht Gemeinden der Region haben sieben die unterste Mietenstufe; nur Lübbecke hat die zweitunterste Stufe. Auch die bei insgesamt fünf Merkmalen auftretenden Abweichungen von 40 bis 50 % sind mit Ausnahme des Merkmals „Betten in Beherbergungsstätten“ negativ:

- Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner (Nord-Ost-NW 20,0; Land 13,5)

- Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Nord-Ost-NW 96,4; Land 179,5)
- Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner, Berichtsjahr 1983 (Nord-Ost-NW 48,7 %; Land 89,8 %)
- Anteil des Bereichs Gebietskörperschaften/Sozialversicherung/Organisationen ohne Erwerbszweck/private Haushalte an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Nord-Ost-NW 11,1 %; Land 20,2 %)
- Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude (Nord-Ost-NW 1,4; Land 2,5)

Bei vier Merkmalen beträgt die Abweichung der Region vom Landesdurchschnitt 30 bis 40 %:

- Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche, Berichtsjahr 1985 (Nord-Ost-NW 11,1 %; Land 17,5 %)
- Anteil des Bereichs Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Nord-Ost-NW 13,6 %; Land 19,8 %)
- Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung (Nord-Ost-NW 130,5 qm; Land 99,9 qm)
- Landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb (Nord-Ost-NW 12,7 ha; Land 18,2 ha)

Abweichungen von 20 bis 30 % ergeben sich bei fünf Merkmalen:

- Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner (Nord-Ost-NW 5,8; Land 8,0)
- Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung (Nord-Ost-NW 5,1; Land 4,1)
- Stimmenanteil der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1987 (Nord-Ost-NW 5,9 %; Land 7,5 %)
- Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten je Erwerbstätigen, Berichtsjahr 1986 (Nord-Ost-NW 56 964 DM; Land 72 356 DM)
- Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen, Berichtsjahr 1986 (Nord-Ost-NW 59 520 DM; Land 74 609 DM)

In den folgenden 16 Merkmalen weicht die Region um 10 bis 20 % vom Landesdurchschnitt ab:

- Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (Nord-Ost-NW 528; Land 446)
- Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner (Nord-Ost-NW 34,6; Land 41,6)
- Steuereinnahmekraft je Einwohner (Nord-Ost-NW 910 DM; Land 1 090 DM)
- Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner (Nord-Ost-NW 6,6; Land 7,9)
- Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (Nord-Ost-NW 45,2 %; Land 53,1 %)
- Realsteuerkraft je Einwohner (Nord-Ost-NW 575 DM; Land 674 DM)
- Anteil des Bereichs Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe/Dienstleistungsunternehmen/freie Berufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Nord-Ost-NW 15,6 %; Land 18,2 %)
- Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen (Nord-Ost-NW 51,7 %; Land 45,3 %)
- Verfügbares Einkommen je Einwohner, Berichtsjahr 1986 (Nord-Ost-NW 17 370 DM; Land 20 200 DM)
- Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1984 (Nord-Ost-NW 74,7 %; Land 65,8 %)
- Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner, Berichtsjahr 1986 (Nord-Ost-NW 20 762 DM; Land 23 917 DM)
- Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen (Nord-Ost-NW 51,1 %; Land 45,5 %)
- Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner (Nord-Ost-NW 12,4; Land 11,1)
- Anteil des Bereichs Verarbeitendes Gewerbe/Baugewerbe an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Nord-Ost-NW 39,8 %; Land 35,8 %)
- Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (Nord-Ost-NW 342 %; Land 383 %)
- Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Nord-Ost-NW 74,2 %; Land 82,9 %)

Die für die Region bzw. das Land angegebenen Hebesätze der Gewerbesteuer sind ungewogene arithmetische Mittel der für die einzelnen zugehörigen Gemeinden geltenden Sätze. Für zwei Merkmale -- prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl innerhalb des Jahres 1987 sowie prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl im Zehnjahreszeitraum ab 1977 -- ist die prozentuale Abweichung der Region vom Landesdurchschnitt nicht aussagefähig, weil die Merkmalswerte der einzelnen Gemeinden und damit auch der Landesdurchschnitt positiv oder negativ oder auch Null sein können. Innerhalb des Jahres 1987 hat die Einwohnerzahl in der Region um 0,4 % ab- und im Land um 1,6 % zugenommen. Innerhalb des Zehnjahreszeitraums ergab sich eine Abnahme um 2,1 % (Nord-Ost-NW) bzw. 1,9 % (Land). Abgesehen von diesen beiden Merkmalen beträgt die prozentuale Abweichung der Region vom Landesdurchschnitt bei insgesamt 43 Merkmalen mindestens 10 %. Die verbleibenden 20 der 65 untersuchten Merkmale weisen für die Region Werte auf, die um weniger als 10 % nach oben oder unten vom Landesdurchschnitt abweichen. Diese Merkmale sind (in der Reihenfolge der Stärke ihrer Abweichung): Eingesammelte Abfallmenge (Haus- und Sperrmüll) je entsorgtem Einwohner (Berichtsjahr 1984), Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986), Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahre, Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle, Anteil der in biologischen Kläranlagen behandelten Abwassermengen (Berichtsjahr 1983), Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985), Anteil der Realschüler an den Schülern des siebten Schuljahrganges, Anteil der Einwohner im Alter unter 18 Jahre, Anzahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner, Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden, Anteil der

Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand, Stimmenanteil der F.D.P. bei der Bundestagswahl 1987, entsprechender Stimmenanteil der SPD, Anzahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner, Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern, Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrganges, Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl 1987, Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer, Anteil der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrganges, Anteil der an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner (Berichtsjahr 1983).

Die Gemeinden einer Region sind sich in einem Merkmal um so ähnlicher, je weniger sie sich in ihren Merkmalswerten im Vergleich zu der landesweiten Streuung dieser Werte voneinander unterscheiden. In diesem Sinne wurde für jedes Merkmal die (deskriptive) Standardabweichung der acht Gemeinden der Region Nord-Ost-NW durch die Standardabweichung aller 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen dividiert. Alle Standardabweichungen wurden ungewichtet -- d. h. ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Größe der Gemeinden -- berechnet. Die Quotienten sind in dem Maße kleiner oder größer als 1, wie die Streuung innerhalb der Region von Gemeinde zu Gemeinde kleiner oder größer ist als die landesweite Streuung. Da die acht Gemeinden clusteranalytisch wegen ihrer großen Ähnlichkeit zu der Region Nord-Ost-NW zusammengefaßt wurden, ist zu erwarten, daß sich für verhältnismäßig viele Merkmale Quotienten unter 1 ergeben. Tatsächlich treten bei 58 der 65 untersuchten Merkmale Quotienten unter 1 auf. Der hohe Grad an Homogenität der Region ist damit offensichtlich. Relativ am ähnlichsten sind sich die acht Gemeinden in dem Merkmal „Sonderabfallaufkommen aus Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern je Einwohner (Berichtsjahr 1984)“. Der Quotient der Standardabweichungen beträgt hier nur 0,06. Bei vier Merkma-

len macht die Streuung innerhalb der Region zwischen 10 und 20 % der landesweiten Streuung aus (in Klammern Wert des Quotienten der Standardabweichungen):

- Anteil der Einwohner im Alter unter 18 Jahre (0,11)
- Landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb (0,11)
- Anzahl der Einwohner je km² (0,16)
- Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrganges (0,20)

Bei den folgenden sieben Merkmalen beschränkt sich die Streuung innerhalb der Region auf 20 bis 30 % der landesweiten Streuung:

- Anteil der an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner, Berichtsjahr 1983 (0,20)
- Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude (0,22)
- Anteil des Bereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten (0,23)
- Anzahl der Zuzüge je 1 000 Einwohner (0,27)
- Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche, Berichtsjahr 1985 (0,27)
- Anzahl der Fortzüge je 1 000 Einwohner (0,29)
- Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Katasterfläche, Berichtsjahr 1985 (0,30).

Neun Merkmale haben innerhalb der Region eine Streuung von 30 bis 40 % der landesweiten Streuung:

- Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (0,31)
- Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (0,34)
- Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner, Berichtsjahr 1986 (0,34)
- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik (0,35)
- Anteil der Ausländer an den Grundschülern (0,36)

- Anteil des Bereichs Handel/Verkehr/ Nachrichtenübermittlung an der Gesamtzahl der Beschäftigten (0,36)
- Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (0,37)
- Anteil der Ausländer an den Zuzügen (0,38)
- Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden (0,39)

Bei neun weiteren Merkmalen ist die Streuung innerhalb der Region höchstens halb so groß wie die landesweite Streuung:

- Anteil der Ausländer an den Fortzügen (0,40)
- Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (0,41)
- Prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl innerhalb des Jahres 1987 (0,43)
- Stimmenanteil der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1987 (0,43)
- Verfügbares Einkommen je Einwohner, Berichtsjahr 1986 (0,44)
- Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten (0,44)
- Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern (0,45)
- Anteil des Bereichs Kreditinstitute/ Versicherungsgewerbe / Dienstleistungsunternehmen/ freie Berufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten (0,48)
- Prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl im Zehnjahreszeitraum ab 1977 (0,48)

Unter den sieben Merkmalen, bei denen die Streuung der acht Gemeinden der Region Nord-Ost-NW größer ist als die Streuung der 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden, fällt nur das Merkmal „Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten“ mit einem besonders großen Wert des Quotienten der Standardabweichungen (2,08) aus dem Rahmen. Die Ausprägungen dieses Merkmals

streuen innerhalb der Region zwischen den Gemeinden Hille (17,1 Tage) und Petershagen (11,2 Tage) am oberen sowie Rahden (1,8 Tage) und Lübbecke (1,9 Tage) am unteren Ende der Variationsbreite besonders stark.

Wegen der unterschiedlichen Maßeinheiten und der verschiedenen hohen Niveaus der Merkmalswerte ist die Streuung von Merkmal zu Merkmal nur nach dem Variationskoeffizienten als relativem Streuungsmaß vergleichbar. Der Variationskoeffizient der acht Gemeinden der Region Nord-Ost-NW ergibt sich für jedes Merkmal als Quotient aus der (deskriptiven) Standardabweichung und dem Absolutbetrag des arithmetischen Mittels. Die Standardabweichungen und Mittelwerte wurden dazu als ungewichtete Maße berechnet. Ein Merkmal drückt um so eher die Ähnlichkeit der Gemeinden der Region aus, je kleiner der Variationskoeffizient ist. Die folgenden acht Merkmale haben sehr kleine Variationskoeffizienten (unter 0,05) und sind in diesem Sinne für die Abgrenzung der Region besonders bedeutsam:

- Anteil der Einwohner im Alter unter 18 Jahre (0,0135)
- Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden (0,0237)
- Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (0,0286)
- Anteil der an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner, Berichtsjahr 1983 (0,0293)
- Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (0,0318)
- Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand (0,0398)
- Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Katasterfläche, Berichtsjahr 1985 (0,0410)
- Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1984 (0,0457)

Die relativ größte Variation innerhalb der Region ergibt sich mit einem Koeffizienten von 2,0818 für das Merkmal „Anteil des Bereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten“.

Im Folgenden wird jede der acht Gemeinden der Region Nord-Ost-NW mit denjenigen Merkmalen beschrieben, in denen sie sich von den anderen Gemeinden der Region in besonderem Maße unterscheidet. Die Gemeinde Rödinghausen weist innerhalb der Region den maximalen Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche auf (Berichtsjahr 1985). Unter den Merkmalen der Bevölkerungsbewegung fällt der minimale Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen auf. Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 1987 ist der Stimmenanteil der CDU in Rödinghausen für die Region sehr niedrig, der Anteil der SPD dagegen sehr hoch. Von den Merkmalen des Wohnungswesens erreichen die Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung und die Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung niedrigere Werte als in jeder anderen Gemeinde der Region. Der Anteil der Privatleute an den Insolvenzen ist mit 100 % maximal. Nach der Wirtschaftskraft – gemessen durch die zu Marktpreisen oder zu Faktorkosten bewertete Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986) – steht Rödinghausen an der Spitze der Region. Die Branchenstruktur ist durch einen besonders hohen Anteil des Bereichs Kreditinstitute / Versicherungsgewerbe/Dienstleistungsunternehmen/ freie Berufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten gekennzeichnet. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb ist sehr klein. An der unteren Grenze des von der Region eingenommenen Wertebereichs steht Rödinghausen auch bei der Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner. Die öffentlichen Schulden je Einwohner sind dagegen relativ hoch.

In der Gemeinde Hille ist der Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahre besonders hoch. Die Bevölkerungsbewegung ist durch sehr geringe Anzahlen der Zuzüge und der Fortzüge je 1 000 Einwohner sowie durch sehr niedrige Anteile der Ausländer an den

Zuzügen und den Fortzügen gekennzeichnet. Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1984 war höher als in jeder anderen Gemeinde der Region. Die gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986) liegen auf sehr niedrigem Niveau. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist innerhalb der Region in Hille am höchsten. Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ist sehr klein. Von den Merkmalen des Beherbergungswesens ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten besonders groß, der Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten dagegen besonders gering. Auffallend hoch ist der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle. Als einzige Gemeinde der Region hatte Hille im Jahre 1984 keine Sonderabfälle aus Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern.

Die Gemeinde Hüllhorst hat in der Region den niedrigsten Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahre. Die Anzahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner ist sehr groß, die Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner sehr klein. Bei der prozentualen Veränderung der Einwohnerzahl innerhalb des Jahres 1987 erreicht Hüllhorst als einzige Gemeinde der Region einen positiven Wert. Unter den Merkmalen der Bevölkerungsbewegung fällt noch der hohe Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen auf. Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 1987 hat Hüllhorst innerhalb der Region den niedrigsten Stimmenanteil der F.D.P.. Das auffälligste Merkmal des Bildungswesens ist die geringe Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer. Die Anteile der an der öffentlichen Wasserversorgung und an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (Berichtsjahr 1983) sind besonders niedrig.

Sehr hoch ist der Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern. Einen sehr hohen Wert erreicht Hüllhorst auch beim Anteil des Bereichs Verarbeitendes Gewerbe/Baugewerbe an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Von den Merkmalen des Straßenverkehrs ist der Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner relativ hoch, der Anteil der Unfälle mit Personenschaden an der Gesamtzahl der Straßenverkehrsunfälle dagegen gering. Nach der Realsteuerkraft und Steuereinnahmekraft je Einwohner steht Hüllhorst am unteren Ende des von der Region eingenommenen Wertebereichs.

Die Gemeinde Lübbecke hat innerhalb der Region den niedrigsten Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985) und die größte Anzahl der Einwohner je qkm. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung ist relativ hoch. Lübbecke weist als einzige Gemeinde der Region eine positive Veränderung der Einwohnerzahl im Zehnjahreszeitraum ab 1977 auf. Die Anzahl der Zuzüge und der Fortzüge je 1 000 Einwohner ist sehr groß, der Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen sehr niedrig. Der Stimmenanteil der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1987 ist größer als in jeder anderen Gemeinde der Region. Auch die Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner ist sehr hoch. Das Bildungswesen ist durch eine große Anzahl der Grundschüler je Grundschullehrer sowie durch hohe Anteile der Hauptschüler und der Gymnasialschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs gekennzeichnet. Nach der Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude liegt Lübbecke an der Spitze der Region. Dies gilt auch für das verfügbare Einkommen sowie das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1986). Die Anteile der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten und der Personen mit

Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern sind besonders hoch, der Anteil der Männer an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern dagegen besonders niedrig. Bei der Branchenstruktur fallen der für die Region niedrige Anteil der Land- und Forstwirtschaft sowie die hohen Anteile der Bereiche Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung und Gebietskörperschaften/Sozialversicherung/Organisationen ohne Erwerbszweck/private Haushalte an der Gesamtzahl der Beschäftigten auf. Der Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand und die Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner sind relativ groß. In der Realsteuerkraft und der Steuereinnahmekraft je Einwohner übertrifft Lübbecke alle anderen Gemeinden der Region. Der Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (Berichtsjahr 1983) ist besonders hoch, der Anteil der in biologischen Kläranlagen behandelten Abwassermengen (Berichtsjahr 1983) dagegen extrem niedrig.

Die Bevölkerungsstruktur der Gemeinde Petershagen ist durch einen relativ niedrigen Anteil der Einwohner im Alter unter 18 Jahre und einen sehr niedrigen Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung gekennzeichnet. Niedrig ist auch die Anzahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner. Gleiches gilt für den Anteil der Ausländer an den Grundschülern und den Anteil der Hauptschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs. Auch nach dem verfügbaren Einkommen und dem Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen je Einwohner (Berichtsjahr 1986) liegt Petershagen am unteren Ende des von der Region eingenommenen Wertebereichs. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist sehr niedrig. Besonders große Werte erreichen dagegen – offensichtlich im

Zusammenhang mit dem Kraftwerk Schlüsselburg – die Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986) und der Anteil des Bereichs Energie-/Wasserversorgung/Bergbau an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Der Anteil des Bereichs Verarbeitendes Gewerbe/Baugewerbe an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist demgegenüber relativ klein. Nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb steht Petershagen an der Spitze der Region. Der Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner ist für die Region niedrig. Die eingesammelte Abfallmenge (Haus- und Sperrmüll) je entsorgten Einwohner (Berichtsjahr 1984) ist deutlich größer als in den anderen Gemeinden.

Die Gemeinde Preußisch Oldendorf weist einen relativ hohen Anteil der Ausländer und einen sehr hohen Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen auf. Unter den Merkmalen des Wohnungswesens ist die Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung auffallend groß. Der Anteil des Bereiches Kreditinstitute / Versicherungsgewerbe / Dienstleistungsunternehmen / freie Berufe an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist niedriger als in jeder anderen Gemeinde der Region. Das auffälligste Merkmal von Preußisch Oldendorf ist die extrem große Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner.

Die Gemeinde Rahden hat einen besonders niedrigen Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985). Nach der Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner steht Rahden an der Spitze der Region. Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden ist niedriger als in jeder anderen Gemeinde der Region. Gering ist auch die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten je Erwerbstätigen (Berichtsjahr 1986). Die

Anzahl der Betten in Beherbergungsstätten je 1 000 Einwohner und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten sind sehr gering, der Anteil der ausländischen Gäste an den Übernachtungen in Beherbergungsstätten dagegen relativ hoch. Die öffentlichen Schulden je Einwohner sind extrem niedrig. Auch nach der eingesammelten Abfallmenge (Haus- und Sperrmüll) je entsorgten Einwohner (Berichtsjahr 1984) liegt Rahden am unteren Ende des von der Region eingenommenen Wertebereichs.

Die Gemeinde Stemwede hat innerhalb der Region die wenigsten Einwohner je qkm. Innerhalb des Zehnjahreszeitraums ab 1977 hat die Einwohnerzahl hier prozentual am stärksten abgenommen. Relativ hoch ist der Anteil der Ausländer an den Fortzügen. Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1984 war niedriger als in den anderen Gemeinden der Region. Die Stimmenanteile bei der Bundestagswahl 1987 waren für die CDU und die F.D.P. besonders hoch, für die SPD und die GRÜNEN dagegen besonders niedrig. Das Bildungswesen ist durch relativ hohe Anteile der Ausländer an den Grundschulern und der Realschüler an den Schülern des siebten Schuljahrgangs gekennzeichnet. Sehr groß ist die Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung. Als einzige Gemeinde der Region hatte Stemwede im Berichtsjahr keine Insolvenzen von Privatleuten zu verzeichnen. Der Anteil der Personen mit Dienstleistungsberufen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern ist sehr niedrig. Dies gilt auch für die Anteile der Bereiche Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung und Gebietskörperschaften/Sozialversicherung/Organisationen ohne Erwerbszweck/private Haushalte an der Gesamtzahl der Beschäftigten. Die Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ist relativ groß. Der Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand ist besonders niedrig. Stemwede hat innerhalb

der Region den niedrigsten Hebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Weit höher als in den anderen Gemeinden der Region ist das Sonderabfallaufkommen aus Produzierendem Gewerbe und Krankenhäusern je Einwohner (Berichtsjahr 1984).

Zum Vergleich von Merkmalen mit unterschiedlichen Maßeinheiten ist die Verwendung von dimensionslosen standardisierten statt der ursprünglichen Meßwerte zweckmäßig. Die Standardisierung erfolgt, indem gesondert für jedes Merkmal von den Werten der einzelnen Gemeinden das ungewogene arithmetische Mittel aller 396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen subtrahiert und jede dieser Differenzen durch die (deskriptive) ungewogene Standardabweichung der 396 Gemeinden dividiert wird. Die standardisierten Gemeindevorte haben je Merkmal über alle 396 Gemeinden das arithmetische Mittel Null und die Standardabweichung 1. An den standardisierten Werten ist direkt abzulesen, ob eine Gemeinde nach einem Merkmal – im Verhältnis zu der merkmaltypischen üblichen Streuung – relativ besonders weit über (positiver standardisierter Wert) oder unter (negativer Wert) dem Durchschnitt der 396 nordrhein-westfälischen Gemeinden liegt. Im folgenden sind die Fälle extremer standardisierter Einzelwerte – mit Absolutbeträgen von mehr als 2 -- aufgeführt. Für Rödinghausen sind dies die Merkmale Anteil der Privatleute an den Insolvenzen (+2,5777), Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (+2,0471) und Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner (-2,0035). Hille weist in den Merkmalen Anteil der Einwohner im Alter ab 65 Jahre (+2,9285), Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen (+2,0285), Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (+2,4996), durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten (+5,5574) und Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (+2,2352) extreme Werte auf. Für Hüllhorst sind die Ausprägungen der Merkmale Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen (+2,0241) bzw. an den Fortzügen (+2,8603), Wohnflä-

che je fertiggestellte Wohnung (+2,0388), Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (+2,2889) und Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (-2,8649; Berichtsjahr 1983) extrem. Lübecke hat nur bei der Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner einen extremen Wert (+2,9223). Für Petershagen sind die Merkmale Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen (+3,7085; Berichtsjahr 1986), Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (+2,4773), durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten (+3,2361) und Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (-2,7213; Berichtsjahr 1983) zu erwähnen. Preußisch Oldendorf hat extreme Werte in den Merkmalen Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen (+2,5274), Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung (+2,2378), durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Beherbergungsstätten (+2,6065) und Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (+2,0471). Rahden weist in den Merkmalen Anzahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner (+2,1801), Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (+2,3121) und Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (-2,3656; Berichtsjahr 1983) besonders stark abweichende Werte auf. Für Stemwede ergeben sich in den Merkmalen Anteil der Privatleute an den Insolvenzen (-4,4144), Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten (+2,0273), Anteil der Personenkraftwagen am Kraftfahrzeugbestand (-2,4325) und Anteil der an öffentlichen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner (-2,2282; Berichtsjahr 1983) extreme Absolutbeträge der standardisierten Werte.

Für die Kennzeichnung der Region haben diejenigen Merkmale eine besondere Bedeutung, deren Werte in allen zugehörigen Gemeinden einheitlich über oder einheitlich unter dem ungewogenen Durchschnitt der

396 Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen liegen. Dies ist bei 15 der 65 untersuchten Merkmale der Fall. Einheitlich positive Abweichungen vom Durchschnitt weisen die drei Merkmale Anteil der Erholungs-, Landwirtschafts-, Wald- und Wasserfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985), Wohnfläche je fertiggestellte Wohnung und Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner auf. Einheitlich negativ sind die Abweichungen bei den folgenden zwölf Merkmalen:

- Anteil der Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsfläche an der Katasterfläche (Berichtsjahr 1985)
- Anzahl der Einwohner je qkm
- Anteil der Einwohner im Alter unter 18 Jahre
- Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung
- Prozentuale Veränderung der Einwohnerzahl innerhalb des Jahres 1987
- Anteil der Ausländer an den Zuzügen
- Anteil der Ausländer an den Fortzügen
- Anteil der Ausländer an den Grundschulern
- Anzahl der Wohnungen je vorhandenes Wohngebäude
- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik
- Anteil des Bereichs Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung an der Gesamtzahl der Beschäftigten
- Landwirtschaftlich genutzte Fläche je landwirtschaftlichen Betrieb

Nach den einleitenden Ausführungen wird die Wichtigkeit der Merkmale für die Abgrenzung der Region vom übrigen Nordrhein-Westfalen mit den „standardisierten kanonischen Koeffizienten“ bestimmt. Dabei ist der Vergleich der Region Nord-Ost-NW mit anderen Regionen aufschlußreich. 22 Merkmale haben für die Abgrenzung der hier untersuchten Region ein größeres relatives Gewicht – d. h. einen höheren Anteil an der jeweiligen Summe der standardisierten kanonischen Koeffizienten aller 65 Merkmale – als für die Abgrenzung der drei früher beschriebenen Regionen „Nördlicher Eifelrand“, „Einzugsbereich der Bundeshauptstadt“ und „Südliches

Hochsauerland“.³⁾ Mit jeweils vier Merkmalen sind unter den 22 Merkmalen, die in diesem Sinne für die Region Nord-Ost-NW relativ wichtiger sind als für die drei Vergleichsregionen, vor allem die die Bevölkerungsbewegung und die Wahlergebnisse beschreibenden Merkmale verhältnismäßig häufig vertreten. Die folgenden 13 Merkmale erreichen für die Region Nord-Ost-NW eine mehr als doppelt so große relative Wichtigkeit wie für jede Vergleichsregion:

- Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen
- Anteil der Erwerbspersonen an den Fortzügen
- Stimmenanteil der CDU bei der Bundestagswahl 1987
- Stimmenanteil der SPD bei der Bundestagswahl 1987
- Stimmenanteil der F.D.P. bei der Bundestagswahl 1987
- Stimmenanteil der GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1987
- Anzahl der betriebenen Betten in Allgemeinkrankenhäusern je 1 000 Einwohner
- Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten
- Anzahl der Beschäftigten je Betrieb im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
- Anzahl der Wohnräume je vorhandene Wohnung
- Anzahl der Straßenverkehrsunfälle je 1 000 Einwohner
- Anteil der an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossenen Einwohner (Berichtsjahr 1983)
- Mietenstufe nach der Wohngeldstatistik

Diese Merkmale haben entweder wegen ihrer besonders hohen oder wegen ihrer besonders niedrigen Gemeindewerte für die Abgrenzung der Region Nord-Ost-NW eine herausragende Bedeutung.

3) Vgl. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen Hefte 5/1989 (S. 207 ff.), 8/1989 (S. 383 ff.) und 11/1989 (S. 586 ff.)

Die Ausschaltung von Preiseinflüssen auf die Messung des Wirtschaftswachstums

Die Ausschaltung von Preiseinflüssen ist eines der wichtigsten, aber auch eines der schwierigsten Arbeitsgebiete der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die für die Berechnungen notwendigen Ausgangsdaten liegen in Preisen vor, die von den Käufern der Güter jeweils zu einem bestimmten Zeitpunkt bezahlt worden sind. Dieselbe Menge eines Gutes kann zu einem späteren Zeitpunkt einen höheren oder einen niedrigeren Preis haben. Daher hilft die Betrachtung der Werte in jeweiligen Preisen nicht weiter, wenn festgestellt werden soll, ob das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit sich im Zeitablauf mengenmäßig vermehrt oder vermindert hat. Anhand der Werte in jeweiligen Preisen, die auch als „nominale“ Werte bezeichnet werden, ist nicht erkennbar, inwieweit deren Entwicklung durch eine Preis- oder Mengenänderung bzw. durch die Kombination dieser beiden Einflußgrößen entstanden ist. Die Kenntnis der mengenmäßigen Entwicklung ist unbedingt erforderlich, wenn Angaben zum Wachstum der Wirtschaftsleistung gewünscht werden.

Eine Mengenberechnung stößt jedoch auf Schwierigkeiten, weil es sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen immer um Zusammenfassungen verschiedenster Güter mit unterschiedlichen Mengeneinheiten handelt, die sich nicht addieren lassen. Eine solche Aggregation ist aus diesem Grunde auf der Mengenebene nicht möglich, sondern kann nur über die Geldwerte der Güter erfolgen. Damit gibt es streng genommen auch keine „realen“ Werte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Veränderungen von Mengen lassen sich dagegen durch einen Kunstgriff nachweisen, indem die Preise der Güter für eine längere Zeit rechnerisch konstant gehalten werden, unabhängig von ihren tatsächlichen Veränderungen. Dann muß eine Änderung der mit konstanten Preisen bewerteten

Gütermengen zwangsläufig eine Mengenänderung widerspiegeln¹⁾. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dazu ein als „Basisjahr“ bezeichnetes Bezugsjahr festgelegt, dessen Güterpreise an die Mengen der in den folgenden Berichtsjahren produzierten Güter angelegt werden. Auf diese Weise ergibt sich eine von Preisänderungen bereinigte Zeitreihe. Die bereinigten Werte werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter Angabe des Basisjahres, z. B. „in Preisen von 1980“ oder allgemein „in konstanten Preisen“ nachgewiesen. Dabei ist immer zu bedenken, daß die absoluten Werte für sich gesehen keine Aussagekraft haben. Ihre Höhe ist abhängig von den Güterpreisen eines willkürlich festgelegten Basisjahres. Ändert man das Basisjahr, dann ändern sich auch die Werte der folgenden Berichtsjahre.

Werte in konstanten Preisen werden auf der Entstehungs- und Verwendungsseite berechnet. Die Ausführungen beziehen sich hier auf die Bereinigung von Preisveränderungen bei dem wichtigsten Aggregat der Entstehungsrechnung, der Bruttowertschöpfung bzw. dem Bruttoinlandsprodukt, als Ausdruck der Wirtschaftsleistung eines Gebietes. Hierbei besteht die Schwierigkeit, daß die Wertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt theoretische Größen sind. Sie lassen sich nicht unmittelbar als Ergebnis des Produktionsprozesses beobachten. Vielmehr ergeben sie sich erst durch einen Rechenvorgang. Die Wertschöpfung kann entweder als Summe ihrer Komponenten (Gewinne, Zinsen auf das eingesetzte Kapital, Löhne und Gehälter usw.) ermittelt werden oder indirekt als Differenz aus den Werten für die hergestellten Güter und die bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Die Zerlegung in Mengen und Preise, die

die Voraussetzung für die Ausschaltung von Preiseinflüssen ist, läßt sich weder bei der als Summe noch bei der als Differenz ermittelten Wertschöpfung unmittelbar vornehmen.

Im folgenden wird zunächst auf die Grundlagen der Preisbereinigung der Wirtschaftsleistung kurz eingegangen. Das Schwergewicht der Ausführungen liegt auf der Darstellung der Vorgehensweise in den Berechnungen für die Bundesländer und der damit verbundenen Probleme. In diesem Zusammenhang werden auch Aspekte der Deflationierung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erörtert.

Grundlagen der Preisbereinigung

Da es nicht möglich ist, die nominalen Ergebnisse der Bruttowertschöpfung direkt von Preisveränderungen zu bereinigen, setzt in der Berechnung für das Bundesgebiet die Bereinigung bei den Größen an, die zur Ermittlung der Wertschöpfung herangezogen werden: beim Produktionswert und bei den Vorleistungen. Die Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen errechnet sich dann als Differenz aus dem Produktionswert in konstanten Preisen und den Vorleistungen in konstanten Preisen. Dieser Vorgang wird als „doppelte Deflationierung“ bezeichnet.

Zur Deflationierung werden die nominalen Werte der Output- und Vorleistungsgüter eines bestimmten Berichtsjahres durch die Werte eines Preisindex vom Paasche-Typ dividiert. Alternativ können die Werte des Basisjahres auch mit Werten eines Mengenindex auf das Berichtsjahr fortgeschrieben werden, um Werte in konstanten Preisen zu erhalten. Eine weitere Möglichkeit ist die Bewertung der Mengen der Berichtsjahre direkt mit den Preisen des Basisjahres. Die Deflationierung mit dem Paasche-Preisindex ist jedoch auf Grund der besseren Datenlage das gebräuchlichere Verfahren.

1) Da der Berechnung keine echten Gütermengen zugrunde liegen, wird auch von „Gütervolumen“ gesprochen. Siehe dazu: H. Bartels, „Sozialprodukt zu konstanten Preisen“, in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2, 1953, Seite 47.

Der Paasche-Preisindex zeigt an, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr verändert haben, wobei jeweils die Mengen des Berichtsjahres die Gewichtungsfaktoren bilden. Bezogen auf mehrere Berichtsjahre handelt es sich demnach um einen Preisindex mit wechselnder Wägung. Dabei kann die Preisentwicklung eigentlich immer nur zwischen einem bestimmten Berichtsjahr und dem Basisjahr betrachtet werden. Der Vergleich verschiedener Berichtsjahre ist nur bedingt möglich, weil dann die Preisentwicklung auch durch die unterschiedlichen Mengengewichte beeinflusst wird²⁾.

Eine andere Einschränkung ergibt sich dadurch, daß bei einer Deflationierung mit dem Paasche-Preisindex die Preisrelationen des Basisjahres auf die Mengen der folgenden Berichtsjahre übertragen werden. Da Preise und Mengen voneinander abhängen – geringere Mengen sind normalerweise mit höheren Preisen verbunden und umgekehrt – kann es sein, daß die Preisrelationen des Basisjahres nicht mehr zu den veränderten Mengenrelationen der folgenden Berichtsjahre passen³⁾. Um diesen Preisverschiebungen Rechnung zu tragen, wird das Basisjahr von Zeit zu Zeit aktualisiert. Im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist festgelegt worden, alle fünf Jahre auf ein neues Preisbasisjahr überzugehen⁴⁾. Zur Zeit liegt den Ergebnissen in konstanten Preisen das Basisjahr 1980 zugrunde. 1990/91 werden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Rahmen einer Revision auf das Basisjahr 1985 umgestellt.

Im Unterschied zu dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Paasche-Preisindex mit wechselnder Wägung liegt den Preisindizes für die Lebenshaltung ein

Preisindex vom Laspeyres-Typ zugrunde. Bei diesem Index werden die Mengengewichte der Basisperiode konstant gehalten und nur die reinen Preisänderungen in den Folgeperioden beobachtet. Außerdem gehen in die Preisindizes der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Güter ein, die zur Berechnung der jeweiligen volkswirtschaftlichen Aggregate erforderlich sind. Die Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigen dagegen nur die Güterarten und deren Mengen, die repräsentativ für den Konsum der privaten Haushalte sind (repräsentativer Warenkorb). Beim Preisindex des Bruttoinlandsprodukts

Probleme der Preisbereinigung

Die Ausschaltung von Preisveränderungen wird durch das in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geltende institutionelle Prinzip erschwert. Nach diesem Prinzip werden alle Aktivitäten eines Unternehmens einem einzigen Wirtschaftsbereich zugeordnet, und zwar dem Bereich, dem der wirtschaftliche Schwerpunkt des Unternehmens zuzurechnen ist. Hierdurch werden auch die branchenfremden Güter, die das Unternehmen produziert, als demselben Wirtschaftsbereich zugehörend angesehen. Dagegen beziehen sich alle Indizes, die zur Deflationierung herangezogen werden, auf Gruppen von gleichartigen Gütern. Grundlage der Deflationierung bilden daher in der Bundesrechnung Input-Output-Tabellen, die für das gesamte Bundesgebiet nach homogenen Produktionsbereichen aufgestellt werden. Für die Umstellung auf das Schwerpunktkonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt es spezielle Übergangstabellen.

In der Praxis ist es nicht immer leicht festzustellen, inwieweit bei den wirtschaftlichen Transaktionen Preis- oder Mengenänderungen auftreten. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Behandlung der Qualitätsänderungen von Waren sowie aus dem Markt verschwindende oder neu auftretende Güter und Dienstleistungen. Da es sich hier um grundlegende Probleme der Preisstatistik handelt, wird an dieser Stelle nicht mehr darauf eingegangen.

Die Möglichkeiten der Preisbereinigung sind nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleich gut. Am besten sind sie in den Bereichen, in denen Waren produziert werden oder mit Waren gehandelt wird, wie in der Land- und Forstwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe und im Handel. Hier stehen eine Reihe von Preisindizes aus der

Preisindizes für das Bruttoinlandsprodukt, den privaten Verbrauch und die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1980 bis 1988 – Bundesgebiet

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Lebenshaltung aller privater Haushalte
	1980 = 100		
1981	104,0	106,2	106,3
1982	108,6	111,2	111,9
1983	112,1	114,8	115,6
1984	114,3	117,7	118,4
1985	116,9	120,2	121,0
1986	120,5	119,6	120,7
1987	122,9	120,3	121,0
1988	124,8	121,9	122,4

treten besonders dann starke Abweichungen gegenüber den Preisindizes der Lebenshaltung auf, wenn die Preise der Input-Güter (z. B. die Preise der bei der Produktion eingesetzten Importgüter) einen anderen Verlauf genommen haben als diejenigen der Outputgüter. Am ehesten entspricht der Preisindex des privaten Verbrauchs aus der Verwendungsrechnung den Preisindizes der Lebenshaltung (siehe Tabelle), obwohl auch hier die genannten konzeptionellen Unterschiede eine Rolle spielen.

2) Vgl. H. Bartels, „Preisindizes in der Sozialproduktberechnung“, Wirtschaft und Statistik, Heft 1, 1963, Seite 17.

3) Vgl. „Sozialprodukt zu konstanten Preisen“, a.a.O., Seite 47.

4) Vgl. Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, 2. Auflage, 1984, Seite 171.

Preisstatistik zur Verfügung: Der Index der Erzeugerpreise land- und forstwirtschaftlicher Produkte, der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, der Index der Einfuhr- und Ausfuhrpreise, der Preisindex für Bauwerke, der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel, der Index der Großhandelsverkaufspreise und der Index der Einzelhandelspreise. Die Zerlegung der nominalen Werte in eine Preis- und eine Mengenkomponente ist bei den Dienstleistungsunternehmen schwieriger. Hier gibt es zwar Bereiche, bei denen die Abgrenzung der Komponenten keine Probleme aufwirft, wie z. B. bei den handwerklichen Dienstleistungen (Reinigung, Körperpflegegewerbe). Bei anderen Bereichen, wie z. B. bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen oder im Bereich Wissenschaft, Bildung und Publizistik ist dies oft nicht ohne weiteres möglich.

Im Bereich „Wohnungsvermietung“ werden mit der Nutzung der Wohnungen durch die Eigentümer sogar fiktive Transaktionen erfaßt, für die Preise bestimmt werden müssen. In diesem Fall hilft man sich, indem man die Mietpreise von vergleichbaren vermieteten Wohnungen ansetzt und deren Veränderungen berücksichtigt. Eine Sonderstellung nehmen der Staat und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ein. Für die von diesen Institutionen erbrachten Leistungen bilden sich keine Preise auf dem Markt, weil sie zum großen Teil der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden (nichtmarktbestimmte Dienstleistungen). Wegen der fehlenden Marktpreise wird die Produktion der Institutionen anhand ihrer Kostenelemente ermittelt. Entsprechend kann eine Ausschaltung von Preiseinflüssen auch nur bei diesen Kostenelementen ansetzen.

Um „reale“ Werte für das Bruttoinlandsprodukt ermitteln zu können, müssen darüber hinaus die pauschalen Bereinigungsposten „Unterstellte

Entgelte für Bankdienstleistungen“, „Einfuhrabgaben“ und „Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer“ preisbereinigt werden. Hierbei handelt es sich um finanzielle Transaktionen, denen keine Mengen direkt gegenüberstehen, so daß eine Preisbereinigung eigentlich gar nicht möglich ist. Damit die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen nicht an diesen Posten scheitert, bedient man sich einer Hilfskonstruktion. Dazu greift man auf die gütermäßigen Vorgänge zurück, die zu den finanziellen Transaktionen geführt haben. So sind dies bei den Steuern und Einfuhrabgaben die Güter, die der Besteuerung bzw. der Abgabepflicht unterliegen haben. Die Steuer- und Abgabebeträge in konstanten Preisen werden errechnet, indem an die Werte der besteuerten bzw. abgabepflichtigen Güter in Preisen des Basisjahres diejenigen Steuer- oder Abgabesätze angelegt werden, die im Basisjahr Gültigkeit hatten. Damit drückt sich in der Änderung der Steuern und Einfuhrabgaben in konstanten Preisen die mengenmäßige Änderung der besteuerten und abgabepflichtigen Güter aus. Bei der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer ist zu berücksichtigen, daß sie sich als Differenz aus der den Käufern der Güter in Rechnung gestellten Umsatzsteuer und derjenigen Umsatzsteuer ergibt, die den Unternehmen von ihren Lieferanten in Rechnung gestellt wurde und als Vorsteuer abzugsfähig war. Hier wird jeder der beiden Ströme zunächst gemäß dem o.a. Verfahren getrennt deflationiert. Anschließend ergibt der Saldo der deflationierten Werte die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer in konstanten Preisen⁵⁾.

Ausschaltung von Preisveränderungen in den Berechnungen für die Bundesländer

Die nominalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in der o.a. Form vom Statistischen Bundesamt für das Bundesgebiet insgesamt um die Preisveränderungen bereinigt. Schon auf dieser

Gebietsebene gibt es z. T. erhebliche Probleme. Weit schwieriger ist die Preisbereinigung für die Regionen innerhalb des Bundesgebiets. Hier mangelt es an regionalspezifischen Preisindizes und weitgehend an Zahlen für homogene Output- und Inputgüterbereiche, die mit den Preisindizes deflationiert werden können.

Andererseits kann bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder auf Angaben in konstanten Preisen nicht verzichtet werden. Auch für die Bundesländer sind Informationen über die Wachstumsraten der Wirtschaftsbereiche oder der gesamten Wirtschaft von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung. Aus diesem Grund wird die Deflationierung der Länderwerte⁶⁾ behelfsmäßig durchgeführt, wobei keine weiteren regionalen Informationen in die Berechnungen eingehen. Dazu wird auf die Ergebnisse der Bundesrechnung nach Wirtschaftsbereichen zurückgegriffen. Es wird unterstellt, daß die bundesdurchschnittliche Preisentwicklung auch in den einzelnen Bundesländern gilt. Die bundesdurchschnittliche Preisentwicklung wird – wie bereits ausgeführt – durch den Paasche-Preisindex erfaßt. Die Indexwerte können aus den Endergebnissen der Bundesrechnung nach Wirtschaftsbereichen ermittelt werden. Sie ergeben sich durch Division der nominalen Bundeswerte durch die zugehörigen Bundeswerte in konstanten Preisen für ein bestimmtes Berichtsjahr. Der Preisindex wird als Deflator bezeichnet. Der Deflator bzw. der Preisindex drückt immer die Preisentwicklung gegenüber dem Basisjahr aus. Dividiert man den nominalen Landeswert der Bruttowertschöpfung eines bestimmten Berichtsjahres durch den entsprechenden Bundesdeflator, so erhält man den Landeswert in Preisen des Basisjahres.

5) Vgl. Eurostat, a.a.O., Seite 168 ff.

6) Da der Fehlerspielraum mit zunehmender regionaler Tiefe immer größer wird, wird auf die Schätzung von Angaben in konstanten Preisen für kreisfreie Städte, Kreise und Arbeitsmarktregionen verzichtet.

Aus Gründen der Berechnungsvereinfachung werden in der Praxis die Länderwerte in konstanten Preisen ermittelt, indem die Bundeswerte in konstanten Preisen anhand der Länderwerte in jeweiligen Preisen auf die Länder aufgeteilt werden. Der Anteil eines Landes an der Bruttowertschöpfung des Bundesgebiets in konstanten Preisen wird nämlich von seinem Anteil an der nominalen Bruttowertschöpfung bestimmt.

Bei den pauschalen Bereinigungsposten zur Ermittlung des „realen“ Bruttoinlandsprodukts werden die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen nicht direkt deflationiert. Analog zu der Vorgehensweise bei der Berechnung in jeweiligen Preisen wird hier der Bundeswert in konstanten Preisen für die unterstellten Entgelte mit der deflationierten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche auf die Länder geschlüsselt.

In das Deflationierungsverfahren wird Berlin nicht einbezogen. Der Stadtstaat führt eigene Berechnungen durch, weil er aufgrund seiner besonderen geographischen Lage teilweise über eine bessere Datenbasis verfügt als die anderen Bundesländer. Daher werden vor Ermittlung des Deflators die vorgegebenen Berlin-Werte von den Bundeswerten in jeweiligen und konstanten Preisen abgezogen.

Fehlereinflüsse durch die Übernahme von Bundesdeflatoren

Mit der Übernahme der Bundesdeflatoren in die Länderrechnung werden zum einen alle Ungenauigkeiten und Fehler, die bei der Ausschaltung der Preiseinflüsse auf Bundesebene entstanden sind, auf die Länderergebnisse übertragen. Zum anderen wirkt sich zusätzlich auf die Qualität der Länderergebnisse in konstanten Preisen aus, daß bundesdurchschnittliche Preisentwicklungen auch für die Länder unterstellt werden. Es kann dabei

leicht der Eindruck entstehen, daß allein die zwischen dem Bundesgebiet und den einzelnen Bundesländern abweichende Entwicklung der Güterpreise die Ursache für mögliche Fehler sei. Es werden jedoch – wie gezeigt wurde – nicht Einzelpreise in die Länderrechnung übernommen, sondern gewogene bundesdurchschnittliche Preisindizes. D.h., es werden auch der dem Bundesdeflator zugrundeliegende „Güterkorb“ bzw. die Gewichte der Güter auf die einzelnen Bundesländer übertragen. Damit hängt der Fehler, der durch die Verwendung von Bundesdeflatoren entsteht, nicht nur von der unterschiedlichen Güterpreisentwicklung in den Ländern ab, sondern auch davon, inwieweit sich die Güterstrukturen der Länder im Vergleich mit dem Bundesgebiet unterscheiden. Auch im theoretischen Fall, daß sich die Preise aller Güter in einem Land in demselben Maße verändern wie im Bundesgebiet, wird wegen der abweichenden Zusammensetzung der „Güterkörbe“ der Bundesdeflator den tatsächlichen Preisindex des Landes nicht richtig widerspiegeln. Man kann davon ausgehen, daß der Fehler bei kleineren Bundesländern größer ist als bei einem so großen Land wie Nordrhein-Westfalen, dessen Güterstruktur sich eher derjenigen des Bundesdurchschnitts annähert.

Nun setzen sich aber nur die Produktionswerte und die Vorleistungen der Wirtschaftseinheiten aus Güterpreisen und Gütermengen zusammen. Bei der Wertschöpfung spielen sie keine Rolle mehr. In der Wertschöpfung drücken sich der Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital und deren Preise aus. Jedoch wird die Preisentwicklung der Produktionsfaktoren von der Preisentwicklung der Produktionswerte und Vorleistungen bestimmt, was ja auch durch das in der Bundesrechnung angewendete Verfahren der doppelten Deflationierung zum Ausdruck kommt. Auf diese Weise gehen bei der Deflationierung der Länderwerte die Fehler, die sowohl beim Bruttoproduktionswert als auch bei den Vorleistungen durch die

desgebiet abweichenden Güterstrukturen und Güterpreise entstanden sind, in die „reale“ Wertschöpfung des Landes ein. Es handelt sich dabei um eine Fehlerfortpflanzung, wie sie bei allen Aggregaten, die als Differenz ermittelt werden, auftreten kann.

Direkte Deflationierung oder Differenzrechnung

Da Produktionswerte und Vorleistungen nur Hilfsaggregate sind, um die Wertschöpfung in jeweiligen Preisen zu ermitteln, werden sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder nicht preisbereinigt. Vielmehr wird unmittelbar der Bundesdeflator der Bruttowertschöpfung an die nominale Bruttowertschöpfung der Länder angelegt.

Man könnte annehmen, daß es rechentechnisch zu demselben Ergebnis führt, wenn einerseits die „reale“ Bruttowertschöpfung eines Landes durch ihre direkte Deflationierung oder andererseits als Differenz aus den deflationierten Produktionswerten und den deflationierten Vorleistungen eines Landes errechnet wird. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn die Bundesdeflatoren des Produktionswertes und der Vorleistungen in einem Wirtschaftsbereich übereinstimmen oder wenn das Verhältnis des nominalen Bruttoproduktionswertes zu den nominalen Vorleistungen – hier Vorleistungsquote genannt – bei Bund und Land identisch ist. Je stärker jedoch die Vorleistungsquoten des Bundesgebiets und der Länder voneinander abweichen und je unterschiedlicher die Deflatoren der beiden Aggregate sind, desto stärker unterscheiden sich die Ergebnisse der realen Bruttowertschöpfung eines Landes nach den beiden genannten Vorgehensweisen. Unter dem Aspekt, daß die Preisentwicklung der Bruttowertschöpfung nur über diejenige des Bruttoproduktionswertes und der Vorleistungen erklärbar ist, weil die Bundesrechnung die Bruttowert-

schöpfung in konstanten Preisen allein als Differenz ermitteln kann, müßte auch bei den Originärberechnungen der Länder auf diese Weise vorgegangen werden. Bei unterschiedlichen Vorleistungsquoten und unterschiedlichen Preisentwicklungen der beiden Aggregate würden sich dann Deflatoren für die Wertschöpfung ergeben, die nicht mehr dem Bundesdeflator entsprächen.

Nun wird aber in der Länderrechnung in den meisten Wirtschaftsbereichen mit bundesdurchschnittlichen Vorleistungsquoten gearbeitet, weil die verfügbaren Datenquellen keine Vorleistungsdaten nach Ländern liefern können. Dadurch ist die direkte Deflationierung der Bruttowertschöpfung der Länder vertretbar, denn auch das aufwendigere Verfahren der Differenzrechnung würde kaum zu einem anderen Ergebnis der „realen“ Bruttowertschöpfung der Länder führen.

Im Rahmen der nächsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird im Verarbeitenden Gewerbe eine neue Methode in die laufenden Berechnungen einbezogen, bei der Bruttoproduktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung für die einzelnen Unternehmen aus der Kostenstrukturerhebung die Grundlage bilden. Dadurch ergeben sich länderspezifische Vorleistungsquoten und entsprechende Abweichungen bei den unterschiedlichen Vorgehensweisen zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen. Dann wird es erforderlich werden, daß in der Länderrechnung die Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen als Differenz ermittelt wird.

Auswirkungen der Wirtschaftsbereichstiefe bei der Deflationierung

Damit bei der Preisbereinigung mit Bundesdeflatoren die Fehler der „realen“ Landeswerte möglichst gering sind, ist es wichtig, daß die Güter-

struktur bzw. die Struktur der Produktionsfaktoren und die zugehörigen Preise zwischen Bund und Land weitgehend übereinstimmen. Dabei dürfte bei einem kleineren Ausschnitt des Produktionsgeschehens diese Übereinstimmung eher gegeben sein als bei einem großen. Besondere Preisentwicklungen bestimmter Produkte werden sonst leicht überdeckt. Andererseits hat die Deflationierung kleiner Bereiche den Nachteil, daß wünschenswerte Ausgleichseffekte weniger wahrscheinlich sind.

Da in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die gesamte Produktion einer Wirtschaftseinheit – einschl. derjenigen, die nicht dem Schwerpunkt dieser Wirtschaftseinheit entspricht – einem einzigen Wirtschaftsbereich zugeordnet wird, erfolgt die Deflationierung schon von vornherein für relativ heterogene Bereiche, auch wenn die Deflationierung in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung vorgenommen wird. In der Länderrechnung ist dies die tiefste Ebene, für die auch nominale Werte ermittelt werden. Die Ergebnisse in konstanten Preisen werden für die

übergeordneten Wirtschaftsbereiche durch Addition der deflationierten Werte der Unterbereiche errechnet.

Inwieweit es sich auswirkt, ob in tiefster Gliederung oder auf einer höheren Aggregationsstufe der Wirtschaftsbereiche deflationiert wird, ist aus der Tabelle am Beispiel der Bruttowertschöpfung des Jahres 1986 für Nordrhein-Westfalen zu ersehen. Danach ist die reale Bruttowertschöpfung zwar bei jedem zusammengefaßten Wirtschaftsbereich geringer, wenn sie durch Summierung der deflationierten Werte der Unterbereiche errechnet wird, als wenn sie durch eine unmittelbare Deflationierung des jeweiligen zusammengefaßten Bereichs zustande gekommen wäre. Nur beim Produzierenden Gewerbe zeigt sich jedoch eine nennenswerte Abweichung. Bei einer Deflationierung auf der Ebene von 50 Unterbereichen beträgt der Unterschied zur direkten Deflationierung des Bereichs hier über 3 Mrd. DM. Ebenso führt die Deflationierung des Bruttoinlandsprodukts als Gesamtwert zu einer Abweichung von mehreren Milliarden DM.

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 für Nordrhein-Westfalen, errechnet durch Deflationierung auf unterschiedlichen Wirtschaftsbereichsstufen
Mill. DM

Wirtschaftsbereich	Errechnet durch unmittelbare Deflationierung des zusammengefaßten Wirtschaftsbereichs	Errechnet durch Summierung der deflationierten Unterbereiche (VGR-Methode)	Spalte 2 gegenüber Spalte 1
	1	2	3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (5 Unterbereiche)	6 254	6 201	– 53
Warenproduzierendes Gewerbe (50 Unterbereiche)	176 022	172 826	–3 196
Handel und Verkehr (38 Unterbereiche)	65 719	65 645	– 74
Dienstleistungsunternehmen (11 Unterbereiche)	101 830	101 809	– 21
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (9 Unterbereiche)	57 524	57 453	– 71
Bruttoinlandsprodukt	422 346	418 208	–4 138

Bedeutung des Deflationierungsverfahrens für den regionalen Vergleich

Die Verwendung von bundeseinheitlichen Deflatoren für die Wertschöpfung bedeutet, daß die Preisentwicklung in einem deflationierten Wirtschaftsbereich als für alle Bundesländer identisch angenommen wird. Dadurch erübrigen sich Vergleiche zwischen den Ländern. Da aber in der Länderrechnung die Deflationierung auf der tiefsten Stufe der Wirtschaftsbereiche erfolgt, ergeben sich bei Zusammenfassungen von Wirtschaftsbereichen dennoch räumliche differenzierte Nachweisungen der Preisentwicklung. Sie entstehen durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Preisentwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und unterschiedlicher Gewichte der Bereiche innerhalb der Länder. In der Tabelle

sind die Preisindizes für das Bruttoinlandsprodukt, 5 Wirtschaftsbereiche und 10 Bundesländer dargestellt. Berlin ist nicht aufgeführt, weil es die Deflationierung nicht nach dem allgemeinen Verfahren der Bundesländer vornimmt. Die Preisindizes, die sich durch Division der Landeswerte in jeweiligen Preisen durch die entsprechenden Werte in konstanten Preisen errechnen lassen, zeigen immer die Preisentwicklung gegenüber dem zugrunde liegenden Basisjahr an (siehe oben). Um die Streuung der Preisindizes über die Länder deutlich zu machen, ist die Summe der absoluten Abweichungen zwischen den Preisindizes der einzelnen Länder und denjenigen des Bundesgebiets nachgewiesen. Die stärksten Abweichungen sind im Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ zu finden. Dies hängt in erster Linie mit den überdurchschnittlichen Preisentwicklungen in den Stadtstaa-

ten zusammen, deren landwirtschaftliche Struktur nicht mit der der Flächenländer vergleichbar ist. Zudem ist die Land- und Forstwirtschaft dort nur von geringer Bedeutung. Darüber hinaus zeigen sich größere Schwankungen der Preisindizes zwischen den Ländern in erster Linie im Produzierenden Gewerbe und in etwas geringerem Umfang beim Handel und Verkehr. Beides sind Bereiche mit einer großen Zahl von Unterbereichen. Bei den Dienstleistungsunternehmen und dem Bereich „Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck“ stimmen die Preisindizes fast überein. Die Unterschiede beim Bruttoinlandsprodukt werden zusätzlich zu den Preisentwicklungen bei den Wirtschaftsbereichen auch durch diejenigen der pauschalen Bereinigungsposten beeinflusst, die hier nicht nachgewiesen sind.

**Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung
in den Wirtschaftsbereichen 1986 gegenüber 1980 nach Bundesländern**

Bundesland	Bruttoinlandsprodukt 1986	Bruttowertschöpfung 1986				
		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
		1980 = 100				
Nordrhein-Westfalen	121,6	92,1	125,4	113,4	125,2	117,6
Schleswig-Holstein	119,3	93,8	123,2	113,4	125,5	117,2
Niedersachsen	119,3	92,1	122,7	113,1	125,2	117,4
Hessen	121,6	89,8	125,3	114,3	125,1	117,5
Rheinland-Pfalz	120,4	83,0	124,2	112,0	125,0	117,4
Baden-Württemberg	119,9	90,5	121,3	112,6	125,1	117,5
Bayern	119,5	92,0	121,1	112,3	125,2	117,4
Saarland	122,4	92,4	128,0	111,3	125,0	117,4
Hamburg	119,2	99,0	118,3	114,7	125,3	117,1
Bremen	119,5	105,7	121,4	117,1	124,8	117,1
Bundesgebiet	120,5	91,3	123,3	113,4	125,0	117,4
Summe der absoluten Abweichungen vom Bundespreisindex	10,5	38,6	21,5	11,6	1,8	1,3

Deflationierung der fortgeschriebenen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe

Abweichend von dem dargestellten Deflationierungsverfahren wird in der Länderrechnung bei der Fortschreibung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe vorgegangen. Im Rahmen der Fortschreibung liegen keine tiefgegliederten Bundesergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe vor. Andererseits soll der speziellen Struktur der Länder und damit deren Auswirkungen auf die Preisentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Rechnung getragen werden. Wegen der fehlenden Bundeswerte werden daher die nominalen Länderwerte in der tiefstmöglichen Wirtschaftsbereichsgliederung mit der Preisentwicklung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte deflationiert. Anschließend werden die deflationierten Länderwerte der Wirtschaftsbereiche addiert und auf den

realen Bundeswert für das gesamte Verarbeitende Gewerbe abgestimmt. Diese Vorgehensweise führt sicherlich zu besseren Ergebnissen, als wenn die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes der einzelnen Länder als Gesamtwert mit dem globalen Bundesdeflator für das Verarbeitende Gewerbe deflationiert würde. Sie hat aber auch eine Reihe von Nachteilen:

- Beim Erzeugerpreisindex werden zur Ermittlung der Preisentwicklung der Produkte nur ausgewählte Unternehmen herangezogen. Die Auswahl richtet sich dabei nicht nach regionalen Gesichtspunkten, so daß der Index nicht für die Bundesländer repräsentativ ist.
- Die dem Erzeugerpreisindex und den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrundeliegenden Konzepte der wirtschaftlichen Abgrenzung der Produkte passen nicht zusammen. Beim Erzeugerpreisindex werden die Gewichte anhand der Umsatzangaben aus dem Monatsbericht für Betriebe ermittelt. Dazu werden die Umsätze in der Gliederung der Systematik für das Produzierende Gewerbe (SYPRO) nach fachlichen Betriebsteilen aufbereitet. Den einzelnen Wirtschaftszweigen werden die zugehörigen Warenpositionen, für die die Preise erhoben werden, gemäß dem systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken zugeordnet⁷⁾. Die Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen orientiert sich beim Verarbeitenden Gewerbe zwar ebenfalls an der SYPRO. Jedoch werden die Umsätze nicht gemäß dem Konzept der fachlichen Betriebsteile den Wirtschaftszweigen zugeordnet, sondern nach dem Schwerpunktkonzept (s. o.).

- Beim Erzeugerpreisindex werden die Mengengewichte des Basisjahres konstant gehalten (Laspeyres-Preisindex). In den folgenden Jahren werden nur die reinen Preisveränderungen beobachtet. Für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind Indizes mit wechselnder Wägung, d. h. mit den Mengengewichten der jeweiligen Berichtsjahre (Paasche-Preisindex), erforderlich.
- Der Index bezieht sich nur auf die Preisentwicklung derjenigen Güter, die im Inland hergestellt und abgesetzt worden sind. Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist dagegen die Gesamtheit der produzierten Güter und ihre Preisveränderung von Bedeutung. Aus diesem Grunde muß auch die Preisentwicklung der exportierten Güter berücksichtigt werden.
- Der Erzeugerpreisindex, der zur Deflationierung der fortgeschriebenen Bruttowertschöpfung verwendet wird, bezieht sich nicht auf die durch die Bruttowertschöpfung repräsentierten Produktionsfaktoren, sondern auf den Güterabsatz. Dieser entspricht dem Produktionswert der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Da aber die Bruttowertschöpfung durch das Ineinandergreifen von Produktionswert und Vorleistungen zustande kommt, bleiben die Preisveränderungen der Vorleistungen unberücksichtigt. Der Einfluß der Vorleistungen kann sehr weitreichend sein, wenn die Outputpreise und die Preise der Vorleistungsgüter stark voneinander abweichen. Dies war z. B. im Jahre 1986 der Fall, als die Preise einiger in die Vorleistungen eingehender importierter Rohstoffe, besonders die Einfuhrpreise für Erdöl und Mineralölserzeugnisse, stark gesunken waren. Gleichzeitig wurde hier der Kostenvorteil von den Unternehmen nicht in vollem Umfang in den Verkaufspreisen weitergegeben. Dadurch hätte sich eine relativ starke Preissteigerung bei der Bruttowertschöpfung

ergeben müssen. Diesen besonderen Bedingungen Rechnung zu tragen, waren weder die outputbezogene nominale Fortschreibungsgröße (Umsätze aus dem Monatsbericht für Betriebe) noch der outputbezogene Erzeugerpreisindex in der Lage. In solchen extremen Fällen, die auf die Preisentwicklung des gesamten Verarbeitenden Gewerbes durchschlagen, kann der von den statistischen Landesämtern zum Zwecke der gemeinsamen Sozialproduktsberechnung gebildete Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ die allgemeine Methode nicht beibehalten. Daher erarbeitete er für den Unterbereich Mineralölverarbeitung, der am stärksten von der besonderen Entwicklung der Mineralöleinfuhrpreise betroffen war, ein Ad-hoc-Schätzverfahren. Danach wurde zunächst die nominale Steigerungsrate der Bruttowertschöpfung erhöht und anschließend auf der Grundlage einer behelfsmäßigen doppelten Deflationierung die unterschiedliche Veränderung der Output- und Inputpreise berücksichtigt.

Eine andere Möglichkeit zur Ermittlung preisbereinigter Fortschreibungswerte der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe besteht darin, nicht den Umweg über die nominalen Werte zu nehmen, sondern unmittelbar die Länderwerte des Basisjahres mit dem länderspezifischen Nettoproduktionsindex fortzuschreiben. Beim Nettoproduktionsindex handelt es sich um einen Mengenindex nach Laspeyres. Die Nettoproduktion kommt der Bruttowertschöpfung begrifflich sehr nah. Allerdings zeigt der Nettoproduktionsindex nicht die reine Entwicklung der Nettoproduktion an. Nettoproduktionswerte, die die Zensen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe liefern, bilden nur die konstant gehaltenen Gewichte des

7) Ausführliche Erläuterungen zum Preisindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte enthält der Aufsatz: „Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1985“, in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4, 1988, Seite 233 ff.

Basisjahres für den Index. Da kurzfristige Informationen über die Entwicklung der Nettoleistung fehlen, wird eine Fortschreibung mit Ersatzreihen vorgenommen. Hierzu wird in erster Linie der monatliche Produktions-Eilbericht herangezogen. Er erfaßt nur die Bruttoproduktion⁸⁾.

Da auch nominale Werte der Bruttowertschöpfung berechnet werden müssen, ist es erforderlich, die durch Fortschreibung mit dem Nettoproduktionsindex entstandene reale Bruttowertschöpfung des Berichtsjahres mit Hilfe eines Preisindex zu inflationieren. Man kann davon ausgehen, daß hierbei die Fehlerwahrscheinlichkeit der nominalen Werte größer ist, als wenn direkt mit einer nominalen Größe fortgeschrieben worden wäre. Dies kann jedoch in Kauf genommen werden, wenn dadurch die Qualität der realen Werte verbessert werden kann. Denn gerade bei den Fortschreibungen stehen aktuelle Angaben über das Wirtschaftswachstum, das durch die Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung bzw. des realen Bruttoinlandsprodukts repräsentiert wird, im Mittelpunkt des Interesses.

Die Verwendungsfähigkeit des Nettoproduktionsindex für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wird zum einen dadurch eingeschränkt, daß er wirtschaftssystematisch – ebenso wie der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte – nach fachlichen Betriebsteilen aufgestellt wird, während die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Schwerpunktprinzip vorgehen. Dieser Mangel ist zu vernachlässigen, wenn man – entsprechend der Vorgehensweise der Bundesrechnung – nur den Gesamtwert des Verarbeitenden Gewerbes

mit dem unaufgegliederten Nettoproduktionsindex fortschreibt. Zum anderen stimmen die Produktionsindizes zwischen den Bundesländern methodisch-konzeptionell nicht ganz überein (z. B. hinsichtlich der Bereinigung des Index von Kalenderunregelmäßigkeiten). Jedoch sind die Unterschiede nicht in solchem Maße von Bedeutung, daß die Eignung des Produktionsindex für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gänzlich in Frage gestellt wäre.

Darüber hinaus gibt es noch einen weiteren wichtigen Aspekt zu beachten. Die Eignung einer Fortschreibungsgröße muß sich daran orientieren, inwieweit ihre Werte dazu in der Lage sind, die Entwicklung derjenigen Wertschöpfung widerzuspiegeln, die aufgrund der Originärberechnung zu einem späteren Zeitpunkt anhand fundierteren Ausgangsmaterials berechnet wird. Gemessen an diesem Anspruch ist die bisherige Fortschreibungsgröße (Umsätze aus dem Monatsbericht für Betriebe) methodisch näher an der laufenden Originärberechnung als der Produktionsindex. Mit der nächsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird sich dies ändern. Zu der vorgesehenen neuen Methode für das Verarbeitende Gewerbe, die die Wertschöpfung der Unternehmen aus der Kostenstrukturerhebung einbezieht, paßt der Nettoproduktionsindex besser als die bisherige Fortschreibungsgröße. Daher ist damit zu rechnen, daß der Arbeitskreis – nach entsprechenden Ergebnisvergleichen – dann auf den Produktionsindex als Fortschreibungsgröße übergehen wird.

Möglichkeiten der doppelten Deflationierung im Verarbeitenden Gewerbe

Mit den Produktionsstatistiken gibt es auf Länderebene einen Ansatzpunkt für eine doppelte Deflationierung in tiefer Wirtschaftsbereichsgliederung im Rahmen der Originärberechnun-

gen der nominalen Werte des Verarbeitenden Gewerbes. Denn die Produktionsstatistiken können die länderspezifischen Güterstrukturen zur Deflationierung des Bruttoproduktionswertes liefern. Das mögliche Vorgehen soll hier kurz skizziert werden.

Mit Hilfe eines Datenverarbeitungsprogramms können die Werte eines jeden Betriebes aus dem Produktionsbericht demjenigen Wirtschaftsbereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugeordnet werden, der dem Schwerpunkt des Betriebes (gemäß dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) entspricht. Dem Wirtschaftszweig werden alle von dem Betrieb gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken gemeldeten Werte zugewiesen. Die Werte bleiben dabei nach Produktionsgruppen getrennt. Innerhalb eines Wirtschaftsbereichs kann anschließend der Wert für jede Produktgruppe mit dem entsprechenden Erzeugerpreisindex deflationiert werden. Die Summe der deflationierten Werte der Produktgruppen je Wirtschaftsbereich ergibt den Gesamtwert in konstanten Preisen für den Wirtschaftsbereich. Das Verhältnis von nominalen und realen Werten, das auf der Grundlage der Produktionsstatistik gewonnen worden ist, bildet den Deflator für den Produktionswert des Wirtschaftsbereichs.

Der Erzeugerpreisindex deckt – wie bereits erläutert – nur die Preisentwicklung der Güter für den Inlandsabsatz ab. Es wäre wichtig, auch die Preisentwicklung der Exportgüter zu erfassen, da sie von derjenigen der für den Inlandsmarkt produzierten Güter abweichen kann. Hierzu muß bekannt sein, welcher Teil des Bruttoproduktionswertes auf den Auslandsabsatz entfällt. Der Bruttoproduktionswert

8) Vgl. H.-H. Steiger, „Neuberechnung des Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe auf Basis 1980“, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1985, Seite 213 ff.

wird jedoch nicht getrennt nach Inlands- und Auslandsabsatz berechnet. Daher müßte man den Bruttoproduktionswert behelfsmäßig, z. B. mit den Umsatzangaben aus dem Monatsbericht für Betriebe, zerlegen. Die notwendigen Angaben über die Exportgüterstruktur können der Ausfuhrstatistik der Länder entnommen werden. Die Deflationierung der Güterwerte kann mit Hilfe des bundesdurchschnittlichen Außenhandelspreisindex erfolgen.

Zur Deflationierung der Vorleistungen im Verarbeitenden Gewerbe stehen keinerlei länderspezifische Informationen zur Verfügung. Hier bleibt nur das übliche Verfahren, Deflatoren aus der Bundesrechnung zu übernehmen.

Damit würde eine mögliche Verbesserung der Deflationierung im Verarbeitenden Gewerbe nur darin bestehen, daß zur Deflationierung des Bruttoproduktionswertes auf Länderdaten

der Güterproduktion zurückgegriffen werden kann. In jedem Falle muß aber mit bundesdurchschnittlichen Preisindizes gearbeitet werden, denen nicht nur die bundesdurchschnittliche Preisentwicklung der einzelnen Güter, sondern auch die Gütergewichte des Bundes zugrunde liegen. Inwieweit es lohnenswert ist, in der Länderrechnung auf ein solches Verfahren überzugehen, soll zu einem späteren Zeitpunkt anhand von Proberechnungen geklärt werden. ■

Umsätze im Großhandel in den ersten neun Monaten 1989

Die nordrhein-westfälischen Großhandelsunternehmen setzten in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 7,2 % mehr um als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, blieb der Umsatz unverändert. Dabei verzeichnete der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ein nominales Plus von 11 % (real: -1,6 %), während der Großhandel mit Fertigwaren sowohl nominal (+3,6 %) als auch real (+1,8 %) höhere Umsätze erzielte als vor Jahresfrist.

Der Rohstoff- und Halbwaren-Großhandel verzeichnete Zuwachsraten vor allem in den Sparten „Altmaterial, Reststoffe“ (nominal +18,3 %; real -7,1 %), „Erze, Stahl, NE-Metalle“ (+17,4 %; +3,9 %), „Getreide, Futter- und Düngemittel“ (+8,2 %; +2,7 %), „Holz, Baustoffe, Installationsbedarf“ (+7,3 %; +3,7 %), „technische Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk“ (+6,8 %; +3,7 %) sowie „feste Brennstoffe, Mineralölerzeugnisse“ (+3,3 %; -8,6 %). Innerhalb des Großhandels mit Fertigwaren legten insbesondere die Sparten „Metallwaren, Einrichtungsgegenstände“ (+13,5 %; +12,2 %), „Papier, Schreibwaren, Druckerzeugnisse, Waren verschiedener Art“ (+6,3 %; +1,8 %), „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ (+5,2 %; +2,5 %) und „Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren“ (+ 4,5 %; +4,2 %) zu.

NRW-Exporte in die ASEAN-Staaten im ersten Halbjahr 1989

Die Staaten der südostasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft ASEAN (Association of South-East Asian Nations; dazu gehören: Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien, Brunei, Philippinen) bezogen im ersten Halbjahr 1989 Waren im Wert von 849 Mill. DM aus Nordrhein-Westfalen. Die nordrhein-westfälischen Ausfuhren in diese Länder waren damit um mehr als ein Drittel (+36 %) höher als im ersten Halbjahr 1988. Bedeutendste Exportgüter waren Maschinenbauerzeugnisse (238 Mill. DM; +55,3 %), chemische Erzeugnisse (230 Mill. DM; +27,0 %), elektrotechnische Erzeugnisse (95 Mill. DM; +23,6 %), Eisen und Stahl (76 Mill. DM; +72,3 %) sowie Eisen-, Blech- und Metallwaren (38 Mill. DM; +18,4 %). Insgesamt entfielen auf die ASEAN-Staaten 1,03 % aller NRW-Exporte.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Oktober 1989

Die Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen übertrafen im Oktober 1989 das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats um 5 %. Dabei entwickelten sich die Aufträge aus dem Inland (+6 %) deutlich besser als die Auslandsordern (+3 %).

In der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie zog die Nachfrage gleichermaßen um jeweils rd. 6 % an. Die Zuwächse im Inlandsgeschäft (jeweils +8 %) übertrafen die Zunahmen im Auslandsgeschäft (Investitionsgüter +4 %, Verbrauchsgüter +2 %) deutlich. Im Grundstoff- und Produktionsgütersektor weitete sich das Bestellvolumen um 3 % aus, wobei Inlands- und Auslandsnachfrage etwa gleich stark stiegen.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes Oktober 1989

Die Produktion des nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbes war im Oktober um 2 % höher als im Oktober des Vorjahres. Der Zuwachs im Nahrungs- und Genussmittelbereich betrug 6 %; im Investitionsgütersektor und im Verbrauchsgütersektor nahm die Menge der erzeugten Güter um jeweils 3 % zu. Lediglich im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wurde die Produktion geringfügig (-1 %) zurückgefahren.

Kapitalgesellschaften 1985 bis 1988

Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt die Aktiengesellschaften, die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen. Zweigniederlassungen werden nicht einbezogen, da sie keine rechtlich selbständigen Unternehmen sind.

Ausgangspunkt der Statistik waren die in der Arbeitsstättenzählung 1950 ermittelten Kapitalgesellschaften. Seitdem erfolgt eine Fortschreibung des Bestandes und des Nominalkapitals aufgrund der im Handelsregister (Abteilung B) gemachten Eintragungen. Die Zu- und Abgänge sowie die Veränderungen bei den Kapitalgesellschaften werden anhand der Bekanntmachungen im Bundesanzeiger nachgehalten.

Die Aufbereitung der Statistik erfolgt nach Wirtschaftszweigen, wobei sich die wirtschaftssystematische Zuordnung der Gesellschaften nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit richtet. Dieser Gliederung liegt die Systematik der Wirtschaftszweige zugrunde¹⁾. Regional sind die Ergebnisse bis auf Gemeindeebene erstellt worden.

In den Handelsregistern der nordrhein-westfälischen Amtsgerichte waren Ende 1988 insgesamt 100 949 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von 85,4 Mrd. DM eingetragen. Dieser Wert ist nicht gekürzt um ausstehende Einlagen, sondern umfaßt den Nennbetrag des Grund- und Stammkapitals. Nicht berücksichtigt sind die Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter von Kommanditgesellschaften auf Aktien.

Die dominierende Rechtsform unter den Kapitalgesellschaften war die Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die 100 368 Gesellschaften mit beschränkter Haftung vereinigten gut die Hälfte des gesamten Nominalkapitals auf sich. Die wenigen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (581) stellten das übrige Kapital. Bemerkenswert ist, daß bis 1984 das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien höher war als das Stammkapital aller Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien

Zu Beginn der statistischen Erfassung im Jahre 1951 waren 668 Aktiengesellschaften, zu denen auch die Kommanditgesellschaften auf Aktien gezählt werden, in Nordrhein-Westfalen ansässig. Ende 1955 erreichten sie den bisherigen Höchstbestand von 764 Gesellschaften. In den nachfolgenden 30 Jahren verringerte sich die Zahl der Aktiengesellschaften fast kontinuierlich bis auf 535 (Ende 1985). Danach stieg ihr Bestand bis Ende 1988 wieder merklich an, und zwar auf 581 Gesellschaften (siehe Tabelle Seite 672 o.).

Die über den langen Zeitraum festgestellten Bestandsveränderungen können als mäßig bezeichnet werden. Dazu tragen im wesentlichen die Vorschriften des Aktiengesetzes bei, die bei der Kleidung eines Unternehmens in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft strenge Anforderungen stellen. Aus diesem Grunde eignet sich diese Organisationsform vornehmlich für Großunternehmen, die großer Kapitalien bedürfen.

Trotz der rückläufigen Bestandszahlen nahm der Nennwert aller von nordrhein-westfälischen Aktiengesellschaften ausgegebenen Aktien – mit zwei Ausnahmen – Jahr für Jahr

zu, und zwar von 3,4 Mrd. DM in 1951 bis auf 39,9 Mrd. DM in 1988. Im Durchschnitt verfügten die Gesellschaften im letzten Berichtsjahr über ein Grundkapital von 68,7 Mill. DM, 1970 war dieser Wert halb so groß, und im ersten Erhebungsjahr betrug er gerade 5 Mill. DM.

Von den im Bundesgebiet bestehenden Aktiengesellschaften hatten – bei im Zeitablauf leicht abnehmender Tendenz – Ende 1988 rund ein Viertel ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Das hier angelegte Kapital machte – bei ebenfalls rückläufigen Anteilen – fast ein Drittel des entsprechenden Kapitalvolumens im Bundesgebiet aus.

Bestandsbewegungen

Nachdem 1985 die Zugänge nochmals von den Abgängen übertroffen wurden und damit Ende des Jahres der bisher niedrigste Bestand an Aktiengesellschaften in Nordrhein-Westfalen erreicht worden war, ergab sich in den folgenden Jahren ein positiver Veränderungssaldo. Die Folge war, daß die Zahl der Aktiengesellschaften im Berichtszeitraum 1985 bis 1988 um insgesamt 41 auf 581 zunahm.

Die Zugänge beruhten überwiegend auf Neugründungen, Umwandlungen aus anderen Rechtsformen und Fortsetzungen. Von diesen neu hinzugekommenen Gesellschaften (insgesamt 107) gehörten die meisten, und zwar 43, zum Dienstleistungsgewerbe einschl. freier Berufe, weitere 21 zum Bereich der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes, 19 zum Verarbeitenden Gewerbe und 17 zum Handel. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ist vor allem für diejenigen Unternehmen (z. B. Personengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung) interessant, die großen Kapitalbedarf zur

1) Statistisches Bundesamt, Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979, Stuttgart und Mainz 1979

Durchführung von Investitionen haben. Der Kapitalmarkt eröffnet dafür die besseren Möglichkeiten. Bei den nur selten auftretenden Fortsetzungen handelt es sich um in Liquidation oder in Konkurs befindliche Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit wieder aufgenommen haben. Weitere acht Zugänge ergaben sich durch die Verlegung von Unternehmen nach Nordrhein-Westfalen.

mögen der Aktiengesellschaft auf ein bereits bestehendes Unternehmen übertragen wird oder ob die Übertragung auf ein neu zu errichtendes Unternehmen stattfindet, zwischen einer verschmelzenden und einer errichtenden Umwandlung. Da die das Vermögen übernehmende Rechtsperson keine Kapitalgesellschaft sein kann, scheidet die aufgelöste Kapitalgesellschaft aus dem Berichtskreis der Stati-

den Aktiengesellschaften verursacht. Der Zuwachs des Grundkapitals von Anfang 1985 bis Ende 1988 um insgesamt 3,4 Mrd. DM auf 39,9 Mrd. DM beruhte im Endergebnis ausschließlich auf Kapitalerhöhungen. Unternehmenszugänge und -abgänge, also Bestandsveränderungen, sowie Kapitalherabsetzungen schwächten die Kapitalentwicklung per Saldo lediglich ab.

Veränderung von Anzahl und Grundkapital der Aktiengesellschaften*) 1985 bis 1988		
Art der Veränderung	Aktiengesellschaften	Grundkapital
	Anzahl	Mill. DM
Bestand am 1. Januar 1985	540	36 542
Zugang insgesamt	115	7 196
Gründung, Umwandlung, Fortsetzung	107	2 017
Sitzverlegung	8	171
Kapitalerhöhung ¹⁾	(276)	5 007
gegen Einlagen	(239)	4 075
aus Gesellschaftsmitteln	(37)	932
Abgang insgesamt	74	3 794
Liquidations- und Konkurseröffnung	18	104
Umwandlung	36	1 852
Sitzverlegung	11	696
sonstige Abgänge ²⁾	9	244
Kapitalherabsetzung ¹⁾	(28)	898
Bestand am 31. Dezember 1988	581	39 943

*) einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien – 1) Die Zahl der Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen wurde in Klammern gesetzt, weil sich durch sie die Zahl der Gesellschaften nicht ändert. – 2) Löschungen von Amts wegen, vor allem wegen Vermögenslosigkeit und mangels Masse abgelehnter Konkursanträge

Den 115 Unternehmenszugängen standen 74 Abgänge gegenüber. Letztere beruhten hauptsächlich auf Umwandlungen in eine andere Rechtsform (36). Eine solche Änderung kann im Wege der Umwandlung nach dem Aktiengesetz erfolgen; aus der Aktiengesellschaft wird dann eine andere Kapitalgesellschaft. Auf den Gesamtbestand der Statistik hat dieser Vorgang keine Auswirkung, da die formwechselnde Umwandlung bei der einen Rechtsform als Abgang durch Umwandlung und bei der anderen Rechtsform als Zugang durch Umwandlung erfaßt wird. Eine weitere Form der Umgründung ist die übertragende Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz. Dabei unterscheidet man, je nachdem ob das Ver-

stik aus. Konkurs- und Liquidationseröffnungen verringerten in dem genannten Zeitraum den Bestand um 18, Sitzverlegungen aus Nordrhein-Westfalen in andere Bundesländer um 11 Gesellschaften. Löschungen von Amts wegen, insbesondere wegen Vermögenslosigkeit und mangels Masse abgelehnter Konkursanträge, hatten einen Abgang um weitere neun Aktiengesellschaften zur Folge.

Kapitalbewegungen

Die Veränderungen des Grundkapitals ergeben sich einerseits durch den Zugang neuer Aktiengesellschaften zum und dem Abgang ausscheidender Gesellschaften aus dem Berichtskreis der Statistik, andererseits werden diese durch Kapitalerhöhungen oder -herabsetzungen bei bestehen-

Insgesamt wurden in der genannten Zeitspanne 276 Kapitalaufstockungen – einige Aktiengesellschaften sind mehrfach vertreten – registriert, wodurch 5 Mrd. DM an Grundkapital hinzukamen. Eine überragende Bedeutung spielten dabei die Kapitalerhöhungen gegen (Geld- und Sach-)Einlagen. Den Gesellschaften wurden durch die Ausgabe neuer Aktien allein 4,1 Mrd. DM zugeführt. Die Zahl der Emissionen war jedoch in den einzelnen Jahren Schwankungen unterworfen, die mit der Aufnahmebereitschaft des Kapitalmarktes und der Ertragslage der Unternehmen zu erklären sind. Aus Gesellschaftsmitteln, d. h. durch Umwandlung offener Rücklagen, stockten die Aktiengesellschaften ihr Grundkapital um 0,9 Mrd. DM auf. Mit der Umstrukturierung des Eigenkapitals war die Ausgabe von Gratisaktien verbunden.

Da die aus dem Berichtskreis ausgeschiedenen Unternehmen über ein höheres Grundkapital (2,9 Mrd. DM) verfügten als die neu hinzugekommenen Gesellschaften (2,2 Mrd. DM), bewirkten die Bestandsveränderungen insgesamt eine Verringerung des Nominalkapitals. Die wenigen Kapitalherabsetzungen reduzierten das Kapital um weitere 0,9 Mrd. DM.

Kapitalgrößenklassen

Die Gliederung der Aktiengesellschaften nach Kapitalgrößenklassen zeigt die erwartete Konzentration des Kapitals in den Großunternehmen. Auf die

Die zwanzig größten Aktiengesellschaften in Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1988

Name	Grundkapital Mill. DM
Bayer AG, Leverkusen	3 101
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen	2 250
Thyssen AG vorm. August Thyssen-Hütte, Duisburg	1 565
Mannesmann AG, Düsseldorf	1 286
Deutsche Lufthansa AG, Köln	1 207
Ruhrgas AG, Essen	1 100
Commerzbank AG, Düsseldorf	1 044
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund	1 000
Thyssen Stahl AG, Duisburg	750
Ford-Werke AG, Köln	720
Henkel KGaA, Düsseldorf	633
Dortmunder Stadtwerke AG, Dortmund	622
VEBA Oel AG, Gelsenkirchen	600
Krupp Stahl AG, Bochum	573
Nixdorf Computer AG, Paderborn	560
Agfa-Gevaert AG, Leverkusen	535
Ruhrkohle AG, Essen	535
Rheinische Braunkohlen- werke AG, Köln	500
Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln AG, Köln	500
Mannesmannröhren-Werke AG, Düsseldorf	500

Gesellschaften mit einem Grundkapital ab 10 Mill. DM, das waren Ende 1988 – wie auch 1985 – nahezu die Hälfte der Unternehmen, entfielen rund 98 % des Kapitals aller Aktiengesellschaften. Allein die – gemessen am Grundkapital – 20 größten Gesellschaften vereinigten knapp 50 % des ausgegebenen Aktienkapitals auf sich.

Wirtschaftliche Gliederung

Im Betrachtungszeitraum 1985 bis 1988 hatte sich die Branchenstruktur bei den Aktiengesellschaften weiter zugunsten des Tertiärbereichs (Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen, Dienstleistungen) verschoben. Übtten Ende 1985 64,3 % der Gesellschaften ihre wirtschaftliche Tätigkeit in diesem Bereich aus, so waren dies bis Ende 1988 bereits 67 %. Demgegenüber verringerte sich der Anteil des Produzierenden Gewerbes (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau,

Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) von 35,7 auf 32,9 %. Maßgeblichen Einfluß an dieser Entwicklung hatten die Dienstleistungsunternehmen, deren Zahl kontinuierlich zunahm und die 1988 mit 34,8 % auch den größten Teil der Aktiengesellschaften repräsentierten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß einige der dem Dienstleistungsbereich zugeordneten Beteiligungsgesellschaften mit ihren Beteiligungen im Produzierenden Gewerbe tätig sind. Am zweithäufigsten traten – mit rückläufiger Tendenz – die Aktiengesellschaften im Verarbeitenden Gewerbe auf (26,2 %). Weitere 18,1 % waren bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe anzutreffen. (Siehe Tabelle Seite 670).

Gemessen an der Ausstattung der Aktiengesellschaften mit Grundkapital zeigt die Branchenstruktur ein anderes Bild. Danach entfiel Ende 1988 mit 63,4 % der Großteil des Aktienkapitals weiterhin, wenn auch mit niedrigerem Anteil als 1985 (69 %), auf die Unternehmen des Produzierenden

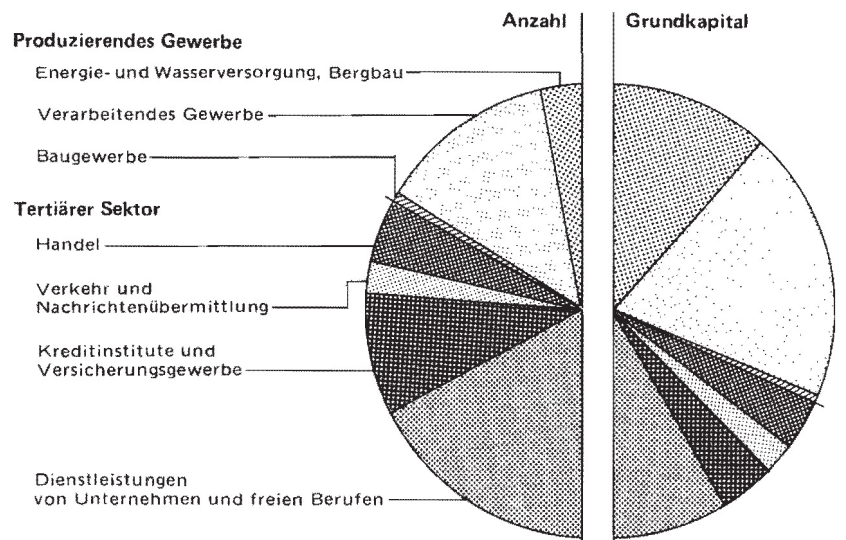
Gewerbes. Allein zwei Fünftel des Kapitalvolumens stellten die Gesellschaften des Verarbeitenden Gewerbes, bei denen mit dem zahlenmäßigen Rückgang auch eine Abnahme der Kapitalausstattung verbunden war. Weitere 22,7 % – bei einem zahlenmäßigen Anteil von lediglich 5,9 % – vereinigten die Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung sowie des Bergbaus auf sich. Dem rückläufigen Anteil des Kapitalstocks bei den Unternehmen im industriellen Bereich stand eine Zunahme im tertiären Sektor gegenüber. Der Zuwachs von 31 % in 1985 auf 36,6 % in 1988 war vor allem auf die Veränderungen bei den Dienstleistungsunternehmen zurückzuführen. Diese dehnten ihren Anteil am Gesamtkapital auf 16,9 % (1985: 13 %) aus. Innerhalb des Dienstleistungsgewerbes dominierten erwartungsgemäß die Beteiligungsgesellschaften.

Die stärkste Kapitalakkumulation gab es in den anlageintensiven Wirtschaftsbereichen. Zu nennen sind die chemische Industrie mit einer durch-

Aktiengesellschaften

einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien

am 31. 12. 1988 nach wirtschaftlicher Gliederung



schnittlichen Kapitalausstattung von 369 Mill. DM je Gesellschaft und der Bergbau mit 337 Mill. DM. Danach folgten die Unternehmen der Energie und Wasserversorgung mit einem Durchschnittskapital von 257 Mill. DM und die der eisen- und stahlschaffenden und -bearbeitenden Industrie mit 241 Mill. DM. Das durchschnittliche Grundkapital aller Aktiengesellschaften lag dagegen bei 69 Mill. DM.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Ende 1951, im ersten Jahr der Statistik, wurden in Nordrhein-Westfalen 8 580 GmbH gezählt. Nach vierzehn Jahren hatte sich die Zahl verdoppelt und nach weiteren fünf Jahren fast verdreifacht. In den 70er Jahren ging dann die Entwicklung geradezu stürmisch voran. Von Anfang 1971 bis Ende 1980 wuchs der Bestand von 24 202 auf 68 248 und verdreifachte sich damit nahezu. Neben der bei der GmbH bestehenden Attraktivität der Haftungsbeschränkung kam nun noch die Beseitigung der Doppelbesteuerung der ausgeschütteten Gewinne aufgrund der Körperschaftsteuerreform 1977 hinzu. Auch die vorherrschende günstige Konjunkturlage trug zu dieser Expansion bei. Eine deutliche Verlangsamung des Zuwachses trat ab 1981 ein. Die Anhebung der Mindestkapitalausstattung für die GmbH auf 50 000 DM aufgrund der ab 1. Januar 1981 in Kraft getretenen GmbH-Novelle zeigte damit sichtbare Auswirkungen auf das Gründungsverhalten. Dieses dürfte in den Jahren 1981 und 1982 auch noch durch den damals eingetretenen Konjunktureinbruch beeinflusst worden sein. Ende 1988 hatten 100 368 GmbH ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Damit hat sich die Zahl der Unternehmen dieser Rechtsform seit Anfang der 50er Jahre nahezu verzweifacht (siehe Tabelle Seite 672 o.).

Mit dem rasanten Bestandszuwachs bei den GmbH ging eine noch ausgeprägtere Ausweitung des Stammkapitals einher. Ende 1988 wiesen die bestehenden GmbH ein Kapitalvolumen von 45,4 Mrd. DM aus, das fast dreiundzwanzigmal so hoch war wie im ersten Statistikjahr. Bis zum Jahre 1971 lagen die Steigerungsraten beim Kapital meist über denen des Bestandes. Danach blieben bis 1981 die Kapitalzuwächse hinter den Bestandsveränderungen zurück. In den Folgejahren kehrte sich das Bild wieder um. Entsprechend dieser Entwicklung erhöhte sich das durchschnittliche Stammkapital je Gesellschaft zunächst von 232 800 DM Ende 1951 auf 572 000 DM Ende 1971, um dann bis 1981 auf 407 300 DM abzusinken. In den folgenden Jahren verbesserte sich zwar die Kapitalausstattung wieder – Ende 1988 verfügte eine GmbH durchschnittlich über eine Stammeinlage von 452 500 DM –, konnte aber bei weitem noch nicht an den bisherigen Höchstwert herankommen.

Im Zeitablauf hat die Zahl der GmbH bundesweit stärker zugenommen als in Nordrhein-Westfalen, so daß sich der Anteil der nordrhein-westfälischen Gesellschaften an der Gesamtzahl der in der Bundesrepublik ansäs-

sigen Gesellschaften verringerte. Ende 1963, ab diesem Jahr liegen erstmals vollständige Bundesergebnisse vor, betrieben rund 31 % aller GmbH ihre Geschäfte von Nordrhein-Westfalen aus, 1988 waren es dagegen nur noch rund 27 %. Wie der Bestand, so nahm auch das Stammkapital der Unternehmen bundesweit kräftiger zu als in Nordrhein-Westfalen. Die Kapitalanteile entwickelten sich damit analog zu den Bestandsanteilen.

Bestandsbewegungen

In den Jahren 1985 bis 1988 stand einer großen Anzahl von Zugängen auch ein beachtlicher Abgang gegenüber. Per Saldo war damit eine Zunahme des GmbH-Bestandes um 15 011 Unternehmen verbunden. Die Zugänge setzten sich hauptsächlich aus den in einer Position nachgewiesenen Neugründungen und Fortsetzungen sowie den Umwandlungen von Personengesellschaften, Einzelunternehmen und anderen Kapitalgesellschaften in die Rechtsform der GmbH zusammen (36 055 Gesellschaften). Dabei näherten sich die jährlichen Neueintragungen ins Handelsregister wieder der 10 000er-Marke (siehe Tabelle Seite 672). Die durch die Anhe-

Veränderung von Anzahl und Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1985 bis 1988

Art der Veränderung	Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Stammkapital
	Anzahl	Mill. DM
Bestand am 1. Januar 1985	85 357	36 505
Zugang insgesamt	37 419	14 913
Gründung, Umwandlung, Fortsetzung	36 055	4 110
Sitzverlegung	1 364	863
Kapitalerhöhung ¹⁾	(31 013)	9 941
gegen Einlagen	(30 388)	8 767
aus Gesellschaftsmitteln	(625)	1 173
Abgang insgesamt	22 408	6 002
Liquidationseröffnung	7 908	773
Konkurseröffnung	2 585	484
Umwandlung	1 003	1 790
Sitzverlegung	1 465	1 243
sonstige Abgänge ²⁾	9 447	766
Kapitalherabsetzung ¹⁾	(335)	948
Bestand am 31. Dezember 1988	100 368	45 416

1) Die Zahl der Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen wurde in Klammern gesetzt, weil sich durch sie die Zahl der Gesellschaften nicht ändert. – 2) Löschungen von Amts wegen, vor allem wegen Vermögenslosigkeit und mangels Masse abgelehnter Konkursanträge

bung der Mindestkapitalausstattung (ab 1981) sichtbar gewordenen Auswirkungen auf das Gründungsverhalten waren somit überwunden. Die Attraktivität der GmbH war – auch gestützt durch den seit 1983 eingetretenen Konjunkturaufschwung – wieder ungetrübt. Eine neue Gründungswelle wie bereits in den Jahren 1976 bis 1980 scheint sich anzubahnen. Sitzverlegungen von anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen (1 364) machten nur einen kleinen Teil der Zugänge aus.

Die im Betrachtungszeitraum insgesamt festgestellte hohe Fluktuation der GmbH war in den einzelnen Jahren recht unterschiedlich ausgeprägt. Auf 100 Zugänge kamen im Jahre 1985 60 Abgänge, im Folgejahr sogar 82 Abgänge. Danach verringerte sich die Relation sehr stark, und zwar entfielen 1988 auf 100 Neuzugänge nur noch 46 Marktaustritte (siehe Tabelle Seite 672). Die hohe Quote in den beiden ersten Jahren des Berichtszeitraums wurde mitgeprägt vom Auslaufen der in der GmbH-Novelle gesetzten Frist zur Erhöhung des Stammkapitals. Diejenigen Gesellschaften, die nicht in der Lage waren, ihr Stammkapital auf mindestens 50 000 DM zu erhöhen oder dies nicht wollten, stellten einen Antrag auf Liquidationseröffnung oder wurden von Amts wegen im Handelsregister gelöscht²⁾.

Die Abgänge bei den GmbH wurden zu gut einem Drittel durch die Eröffnung von Liquidationsverfahren (1985 bis 1988: 7 908) verursacht. Erfolgte eine ordnungsgemäße Unternehmensschließung im Zuge verschlechterter Ertragsbedingungen nicht mehr rechtzeitig, so mußte der Konkurs beantragt werden. In 2 585 Fällen eröffnete das Amtsgericht das Konkursverfahren³⁾. Der größte Teil

der Eröffnungsanträge wurde jedoch abgelehnt, da keine ausreichende Konkursmasse für die Abwicklung der Verfahren vorhanden war. Diese aus dem Berichtskreis ausgeschiedenen Gesellschaften sind unter den sonstigen Abgängen mit ausgewiesen. Nach den Ergebnissen der Insolvenzstatistik lag diese Zahl, über die vier Jahre gerechnet, bei 5 361³⁾. Weitere in der Sammelposition „Sonstige Abgänge“ (zusammen 9 447) ausgewiesene Löschungen von Amts wegen waren diejenigen wegen Vermögenslosigkeit und wegen nicht vorhandener Mindestkapitalausstattung. Auch Sitzverlegungen von Nordrhein-Westfalen in andere Bundesländer (1 465) sowie Verschmelzungen mit anderen Unternehmen oder Umwandlungen in andere Rechtsformen nach dem Umwandlungsgesetz (1 003) verminderten den Bestand der GmbH.

Kapitalbewegungen

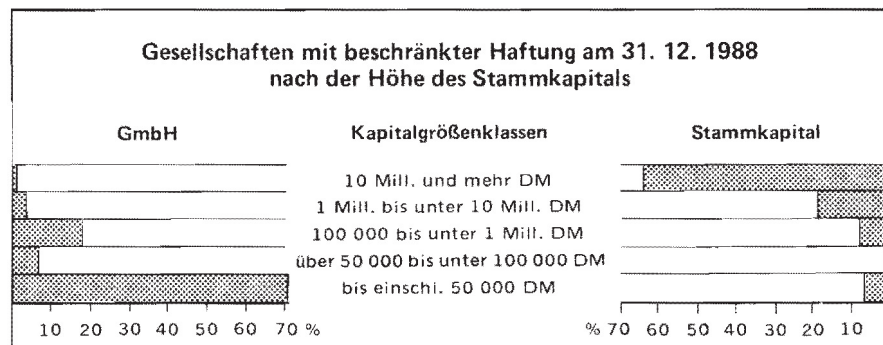
Wie bei den Aktiengesellschaften war auch bei den GmbH der Kapitalzuwachs (im Berichtszeitraum um 8,9 Mrd. DM auf 45,4 Mrd. DM) letztendlich auf Kapitalerhöhungen bereits bestehender Gesellschaften zurückzuführen. Der negative Kapitalsaldo durch die Zugänge und Abgänge von Unternehmen sowie die Kapitalherabsetzungen dämpften die Kapitalentwicklung etwas ab.

Den GmbH wurden durch Kapitalerhöhungen (9,9 Mrd. DM) fast doppelt so viele Mittel zugeführt wie durch Unternehmensneuzugänge (5 Mrd. DM). Der überwiegende Teil der Kapitalaufstockungen erfolgte durch Einlagen (8,8 Mrd. DM). Die Zahl dieser Kapitalerhöhungen hatte seit Beginn der 80er Jahre, hauptsächlich als Folge der bereits erwähnten Novellierung des GmbH-Gesetzes, stark zugenommen²⁾. Allein 1985 und 1986 wurden rund 12 300 bzw. 13 800 Kapitalerhöhungen ins Handelsregister eingetragen. Der zahlenmäßige Rückgang in den Folgejahren auf ein Niveau von 2 000 Fällen zeigt, daß die gesetzlich vorgeschriebene Erhöhung des Stammkapitals auf 50 000 DM als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Die aus dem Berichtskreis ausgeschiedenen GmbH verminderten das Kapitalvolumen in den vier Berichtsjahren um 5,1 Mrd. DM. Durch die wenigen Kapitalherabsetzungen kamen weitere 0,9 Mrd. DM hinzu.

Kapitalgrößenklassen

Die Gliederung der GmbH nach Größenklassen des Stammkapitals zeigt im Beobachtungszeitraum in allen Kapitalgruppen eine Zunahme der Gesellschaften und des Stammkapitals. Auswirkungen auf die Häufigkeitsverteilung im Zeitablauf waren damit



2) Vgl. Joachim Goletz, Auswirkungen der GmbH-Novelle auf Bestand und Kapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Heft 2/89, Seite 70 f.

3) Abweichungen gegenüber der Insolvenzstatistik sind darauf zurückzuführen, daß wegen der unterschiedlichen Berichtswege für beide Statistiken eine zeitlich einheitliche Zuordnung der eröffneten sowie der mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren nicht in allen Fällen gewährleistet ist.

kaum verbunden. Sieben von zehn GmbH verfügten Ende 1988 über ein Stammkapital von höchstens 50 000 DM; 96 % aller Gesellschaften hatten ein Kapital von weniger als 1 Million DM. Damit wird offensichtlich, daß die Rechtsform der GmbH eher für kleine bis mittelgroße Unternehmen typisch ist. Auf sie entfielen trotz des zahlenmäßigen Übergewichts nur rund 17 % des Stammkapitals aller Gesellschaften.

Eine Konzentration des Kapitals war auch bei den GmbH festzustellen. Knapp ein Prozent der Gesellschaften mit einem Nennkapital von minde-

stens 10 Mill. DM vereinigte 1988 rund 64 % des gesamten Kapitals auf sich. Allein ein Sechstel der Einlagen fiel auf die – gemessen an der Höhe des Stammkapitals – 20 größten in Nordrhein-Westfalen ansässigen GmbH.

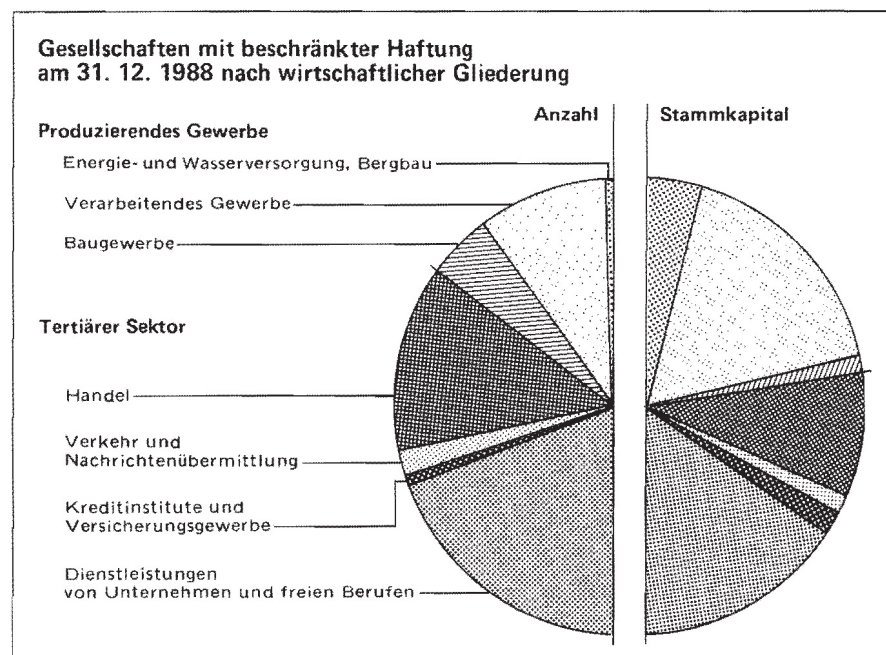
Wirtschaftliche Gliederung

An der Verteilung der GmbH und des Stammkapitals auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich während der vier Berichtsjahre kaum etwas geändert. Bei sieben Zehnteln der Ende 1988 in Nordrhein-Westfalen ansässigen Gesellschaften lag der wirtschaftliche Schwerpunkt im tertiären Sektor. Dabei waren die Dienstleistungs- (38,7 %) und die Handelsunternehmen (27,2 %) zahlenmäßig am stärksten vertreten. Innerhalb des Tertiärbereichs, auf den über die Hälfte des Kapitalvolumens aller GmbH (55 %) entfiel, vereinigten die Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes einschl. der freien Berufe allein 31,5 % des gesamten Stammkapitals auf sich. Einen etwas höheren Kapitalanteil stell-

ten – bei einem zahlenmäßigen Anteil von fast einem Fünftel – mit rund 35 % die Gesellschaften des Verarbeitenden Gewerbes, die dem industriellen Bereich zugeordnet sind. Insgesamt waren fast drei Zehntel aller GmbH mit einem anteiligen Kapitalstock von 45 % im Produzierenden Gewerbe tätig. (Siehe Tabelle Seite 671.)

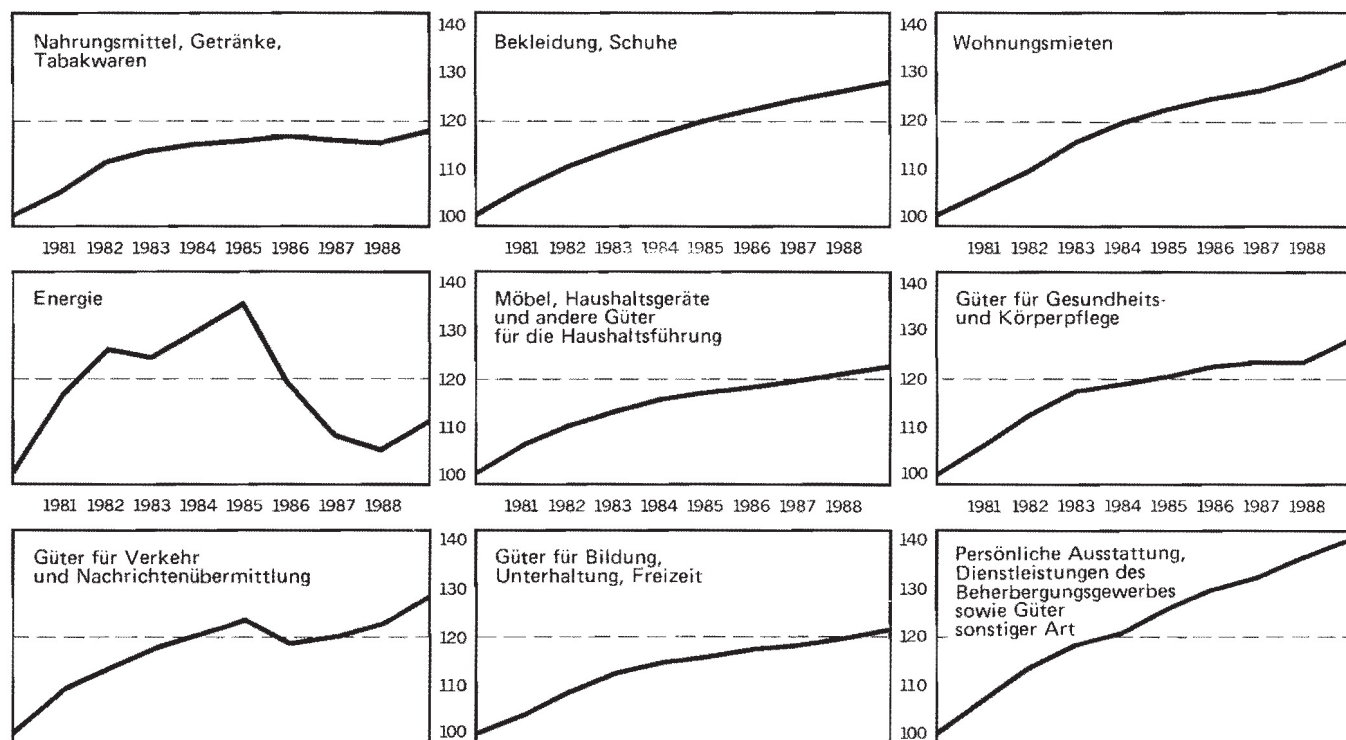
Am kapitalintensivsten erwiesen sich wie bei den Aktiengesellschaften so auch bei den GmbH die Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung einschl. Bergbau und diejenigen des Verarbeitenden Gewerbes. Als Beispiele sind die Mineralölverarbeitung mit einem durchschnittlichen Stammkapital von 18,4 Mill. DM, die Energie- und Wasserversorgung mit 16,4 Mill. DM und der Bergbau mit 11,5 Mill. DM je Gesellschaft zu nennen. Auch die Kreditinstitute verfügten mit 7,1 Mill. DM über ein beträchtliches Durchschnittskapital. Sehr niedrig lag dagegen die durchschnittliche Kapitalausstattung der Bauunternehmen mit 111 000 DM und der Gesellschaften in der Land- und Forstwirtschaft mit 107 000 DM.

Die zwanzig größten Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1988	
Name	Stammkapital Mill. DM
DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH, Köln	1 000
Fried. Krupp GmbH, Essen	700
Ruhr Oel GmbH, Düsseldorf	602
Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen	400
GfC Gesellschaft für Chemiewerte mbH, Düsseldorf	392
Stadtwerke Köln GmbH, Köln	352
EC Erdölchemie GmbH, Köln	320
Bergemann GmbH, Essen	313
Rheinische Olefinwerke GmbH, Wesseling	300
Klöckner Stahl GmbH, Duisburg	300
Deminex – Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH, Essen	300
Degen – Erste Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	289
Tecura – Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	276
„Düsseldorfer Stadtwerke“ Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Düsseldorf	270
Energie-Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf	242
3M Deutschland GmbH, Neuss	231
ELF Mineralöl GmbH, Düsseldorf	230
Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen, Essen	220
Vereinigte Schmiedewerke GmbH, Bochum	210
Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung GmbH, Düsseldorf	209



Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte — nach Hauptgruppen

Entwicklung 1980 = 100



Preisindex für die Lebenshaltung im November 1989

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte Nov./Mitte Okt. 1989) um 0,2 % auf 125,9 Punkte gestiegen (Basis 1980 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (Nov. 1988) beträgt die Indexveränderung +2,9 %. Im Oktober hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate ebenfalls bei +2,9 % gelegen.

Der Preisanstieg gegenüber Oktober d. J. war zum Teil jahreszeitlich bedingt. Ohne Berücksichtigung der Blumenpreise sowie der ernte-, saison- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel wäre der Preisindex seit Mitte vorigen Monats nur um 0,1 % gestiegen; darüber hinaus hat sich im gleichen Zeitraum auch die Haushalts- und Heizenergie mit +0,4 % überdurchschnittlich verteuert (gegenüber Oktober 1989, Umlagen für Heizung, Warmwasser und Fernwärme: +1,2 %; Kohle: +1,0 %; Gas: +0,9 %; Heizöl: +0,7 %; Strom: ± 0 %); entsprechend weisen die Indexhauptgruppen, denen diese Güter zugeordnet werden, die stärksten Niveauveränderungen

gegenüber dem letzten Monat aus: So erhöhte sich der Teilindex „Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit“, zu dem u. a. auch Schnittblumen und Topfpflanzen gehören, gegenüber dem Vormonat um 0,7 % (geg. Vorj.: +2,0 %). In der Hauptgruppe „Wohnungsmieten, Energie“ (geg. Vorm.: +0,4 %; geg. Vorj.: +4,3 %) trugen seit Mitte Oktober d. J. Wohnungsmieten mit +0,3 % (geg. Vorj.: +2,6 %) fast ebenso deutlich zur Entwicklung bei wie Energie mit +0,4 % (geg. Vorj.: +9,0 %). Auch für „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ mußten die Konsumenten wiederum mehr ausgeben als vor Monatsfrist (geg. Vorm.: +0,2 %; geg. Vorj.: +2,5 %), da anziehende Preise, insbesondere für Obst und Obsterzeugnisse (geg. Vorm.: +0,8 %; geg. Vorj.: +6,3 %), Frischgemüse (geg. Vorm.: +0,4 %; geg. Vorj.: -3,3 %) sowie Fleisch (geg. Vorm.: +0,2 %; geg. Vorj.: +8,6 %) von den beobachteten Preissenkungen (z. B. für Kaffee: -0,6 %, Kartoffeln: -0,9 %, Schokolade: -0,9 %, Zucker: -0,5 %, Eier: -0,4 %) nicht ausgeglichen werden konnten. Dagegen spiegelt sich in der jüngsten Entwicklung des Teilindex „Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ ein verbraucherfreundlicheres Preisklima wider (geg.

Vorm.: -0,4 %; geg. Vorj.: +4,1 %); hier machte sich der deutliche Rückgang der Kraftstoffpreise (Benzin, Diesel) seit Mitte vorigen Monats bemerkbar (geg. Vorm.: -2,2 %; geg. Vorj.: +18,5 %). Für die übrigen Ausgabengruppen wurden durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Preisbewegungen registriert.

Für die ersten **elf Monate** 1989 errechnet sich im Jahresabstand eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +2,7 % (Januar bis November 1988/87: +1,0 %).

Preisindizes der **übrigen Haushaltstypen** im November (1989/1988):

4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen: 125,6 Punkte (+3,0 %), 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen: 127,3 Punkte (+2,9 %), 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern: 125,1 Punkte (+3,3 %).

Unternehmen und Betriebe des Dienstleistungssektors

Eine erste Strukturanalyse aufgrund einer Testerhebung

In der bundesdeutschen Wirtschaft gewinnen die Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung. Neben den bereits seit langem bestehenden Bereichen Handel und Verkehr, Öffentliche Verwaltung sowie Handwerk sind hier heute die überwiegend kleinen bzw. mittelständischen Unternehmen zu nennen, deren Zweck die Planung und Beratung, Forschung und Entwicklung, Werbung und Vermietung ist. Dabei handelt es sich sowohl um Dienstleistungen für private Haushalte als auch – mit zunehmender Tendenz – um Dienstleistungen für andere Unternehmen und für den Staat. Über die ökonomische Struktur der Betriebe und der Unternehmen dieses Teils des Dienstleistungssektors liegen bisher nur wenige qualitative und quantitative Aussagen der amtlichen Statistik vor. Es ist jedoch vorgesehen, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um solche überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen künftig statistisch besser zu erfassen. Zur Vorbereitung für das spätere Gesetzgebungsverfahren diente als Pilotprojekt eine Testerhebung bei Wirtschaftseinheiten der entsprechenden Dienstleistungsbereiche.

Rechtsgrundlage für die Testerhebung ist § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG), in dem es heißt: „Zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden“¹⁾. Die Piloterhebung im Dienstleistungsbereich erstreckte sich auf Unternehmen bzw. Betriebe der Datenverarbeitung, der Steuerberatung, der Wirtschafts- und Unternehmensberatung, der technischen Planung und Beratung, der Forschung und Entwicklung, der Werbung sowie der Vermietung von beweglichen Sa-

chen. Hierbei handelt es sich um Dienstleistungen, welche überwiegend anderen Betrieben und Unternehmen auf dem Markt angeboten werden. Diese freiwillige Testbefragung im Dienstleistungsbereich wurde als Stichprobe konzipiert, die von vier statistischen Landesämtern sowie vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wurde. Im Rahmen einer erhebungstechnisch sinnvollen Arbeitsteilung wurden die Ziehung der Stichprobe, die Fehlerrechnung und die Tabellierung beim Statistischen Bundesamt durchgeführt, Versand und Rücklauf der Erhebungsvordrucke sowie die Datenerfassung erfolgten bei den statistischen Ämtern der beteiligten Länder Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Auswahlgrundlage für den Berichtskreis dieser Erhebung war die Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit. Dabei wurde eine Schichtung nach den sechs zu untersuchenden Wirtschaftszweigen und nach sieben Beschäftigtengrößenklassen vorgenommen, so daß insgesamt 42 Schichten vorlagen. In der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit sind alle Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten enthalten. Da die Betriebe ohne sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jedoch fehlen, sind die Zahlen der Betriebe und der Beschäftigten niedriger als in den übrigen amtlichen Statistiken. Somit finden in der Stichprobe Unternehmen, in denen nur Inhaber arbeiten, keine Berücksichtigung, und es kann daher zu keinen Aussagen über diese Teilmasse kommen. Die an für sich methodisch bessere Auswahlgrundlage der Arbeitsstättenzählung 1987 stand aus terminlichen Gründen noch nicht zur Verfügung. Insgesamt durfte der Stichprobenumfang gem. § 7 Abs. 4 BStatG bundesweit 10 000 Berichtseinheiten nicht überschreiten. Das Soll für eine gesicherte Aussage erforderte einen Eingang von 3 600 Meldungen der Auskunftgebenden. Abschließend wurden die ermittelten Daten aus der Stichprobe in einer

freien Hochrechnung zu Ergebnissen für Bund und beteiligte Länder zusammengeführt.

Gemäß dem Stichprobenplan entfielen auf Nordrhein-Westfalen 3 106 Wirtschaftseinheiten aus der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit. Das erforderliche Soll für ein aussagekräftiges Ergebnis lag bei 1 294 Meldungen. Die Schichtung nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen sah vor, daß in Nordrhein-Westfalen alle Unternehmen und Betriebe mit mindestens 100 Beschäftigten in die Erhebung einbezogen wurden und daß auch die Wirtschaftseinheiten mit 50 bis 99 Beschäftigten noch mit einem gewichtigen Anteil erfaßt wurden. Die Repräsentanz der kleineren Beschäftigtengrößenklassen war natürlich geringer und betrug teilweise nur wenige Prozente. Die einzelnen Wirtschaftszweige waren in der Stichprobe unterschiedlich vertreten, dabei war die Werbung am geringsten und die chemischen und chemotechnischen Laboratorien am stärksten berücksichtigt worden, obwohl die absoluten Werte in der Stichprobe für beide Wirtschaftszweige recht klein waren.

Der Fragenkatalog umfaßte neben den Hilfsmerkmalen folgende Erhebungsmerkmale: Art des Betriebes und Zahl der Betriebe, Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit, Gründungsjahr (evtl. Jahr der Funktionsauslagerung), tätige Personen und deren Stellung im Betrieb, Bruttolöhne und -gehälter, Umsätze und Investitionen. Somit wurden die Unternehmen und Betriebe nach denselben ökonomischen Merkmalen befragt, wie sie auch in den Statistiken des Produzierenden Gewerbes für die Konjunkturbeobachtung bzw. die Strukturanalyse verwandt werden. Darüber hinaus konnten die Auskunftsgebenden fakultativ zu einzelnen Fragen Stellung beziehen.

1) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565)

Vorab wurden die Interessenvertretungen und Verbände der ausgewählten Wirtschaftseinheiten sowie die Presse über den Zweck der vorgesehenen Testerhebung mit der Bitte informiert, in ihren Publikationen diese Informationen weiterzugeben. Beim Erstversand wurden dann in NRW die 3 106 ausgewählten Stichprobeneinheiten angeschrieben. Im Vergleich zu der Testerhebung über Dienstleistungen im Produzierenden Gewerbe wies der Rücklauf eine geringere Qualität auf. Vier Gründe sind besonders hervorzuheben.

Erstens wies das Anschriftenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit einige qualitative Mängel auf (Erhebungsvordrucke konnten nicht zugestellt werden, Unternehmen bzw. Betriebe existierten nicht mehr oder gehörten anderen Wirtschaftszweigen an). Zweitens hatten – mit Ausnahme der Steuerberater – die Befragten bisher nur in geringem Maße Erfahrungen mit Erhebungen der amtlichen Statistik sammeln können, so daß vor Ort eine gewisse Unsicherheit beim Ausfüllen des Erhebungsvordrucks vorlag. Dritter Grund war die häufig geringe Größe der Unternehmen: In kleineren Unternehmen bzw. Betrieben gibt es seltener Mitarbeiter, die mit Statistiken vertraut sind. Vierter Grund für die vergleichsweise geringe Qualität der Antworten war der im Vergleich zu der Testerhebung über Dienstleistungen im Produzierenden Gewerbe wesentlich umfangreichere und komplexere Fragenkatalog.

Das Soll von 1 294 verwertbaren Meldungen wurde nach den ersten Wochen des Rücklaufs noch nicht erreicht. Daher wurde die Stichprobe um weitere ausgewählte Einheiten aufgestockt. Auch erfolgte eine Erinnerung an die Abgabe der Erhebungspapiere bei den Einheiten, die sich in einer Schicht befanden, welche noch nicht das Mindestsoll erreicht hatte.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Volkszählung 1987: Berufsauspendler

Immer mehr Menschen arbeiten nicht an ihrem Wohnort: Im Rahmen der Volkszählung 1987 wurden in NRW 2,18 Mill. sog. „Berufsauspendler“ ermittelt, das sind 31,5 % aller Erwerbstätigen im Lande. 1970 hatte dieser Anteil noch rd. 26 % betragen, wobei etwa 6 % aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten kommunalen Neugliederung heute nicht mehr als Auspendler gelten würden. De facto ist damit seit 1970 bei fast unveränderter Zahl der Erwerbstätigen der Anteil derer, deren Arbeitsstätte nicht in ihrer Wohngemeinde liegt, um mehr als die Hälfte gestiegen.

Etwa 1,8 Mill. (83,0 %) dieser Pendler fuhren 1987 täglich mit dem Pkw von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte. Öffentliche Verkehrsmittel benutzten gut 300 000 Auspendler (13,9 %). Der Rest nahm ein Fahrrad, Moped oder Motorrad bzw. ging zu Fuß. 1970 war noch jeder dritte (33,3 %) mit öffentlichen Verkehrsmitteln und nur gut jeder zweite (57,2 %) mit dem Auto gefahren.

Des weiteren gab es 1987 gut 337 000 „Ausbildungsauspendler“, deren Schule/Bildungseinrichtung in einer anderen als ihrer Wohngemeinde lag. Unter Zugrundelegung der heutigen Gemeindegrenzen waren dies etwa 140 000 oder gut 70 % mehr als zur Zeit der Volkszählung 1970.

Die Ausbildungsauspendler benutzten zu fast zwei Dritteln (62,3 %) öffentliche Verkehrsmittel (1970: 77,8 %); mit dem Auto fuhren 32,9 % (1970: 11,3 %) zur Ausbildungsstätte.

Bestand an motorisierten Zweirädern am 1. Juli 1989

In Nordrhein-Westfalen gab es Mitte dieses Jahres 535 346 motorisierte Zweiräder, 2,5 % weniger als ein Jahr zuvor. Fast die Hälfte entfiel auf Motorräder, deren Anzahl um 2,8 % auf 249 472 stieg.

Steigende Tendenzen gab es auch bei Motorrollern (+3,9 % auf 15 588), Mokicks (+8,9 % auf 41 247) und Mopeds (+4 % auf 21 635). Rückläufig war dagegen die Zahl der anmeldepflichtigen Leichtkrafträder mit amtlichem Kennzeichen (–18,3 % auf 42 153) und der „Mofas 25“ (–8,7 % auf 163 821).

Übernachtungen auf Campingplätzen in den ersten drei Quartalen 1989

Die nordrhein-westfälischen Campingplätze konnten in den ersten neun Monaten dieses Jahres 291 850 Gäste begrüßen, die es zusammen auf 861 700 Übernachtungen brachten – Mieter von Dauerstellplätzen blieben dabei unberücksichtigt. Damit war die Zahl der Gästeankünfte um 5,8 %, die der Übernachtungen um 3,4 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Uneinheitlich war die Entwicklung bei den ausländischen Gästen: Hier war die Zahl der Übernachtungen mit 309 650 um 1,7 % niedriger als in den ersten drei Quartalen 1988, wobei aber 97 790 und damit um 2,8 % mehr Gäste gezählt wurden. Traditionell stellten die Niederländer mit 228 300 Übernachtungen wieder den größten Anteil. Es folgten die Briten (18 380), Dänen (13 080), Belgier (9 990) und Franzosen (7 380).

Daraus zeigt sich die Notwendigkeit einer Auskunftspflicht bei einer zukünftigen amtlichen Dienstleistungsstatistik. (Siehe Tabelle Seite 666.)

Insgesamt meldeten mehr als 1 500 Wirtschaftseinheiten, davon konnten 1 358 Antworten für die Auswertung Berücksichtigung finden. Gegenüber dem Erhebungs-Soll lag ein Eingangsstand von 104,9 % vor. In 20 Schichten wurde das Mindestsoll entweder erreicht oder übertroffen, in weiteren sieben Schichten wurde das Soll nur um eine Rückmeldung verfehlt. Unter den Wirtschaftszweigen übertraf nur bei den Steuerberatern der Eingang die Vorgabe. Dieser Bereich stellte gut die Hälfte (55,2 %) aller Wirtschaftseinheiten, die in die Auswertung kamen. In vier Beschäftigtengrößenklassen lag der Eingangsstand über 100 %. Gemessen am Versand betrug der durchschnittliche Rücklauf der verwertbaren Erhebungspapiere etwa ein Viertel, dabei war der Rücklauf von den größeren Wirtschaftseinheiten prozentual besser als von den kleineren Einheiten. Insgesamt konnte der Rücklauf der Erhebungspapiere als ausreichend für die Stichprobe angesehen werden, da alle Schichten so besetzt werden konnten, daß eine Hochrechnung möglich wurde. Die Differenz von annähernd 200 Wirtschaftseinheiten zwischen der Zahl der Rückmeldungen insgesamt und der Zahl der verwertbaren Erhebungseinheiten ergab sich größtenteils daraus, daß einige Betriebe bzw. Unternehmen nicht dem betrachteten Dienstleistungssektor angehörten, sondern dem Handel, dem öffentlichen Bereich oder dem Produzierenden Gewerbe.

In Nordrhein-Westfalen wurde eine maschinelle Plausibilitätskontrolle durchgeführt. Somit konnten Fehler in der Beantwortung der Fragebogen schnell durch Rückfragen geklärt wer-

den. Auch die anderen Arbeitsgänge von der Eingangskontrolle bis hin zur Ergebniserstellung wurden maschinell durchgeführt.

Bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse ist darauf zu achten, daß diese auf freiwilligen Meldungen aus einer Stichprobe beruhen und damit nicht für alle dargestellten Gliederungsstufen eine absolute Repräsentanz aufweisen. Die ersten Ergebnisse sind direkt aus den Meldungen abgeleitet. Sie geben einen Einblick in die Struktur der an der Stichprobe beteiligten Unternehmen und Betriebe und lassen bereits Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen und den Beschäftigtengrößenklassen erkennbar werden. Anschließend folgen die hochgerechneten nordrhein-westfälischen Ergebnisse aus der Stichprobe für ausgewählte Merkmale.

Die Steuerberater stellen gut die Hälfte aller rückmeldenden Wirtschaftseinheiten in der Stichprobe, gemessen an der Zahl der Beschäftigten liegt diese Wirtschaftsklasse jedoch mit ca. 31 % nur an zweiter Stelle. Der Anteil bei den Löhnen und Gehältern liegt bei einem guten Viertel und die Anteile bei den Umsätzen und Investitionen fallen mit etwa einem Fünftel noch geringer aus. Insgesamt wesentlich gewichtiger in der Stichprobe ist der Bereich der Architekten, Bauingenieure, Vermessungsbüros und sonstigen Ingenieur- und technischen Büros: Sie stellen zwar nur ein gutes Viertel der Betriebe bzw. Unternehmen, doch fast die Hälfte aller Beschäftigten. Die Summe der Löhne und Gehälter liegt sogar über der 50-%-Marke, und die Anteile bei den Umsätzen bzw. Investitionen übersteigen gut die 40 % bzw. liegen bei einem Drittel. Ein besonderes Gewicht weisen auch der Wirtschaftszweig Werbung mit einem Umsatzanteil von rd. einem Fünftel sowie die Wirtschaftszweige Vermietung beweglicher Sachen und Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellenvermittlung mit An-

teilen bei den Investitionen von jeweils einem guten Fünftel aus. Die chemischen und chemotechnischen Büros sind in der Testerhebung nur geringfügig vertreten. (Siehe Tabelle Seite 666.)

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in den Stichprobeneinheiten schwankt zwischen 14 (Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung) und 45 (Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros, sonstige Ingenieur- und technische Büros). Bei den Wirtschaftsberatern und -prüfern sowie in der Werbung sind männliche und weibliche Beschäftigte etwa gleich stark vertreten. Dagegen dominieren in den übrigen Wirtschaftszweigen eindeutig die männlichen Beschäftigten, insbesondere bei den Architekten und Ingenieuren mit drei von vier tätigen Personen. In den stärker technisch ausgerichteten Wirtschaftszweigen wurden mit annähernd 60 000 DM pro Jahr die höchsten Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten gezahlt; die niedrigsten Jahresgehälter mit rd. 35 000 DM pro Jahr sind im Wirtschaftszweig Vermietung von beweglichen Sachen zu finden. Die mit Abstand höchsten Umsätze je Beschäftigten werden in der Werbung erzielt (fast 600 000 DM). Dagegen fällt der Umsatz je Beschäftigten in den übrigen Wirtschaftszweigen wesentlich niedriger aus, und in den chemischen und chemotechnischen Laboratorien wird die 100 000-DM-Grenze noch nicht einmal erreicht. In den einzelnen Wirtschaftszweigen wird auch in unterschiedlicher Höhe investiert. Annähernd 70 000 DM je Beschäftigten wurde im Wirtschaftszweig Vermietung beweglicher Sachen investiert, dagegen nur 5 000 bis 6 000 DM in der Werbebranche. Bei den Unternehmensberatern, Wirtschaftsprüfern sowie Architekten und Ingenieuren liegt das Investitionsvolumen auch nicht wesentlich höher.

In der Stichprobe befinden sich Betriebe und Unternehmen unterschiedlicher Betriebsgröße. Die Wirtschaftseinheiten mit nur einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen einen Anteil von 13,7 % an der Gesamtzahl der rückmeldenden Betriebe und Unternehmen. Ihr Beschäftigtenanteil ist naturgemäß mit 1,9 % äußerst gering; dabei halten sich die Zahlen der männlichen und weiblichen Mitarbeiter in diesen Betrieben etwa die Waage. Die Ergebnisse für Löhne und Gehälter, Umsätze und Investitionen bewegen sich auf gleichem Niveau. Den größten Anteil der meldenden Stichprobeneinheiten weisen die Betriebe mit zwei bis fünf sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf (40,4 %), deren Anteil an den Gesamtbeschäftigten beträgt jedoch nur 9,3 %. Dabei überwiegen die weiblichen Beschäftigten. Bei den Löhnen und Gehältern, Umsätzen und Investitionen liegen die ermittelten Werte zwischen rd. 4 % und 6 %. Die Wirtschaftseinheiten mit 6 bis 9 bzw. 10 bis 19 Beschäftigten sind mit 15,8 % bzw. 14,0 % in der Stichprobe vertreten. In der erstgenannten Beschäftigtengrößenklasse überwiegt der Anteil der Frauen, in der zweiten der Männeranteil. In der Beschäftigtengrößenklasse mit 6 bis 9 tätigen Personen werden bei den Bruttolöhnen und -gehältern, Umsätzen sowie Investitionen jeweils 3 % bis 4 % vom gesamten Stichprobenergebnis erreicht. Bei der nächstfolgenden Größenklasse liegen die Anteilswerte für diese Merkmale zwischen 7 % und 9 %. Die Wirtschaftseinheiten mit 20 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen bei einem Anteil von 16,1 % immerhin fast drei Viertel aller Beschäftigten in der Stichprobe. Dabei gewinnt tendenziell die Beschäftigung der Männer mit zunehmender Betriebsgröße relativ an Bedeutung. Die Unternehmen und Betriebe ab 20 Beschäftigten stellen bei den Merkmalen Löhne und Gehälter, Umsätze sowie Investitionen Anteile von 80 % und mehr an den entsprechenden Ergebnissen der gesamten

Stichprobe. Analog zum Produzierenden Gewerbe ist also auch im Dienstleistungssektor das besondere Gewicht der Wirtschaftseinheiten mit 20 und mehr Beschäftigten für zukünftige Erhebungen der amtlichen Statistik zu berücksichtigen. In den Wirtschaftseinheiten mit 100 und mehr Beschäftigten sind annähernd die Hälfte aller Arbeitnehmer beschäftigt. Mehr als die Hälfte der in der Dienstleistungsteststichprobe ermittelten Löhne und Gehälter, Umsätze sowie Investitionen entfallen auf Unternehmen und Betriebe der obersten Beschäftigtengrößenklasse. Das große Gewicht dieser Wirtschaftseinheiten innerhalb des untersuchten Dienstleistungsbereichs kann durchaus für zukünftige kurzfristige Konjunkturbeobachtungen genutzt werden. (Siehe Tabelle Seite 666.)

Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter je Beschäftigten steigen mit zunehmender Betriebsgröße. Betriebe mit nur einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zahlten 1987 im Durchschnitt rd. 18 000 DM. In den Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten lag die durchschnittliche Entlohnung im gleichen Jahr bei rd. 65 000 DM. Die durchschnittlichen Umsätze je Beschäftigten sind nicht so eindeutig abhängig von der Betriebsgröße. Trotzdem läßt sich erkennen, daß die größeren Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten höhere Pro-Kopf-Umsätze erzielen und damit über dem Durchschnitt der gesamten Stichprobe liegen, während die Wirtschaftseinheiten der unteren Beschäftigtengrößenklasse unterhalb des Durchschnitts (rd. 175 000 DM für das Jahr 1987) bleiben. Bei den durchschnittlichen Investitionen je Beschäftigten ist kein direkter Zusammenhang mit der Betriebsgröße zu erkennen.

Die bisher beschriebenen Ergebnisse beziehen sich unmittelbar auf die 1 358 Meldungen aus der Teststichprobe. Sie sind von Zufälligkeiten mehr oder weniger stark beeinflusst

und weisen demzufolge nicht den gleichen Charakter auf wie die Resultate der sonst üblichen amtlichen Statistiken. Immerhin zeigen sie Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen bzw. den Betriebsgrößeklassen auf und bilden die Grundlage für die Hochrechnung, deren Ergebnis nunmehr vorgestellt werden soll. Die Ergebnisse der Hochrechnung unterscheiden sich naturgemäß von den direkt aus den Meldungen ermittelten Ergebnissen, da sie den zu untersuchenden Dienstleistungssektor in seiner tatsächlichen Zusammensetzung abzubilden versuchen.

Obwohl die hochgerechneten Stichprobenergebnisse mit unterschiedlichen, teilweise recht hohen Stichprobenfehlern behaftet sind, sollen ausgewählte Merkmale hier vorgestellt werden. Vorangestellt wird die hochgerechnete Zahl der Unternehmen in den einzelnen Dienstleistungsbereichen. In der Steuerberatung – häufig auch mit der Wirtschafts- und Unternehmensberatung verbunden – ist die größte Zahl der Unternehmen (5 094) angesiedelt. Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Unternehmen der technischen Planung und Beratung dar (4 634). Hierbei handelt es sich häufig um Architekten- und Ingenieurbüros. Bereits wesentlich seltener sind die Unternehmen der Werbung (1 142) und der Datenverarbeitung (963) anzutreffen, und noch geringer ist die Zahl der Unternehmen, welche die Vermietung von beweglichen Sachen einschließlich Leasing zum Zweck haben (496). Die gleiche Größenordnung hat die Zahl der Unternehmen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (467). Hierbei handelt es sich um allgemeine Bürodienste, Vermittlungsdienste, Auskünfte usw. Überwiegend der Forschung und Entwicklung widmen sich nur wenige Unternehmen (78). Zweck und Kosten lassen eine Integration dieses

Dienstleistungsbereichs in andere Unternehmen offensichtlich günstiger erscheinen. (Siehe Tabelle Seite 668.)

Dem Dienstleistungssektor wird sowohl heute als auch für die Zukunft eine große wirtschaftliche Bedeutung zugemessen, die sich auch auf die Beschäftigung auswirkt. Die Darstellung der Beschäftigtenstruktur ist daher ein besonderes Anliegen der weiteren Untersuchung. Für den befragten Teilbereich des Dienstleistungssektors ergab die Hochrechnung für Nordrhein-Westfalen eine Beschäftigtenzahl von ca. 134 000, ohne die tätigen Personen in Unternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Für die ca. 13 300 Unternehmen der ausgewählten Dienstleistungsbereiche weist die Hochrechnung damit eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 10 tätigen Personen aus. Gegenüber der für die Wirtschaftseinheiten der Stichprobe direkt ermittelten Angabe liegt dieser Wert wesentlich niedriger. Ursache hierfür ist der erheblich höhere Anteil der größeren Unternehmen in der Stichprobe. In den Dienstleistungsbereichen Datenverarbeitung sowie Forschung und Entwicklung liegt die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen klar über dem Gesamtdurchschnitt. Auf dem Niveau des Gesamtdurchschnitts liegt sie bei den Unternehmen der technischen Planung und Beratung, der Werbung, der Vermietung beweglicher Sachen sowie der sonstigen Dienstleistungen, etwas darunter dagegen bei den Steuerberatern bzw. Wirtschafts- und Unternehmensberatern.

Der Dienstleistungssektor bietet häufig Teilzeitbeschäftigung an, über 30 000 entsprechende Arbeitsplätze wurden für 1988 ermittelt. Diese Teilzeitbeschäftigung wird häufiger von Frauen wahrgenommen, was die Zahl von ca. 22 000 teilzeitbeschäftigten weiblichen Arbeitskräften belegt.

Sind die Frauen bei den Teilzeitbeschäftigten besonders stark vertreten, so sind sie bei den tätigen Personen mit Hoch- oder Fachhochschulabschluß wesentlich geringer präsent. Von ca. 31 500 errechneten Arbeitskräften mit dieser Qualifikation waren gut 4 500 weiblichen Geschlechts. Daß im Dienstleistungssektor die Ausbildung von Nachwuchskräften einen großen Stellenwert besitzt, macht die Zahl von rd. 9 000 Auszubildenden deutlich.

Die rd. 59 000 Frauen im untersuchten Dienstleistungssektor stellen annähernd die Hälfte aller Beschäftigten (44,4 %). In der Wirtschafts- und Unternehmensberatung, in der Werbung sowie in den sonstigen Dienstleistungen ergeben sich ähnliche Anteile. Dagegen sind nahezu zwei Drittel aller in der Steuerberatung tätigen Personen Frauen, während die Frauenquote in der Datenverarbeitung und bei der Vermietung beweglicher Sachen nur etwa ein Drittel ausmacht. Im Bereich der Forschung und Entwicklung liegt der entsprechende Wert sogar unter 25 Prozent. In diesem Bereich herrscht noch immer der eher technisch-naturwissenschaftlich ausgebildete männliche Mitarbeiter vor. Ein großer Teil der berufstätigen Frauen ist teilzeitbeschäftigt. In dem beobachteten Dienstleistungssektor nimmt mehr als ein Drittel der Frauen diese Beschäftigungsform wahr (37,2 %). In der Steuerberatung steigt dieser Anteil sogar auf über 40 %, während er in den Dienstleistungsbereichen Vermietung von beweglichen Sachen sowie sonstige Dienstleistungen nur etwas über 20 % beträgt. In den übrigen Dienstleistungsbereichen pendelt dieser Anteil um den Gesamtdurchschnitt. Wie bereits oben erwähnt, sind die Frauen bei den tätigen Personen mit Hoch- oder Fachhochschulabschluß unterrepräsentiert. Nur knapp 8 % der weiblichen Beschäftigten besitzt diese Qualifikation. Bei den Steuerberatern – der Wirtschaftsklasse mit der größten Zahl an weiblichen Beschäftigten – liegt der entsprechende

Frauenanteil sogar nur bei etwa 5 %, während er bei den Unternehmen des Dienstleistungsbereichs Forschung und Entwicklung immerhin ein Viertel ausmacht.

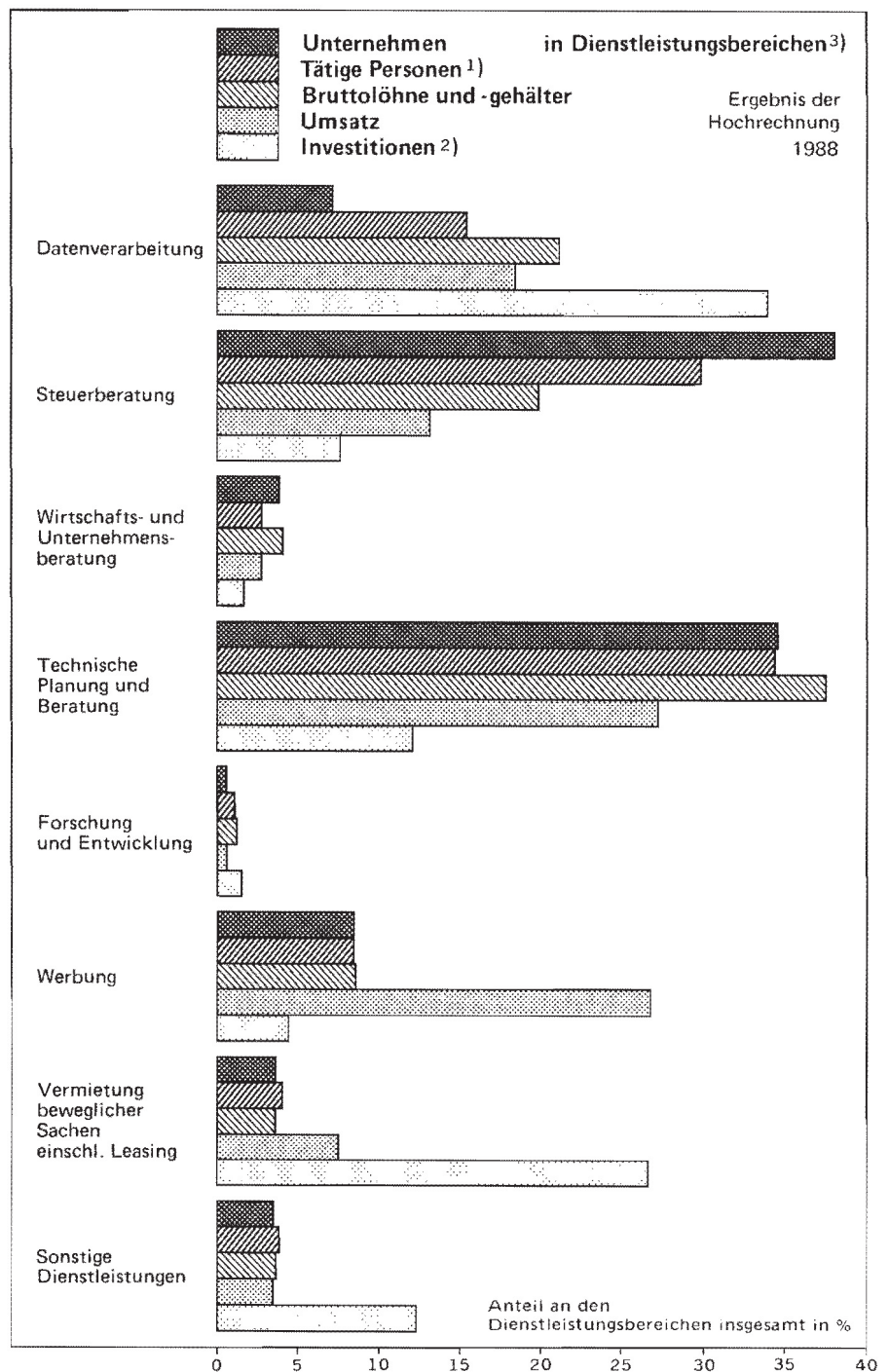
In den ausgewählten Dienstleistungsbereichen besitzen die freien Mitarbeiter – insgesamt rd. 11 000 – eine nicht unerhebliche Bedeutung. Bezieht man ihre Zahl auf die Gesamtzahl der als Angestellte oder Arbeiter beschäftigten Personen, so ergibt sich für den untersuchten Dienstleistungssektor eine Relation von etwa 1 zu 10. In den Unternehmen der Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie in den Unternehmen mit sonstigen Dienstleistungen ist das genannte Verhältnis sogar 1 zu 3. Andererseits werden in den Unternehmen mit dem Zweck der Vermietung von beweglichen Sachen kaum freie Mitarbeiter eingesetzt. In diesem Dienstleistungsbereich ist dagegen die Zahl der Arbeiter bemerkenswert hoch, sie übertrifft sogar die Zahl der Angestellten. Bei diesen Arbeitern handelt es sich zum größten Teil um Männer, die u. a. für die Installation von Maschinen verschiedener Art sowie für die Aufstellung von Automaten und Behältern eingesetzt werden. (Siehe Tabelle Seite 668.)

Die Unternehmen im beobachteten Dienstleistungssektor sind in der Regel Einbetriebsunternehmen (95,7 %). Der Anteil der Unternehmen mit zwei Betrieben beträgt nur 3,2 %. Die hochgerechneten Ergebnisse weisen für den Bereich der Forschung und Entwicklung sogar ausschließlich Einbetriebsunternehmen aus. Im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau) ist dagegen der Anteil der Mehrbetriebsunternehmen etwa doppelt so hoch.

Die Unternehmen des modernen Dienstleistungssektors sind im Durchschnitt jünger als Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Nur etwa jedes zwanzigste Unternehmen ist so

alt wie die Bundesrepublik Deutschland oder noch älter. Schwerpunktmäßig sind dies Unternehmen der Steuerberatung sowie der technischen Planung und Beratung. Etwa jedes siebte Unternehmen des beobachteten Dienstleistungssektors ist in den aufstrebenden 50er Jahren gegründet worden. Jedes fünfte Unternehmen stammt aus den 60er Jahren. Dabei ist der Anteil der Wirtschaftseinheiten aus dem Bereich der technischen Planung und Beratung überdurchschnittlich hoch; gut jedes vierte Unternehmen weist hier ein entsprechendes Gründungsdatum auf. Fast ein Drittel der Dienstleistungsunternehmen sind in den 70er Jahren gegründet worden und dabei verstärken sich die Gründungen insbesondere in den Bereichen Datenverarbeitung und Werbung. Knapp 30 % aller Unternehmen stammen aus den Jahren ab 1981. Überdurchschnittlich hohe Zahlen von Unternehmensgründungen gibt es in dieser Zeit in den Dienstleistungsbereichen Datenverarbeitung, Wirtschafts- und Unternehmensberatung, Forschung und Entwicklung, Vermietung beweglicher Sachen einschließlich Leasing und sonstige Dienstleistungen. Hierbei handelt es sich überwiegend um moderne Dienstleistungsarten, für die sich erst in den letzten Jahren verstärkt ein Markt aufbaut. Hoch entwickelte Kommunikationstechnologien dürften hierfür eine nicht unwesentliche Voraussetzung gewesen sein.

Überwiegend gehören die Unternehmen des untersuchten Dienstleistungssektors zum eher mittelständischen Wirtschaftsbereich. Nur etwa 7 % der Unternehmen weisen 20 und mehr Beschäftigte auf, und Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten besitzen nur einen Anteil von rd. 0,5 %. Rund vier Fünftel aller Unternehmen beschäftigen nach dem Ergebnis der Hochrechnung bis zu 9 Mitarbeiter, darunter stellen die Unternehmen mit 2 bis 5 tätigen Personen



1) Stand 30.4.1988

2) Investitionen einschließlich gemieteter und gepachteter Sachanlagen

3) Bei den Dienstleistungsbereichen handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der befragten Unternehmen. Wurde mehr als ein Tätigkeitsschwerpunkt angegeben, so erfolgte die Zuordnung in den Dienstleistungsbereich mit dem größten Umsatzanteil.

den größten Anteil (44,7 %). In den Dienstleistungsbereichen Datenverarbeitung sowie Forschung und Entwicklung und Vermietung beweglicher Sachen einschließlich Leasing sind die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (zum Teil rd. 20 %), während umgekehrt entsprechende Unternehmen der Steuerberatung sowie der technischen Planung und Beratung anteilmäßig wesentlich seltener auftreten (rd. 3 % bzw. 6 %). In diesen beiden Dienstleistungsbereichen weisen gemäß Hochrechnung etwa die Hälfte (Steuerberatung) bzw. etwa 46 % (technische Planung und Beratung) der Unternehmen zwei bis fünf Beschäftigte auf.

Die Darstellung der hochgerechneten Ergebnisse für die acht ausgewählten Dienstleistungsbereiche zeigt noch einmal die recht unterschiedliche Ausprägung der einzelnen Merkmale in diesen Bereichen. So ragen der Umsatz in der Werbung und die Investitionen in den Unternehmen mit dem Zweck der Vermietung beweglicher Sachen (einschließlich Leasing) besonders hervor. Obwohl alle dargestellten Ergebnisse auf einer Stichprobe beruhen, seien sie nun direkt aus der Erhebung abgeleitet oder hochgerechnet und somit zwangsläufig mit einer gewissen Fehlermarge behaftet, so zeigt doch die Grafik, daß auch der Dienstleistungssektor – ähnlich wie das Produzierende Gewerbe – sehr heterogen strukturiert ist.

Insgesamt ist für den untersuchten nordrhein-westfälischen Dienstleistungssektor ein Umsatzvolumen von etwa 21 Mrd. DM für 1988 hochgerechnet worden. Verglichen mit dem Umsatz im nordrhein-westfälischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (über 400 Mrd. DM) ist eher von einer bescheidenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu sprechen. Doch der Dienstleistungssektor – insbesondere im produktionsorientierten Bereich – wird weiter wachsen²⁾, und somit sind Konjunktur- und Strukturaussagen auf der Basis der amtlichen Statistik in diesem Wirtschaftssektor ebenso von Bedeutung wie in den übrigen Sektoren der Volkswirtschaft.



Beschäftigte in der Industrie Ende September 1989

Der Aufwärtstrend der Beschäftigtenzahlen im nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbe hält weiter an: Die Betriebe mit mindestens 20 tätigen Personen meldeten Ende September 1989 einen Personalstand von 1,850 Millionen; damit waren 36 000 (+2 %) Arbeitsplätze mehr besetzt als vor Jahresfrist.

Den größten Beschäftigtenzuwachs verzeichnete das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit einem Plus von 23 500; Neueinstellungen im Maschinenbau (+8 700), in der elektrotechnischen Industrie (+7 300) und bei den Herstellern von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+3 500) wirkten sich hier aus. Auch die Verbrauchsgüterindustrie stellte deutlich mehr Arbeitsplätze zur Verfügung (+12 000). Hier nahm das Arbeitsplatzangebot insbesondere in der Kunststoffindustrie (+5 300) und in der Holzverarbeitung (+3 200) zu. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe meldete einen Anstieg um 800 Beschäftigte; im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe blieb der Beschäftigtenstand unverändert.

Baugenehmigungen Januar – Oktober 1989

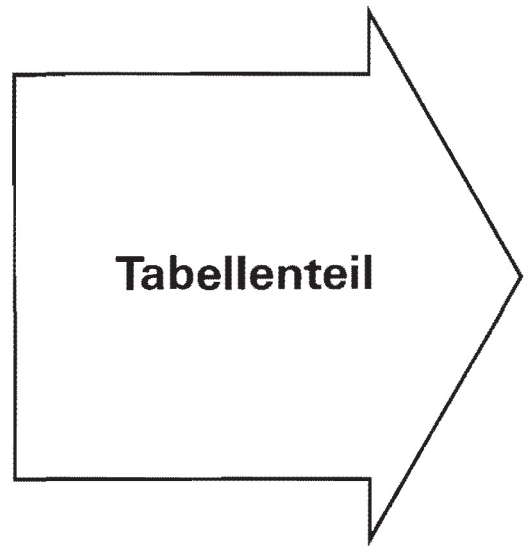
Die nordrhein-westfälischen Bauämter genehmigten in den ersten zehn Monaten dieses Jahres den Neubau von 26 497 Wohngebäuden mit zusammen 43 066 Wohnungen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Zunahme um 19,1 % bei den Gebäuden und um 39,9 % bei den Wohnungen.

Von Januar bis Oktober 1989 wurden 21 763 Einfamilienhäuser (+15,2 %) und 2 615 Zweifamilienhäuser (+14,4 %) genehmigt. Besonders hoch fiel der Zuwachs bei den Mehrfamilienhäusern (einschl. Wohnheimen) aus: Hier wurden Baugenehmigungen für 2 119 Gebäude mit 16 073 Wohnungen (+119,8 %) erteilt. Die veranschlagten Baukosten beliefen sich auf insgesamt 8,24 Mrd. DM (+31,8 %).

Bei der Zunahme der Baugenehmigungen waren deutliche regionale Unterschiede festzustellen. Am höchsten war der Anstieg im Vergleich zu den ersten zehn Monaten 1988 mit +58,1 % im Regierungsbezirk Detmold; es folgten die Regierungsbezirke Düsseldorf (+48,8 %), Arnsberg (+46,7 %), Köln (+28,1 %) und Münster (+22,3 %).

LKW-Transportleistungen im Fernverkehr in den ersten sechs Monaten 1989

Im ersten Halbjahr 1989 wurden von den Lastkraftwagen mit Standort in NRW insgesamt 34,5 Mill. Tonnen Güter befördert, das waren 6 % oder 1,946 Mill. t mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dabei stieg die beförderte Gütermenge im Güterfernverkehr (Speditionen; einschl. LKWs der Bundesbahn) um 5,6 % auf 18,8 Mill. t und im Werksfernverkehr um 6,4 % auf 15,7 Mill. t. Nicht berücksichtigt sind bei dieser Statistik Transporte im Nahverkehr (50 km Radius um den Standort des LKWs) und im Ausland sowie der Umzugsverkehr.



Teilnahme der Wirtschaftseinheiten mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Dienstleistungsteststichprobe 1988 nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen

Lfd. Nr.	Wirtschaftszweig	1			2 – 5			6 – 9		
		Pla-nungs-soll	Erhebungs-		Pla-nungs-soll	Erhebungs-		Pla-nungs-soll	Erhebungs-	
			soll	ist		soll	ist		soll	ist
1	Wirtschaftliche Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	211	82	81	643	254	336	271	107	150
2	Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros, sonstige Ingenieur- und technische Büros	169	67	66	347	135	136	92	36	36
3	Chemische und chemotechnische Laboratorien	13	5	4	21	8	9	13	5	5
4	Werbung	39	15	7	58	23	25	19	7	8
5	Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften- und Filmverleih)	23	9	6	52	20	12	18	7	6
6	Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellenvermittlung (ohne Arbeitnehmerüberlassung) sowie Ehevermittlung	63	24	22	87	32	31	26	10	10
7	Insgesamt	518	202	186	1 208	472	549	439	172	215

Wirtschaftseinheiten, Beschäftigte, Bruttolöhne und -gehälter, Umsätze und Investitionen in der Dienstleistungsteststichprobe 1988 nach Wirtschaftszweigen

Lfd. Nr.	Wirtschaftszweig	Betriebe und Unternehmen		Beschäftigte			
		Anzahl	%	insgesamt		männlich	weiblich
				Anzahl	%	Anzahl	Anzahl
1	Wirtschaftliche Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	750	55,2	10 443	31,3	5 172	5 271
2	Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros, sonstige Ingenieur- und technische Büros	356	26,2	15 867	47,6	11 762	4 105
3	Chemische und chemotechnische Laboratorien	26	1,9	654	2,0	469	185
4	Werbung	69	5,1	1 973	5,9	981	992
5	Vermietung beweglicher Sachen (ohne Buch-, Zeitschriften- und Filmverleih)	48	3,5	1 271	3,8	712	559
6	Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellenvermittlung (ohne Arbeitnehmerüberlassung) sowie Ehevermittlung	109	8,0	3 130	9,4	1 998	1 132
7	Insgesamt	1 358	100	33 338	100	21 094	12 244

Wirtschaftseinheiten, Beschäftigte, Bruttolöhne und -gehälter, Umsätze und Investitionen in der Dienstleistungsteststichprobe 1988 nach Beschäftigtengrößenklassen

Lfd. Nr.	Beschäftigtengrößenklasse	Betriebe und Unternehmen		Beschäftigte			
		Anzahl	%	insgesamt		männlich	weiblich
				Anzahl	%	Anzahl	Anzahl
	Wirtschaftseinheiten mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						
1	1	186	13,7	624	1,9	307	317
2	2 – 5	549	40,4	3 105	9,3	1 346	1 759
3	6 – 9	215	15,8	2 046	6,1	869	1 177
4	10 – 19	190	14,0	3 205	9,6	1 629	1 576
5	20 – 49	120	8,8	3 881	11,6	2 311	1 570
6	50 – 99	58	4,3	4 509	13,5	3 005	1 504
7	100 und mehr	40	2,9	15 968	47,9	11 627	4 341
8	Insgesamt	1 358	100	33 338	100	21 094	12 244

Wirtschaftseinheiten mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten															Lfd. Nr.
10 – 19			20 – 49			50 – 99			100 und mehr			insgesamt			
Pla- nungs- soll	Erhebungs-		Pla- nungs- soll	Erhebungs-		Pla- nungs- soll	Erhebungs-		Pla- nungs- soll	Erhebungs-		Pla- nungs- soll	Erhebungs-		
	soll	ist		soll	ist		soll	ist		soll	ist		soll	ist	
222	86	104	104	40	49	56	29	22	24	24	8	1 531	622	750	1
104	42	44	78	31	33	58	23	21	46	46	20	894	380	356	2
12	5	4	7	5	1	5	5	2	3	3	1	74	36	26	3
22	8	10	18	7	9	16	6	7	7	7	3	179	73	69	4
21	8	11	18	7	8	11	5	2	4	4	3	147	60	48	5
33	13	17	36	14	20	18	12	4	18	18	5	281	123	109	6
414	162	190	261	104	120	164	80	58	102	102	40	3 106	1 294	1 358	7

Bruttolöhne und -gehälter			Umsatz			Investitionen			Lfd. Nr.
1 000 DM	%	je Beschäftigten	1 000 DM	%	je Beschäftigten	1 000 DM	%	je Beschäftigten	
473 406	26,7	45 332	1 212 611	20,8	116 117	70 233	17,0	6 725	1
949 748	53,6	59 857	2 588 214	44,3	163 119	138 195	33,4	8 710	2
38 258	2,2	58 499	60 578	1,0	92 627	10 078	2,4	15 410	3
97 518	5,5	49 426	1 159 151	19,8	587 507	11 002	2,7	5 576	4
44 369	2,5	34 909	275 815	4,7	217 006	87 416	21,2	68 777	5
169 271	9,5	54 080	547 210	9,4	174 827	96 319	23,3	30 773	6
1 772 570	100	53 170	5 843 579	100	175 283	413 242	100	12 396	7

Bruttolöhne und -gehälter			Umsatz			Investitionen			Lfd. Nr.
1 000 DM	%	je Beschäftigten	1 000 DM	%	je Beschäftigten	1 000 DM	%	je Beschäftigten	
11 290	0,6	18 091	71 830	1,2	115 110	4 105	1,0	6 578	1
73 329	4,1	23 617	272 249	4,7	87 681	24 394	5,9	7 856	2
60 226	3,4	29 436	188 918	3,2	92 335	16 256	3,9	7 945	3
130 792	7,4	40 809	414 654	7,1	129 377	37 224	9,0	11 614	4
194 990	11,0	50 242	704 224	12,1	181 454	73 104	17,7	18 836	5
260 920	14,7	57 867	1 166 781	20,0	258 767	29 078	7,0	6 449	6
1 041 023	58,7	65 194	3 024 923	51,8	189 437	229 081	55,4	14 346	7
1 772 570	100	53 170	5 843 579	100	175 283	413 242	100	12 396	8

Unternehmen*) und tätige Personen*) in ausgewählten Dienstleistungsbereichen**) 1988							
Lfd. Nr.	Dienstleistungsbereich	Unternehmen	insgesamt	weiblich	teilzeitbeschäftigt		
					zusammen	und zwar	
						weiblich	sozialversicherungspflichtig
1	Datenverarbeitung	963	20 574	6 696	3 291	2 294	2 144
2	Steuerberatung	5 094	40 073	26 253	12 380	10 807	6 217
3	Wirtschafts- und Unternehmensberatung	508	3 728	1 735	939	664	288
4	Technische Planung und Beratung	4 634	46 133	15 162	8 775	5 745	4 017
5	Forschung und Entwicklung	78	1 451	345	438	137	104
6	Werbung	1 142	11 428	5 369	2 419	1 606	1 100
7	Vermietung beweglicher Sachen einschl. Leasing	496	5 348	1 754	829	377	309
8	Sonstige Dienstleistungen	467	5 224	2 145	1 047	462	506
9	Insgesamt	13 382	133 959	59 459	30 118	22 092	14 685

*) Die Anzahl der Unternehmen und der tätigen Personen sind das Ergebnis der hochgerechneten Dienstleistungsteststichprobe und sind demzufolge mit relativen Tätigkeitsschwerpunkt angegeben, so erfolgte die Zuordnung in den Dienstleistungsbereich mit dem größten Umsatzanteil.

Unternehmen*) in ausgewählten Dienstleistungsbereichen**) 1988 nach Anzahl der Betriebe, nach Gründungsjahr und Beschäftigtengrößenklassen									
Lfd. Nr.	Dienstleistungsbereich	insgesamt	darunter mit ...		davon mit Gründungsjahr				
			einem Betrieb	zwei Betrieben	bis 1950	1951 – 1960	1961 – 1965	1966 – 1970	1971 – 1975
1	Datenverarbeitung	963	856	86	9	49	15	68	111
2	Steuerberatung	5 094	5 000	70	359	702	546	529	755
3	Wirtschafts- und Unternehmensberatung	508	485	9	2	20	87	9	40
4	Technische Planung und Beratung	4 634	4 440	153	268	905	700	592	478
5	Forschung und Entwicklung	78	78	—	3	2	—	8	—
6	Werbung	1 142	1 065	59	73	71	31	86	288
7	Vermietung beweglicher Sachen einschl. Leasing	496	433	37	14	29	55	39	80
8	Sonstige Dienstleistungen	467	445	14	29	51	—	15	58
9	Insgesamt	13 382	12 802	428	757	1 829	1 434	1 346	1 810

*) Die Anzahl der Unternehmen und der tätigen Personen sind das Ergebnis der hochgerechneten Dienstleistungsteststichprobe und sind demzufolge mit relativen Tätigkeitsschwerpunkt angegeben, so erfolgte die Zuordnung in den Dienstleistungsbereich mit dem größten Umsatzanteil. – 1) Beschäftigtengrößenklassen nach der

Tätige Personen							Lfd. Nr.
und zwar							
tätige Inhaber mithelfende Familienangehörige	Angestellte	Auszubildende	mit Hoch- oder Fachhochschulabschluß		Arbeiter	freie Mitarbeiter	
			zusammen	darunter weiblich			
1 175	18 303	838	5 399	925	258	1 213	1
6 539	27 466	4 930	5 587	1 379	1 138	1 182	2
593	2 954	108	1 326	182	74	997	3
6 870	36 086	1 716	16 104	1 433	1 461	4 127	4
102	1 124	29	436	87	196	103	5
1 472	7 693	997	1 909	389	1 267	2 132	6
545	2 212	179	294	59	2 412	42	7
584	3 791	246	528	79	603	1 528	8
17 880	99 629	9 043	31 583	4 533	7 409	11 324	9

Standardfehlern behaftet. – **) Bei den Dienstleistungsbereichen handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der befragten Unternehmen. Wurde mehr als ein

Unternehmen			davon mit ... Beschäftigten ¹⁾							Lfd. Nr.
1976 – 1980	1981 – 1985	ab 1986	1	2 – 5	6 – 9	10 – 19	20 – 49	50 – 99	100 und mehr	
232	319	162	61	300	194	187	126	36	19	1
969	1 064	169	408	2 536	1 291	685	135	20	2	2
152	180	18	149	165	60	40	30	10	–	3
628	847	215	870	1 959	661	482	186	44	29	4
3	52	11	27	7	15	15	11	3	2	5
278	191	123	293	434	150	155	91	9	10	6
73	189	17	80	122	73	67	58	9	7	7
43	225	45	83	170	75	28	37	6	8	8
2 378	3 067	760	1 971	5 693	2 519	1 659	674	137	77	9

Standardfehlern behaftet. – **) Bei den Dienstleistungsbereichen handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der befragten Unternehmen. Wurde mehr als ein Beschäftigung am 30. 9. 1988

Aktiengesellschaften 1985 und 1988*) nach wirtschaftlicher Gliederung												
Wirtschaftliche Gliederung	Aktiengesellschaften					Grundkapital						
	1985		1988		Verän- derung 1988 gegen- über 1985	1985			1988			Verän- derung 1988 gegen- über 1985
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%	je AG Mill. DM	Mill. DM	%	je AG Mill. DM	%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	–	–	1	0,2	x	–	–	–	3	0	3	x
Produzierendes Gewerbe	191	35,7	191	32,9	–	26 146	69,0	137	25 319	63,4	133	– 3,2
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	33	6,2	34	5,9	+ 3,0	8 620	22,8	261	9 074	22,7	267	+ 5,3
Energie- und Wasser- versorgung	29	5,4	30	5,2	+ 3,4	7 270	19,2	251	7 725	19,3	257	+ 6,2
Bergbau	4	0,7	4	0,7	–	1 350	3,6	337	1 350	3,4	337	–
Verarbeitendes Gewerbe	154	28,8	152	26,2	– 1,3	17 246	45,5	112	15 880	39,8	104	– 7,9
darunter												
chemische Industrie, Herstellung und Ver- arbeitung von Spalt- und Brutstoffen	15	2,8	15	2,6	–	4 842	12,8	323	5 541	13,9	369	+ 14,4
Eisen- und Stahlerzeugung und -gießerei sowie Stahlverformung	19	3,6	17	2,9	–10,5	5 994	15,8	315	4 101	10,3	241	– 31,6
Maschinenbau	31	5,8	30	5,2	– 3,2	2 795	7,4	90	2 062	5,2	69	– 26,2
Textilgewerbe	13	2,4	10	1,7	–23,1	74	0,2	6	135	0,3	14	+ 82,5
Brauerei, Mälzerei	13	2,4	12	2,1	– 7,7	98	0,3	8	78	0,2	7	– 20,1
Baugewerbe	4	0,7	5	0,9	+25,0	280	0,7	70	364	0,9	73	+ 30,0
Tertiärer Sektor	344	64,3	389	67,0	+13,1	11 722	31,0	34	14 622	36,6	38	+ 24,7
Handel	50	9,3	54	9,3	+ 8,0	2 680	7,1	54	2 868	7,2	53	+ 7,0
Großhandel und Handels- vermittlung	38	7,1	43	7,4	+13,2	1 570	4,1	41	1 679	4,2	39	+ 6,9
Einzelhandel	12	2,2	11	1,9	– 8,3	1 109	2,9	92	1 189	3,0	108	+ 7,2
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	23	4,3	28	4,8	+21,7	1 452	3,8	63	1 772	4,4	63	+ 22,0
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	93	17,4	105	18,1	+12,9	2 656	7,0	29	3 248	8,1	31	+ 22,3
darunter												
Kreditinstitute	23	4,3	28	4,8	+21,7	1 546	4,1	67	1 905	4,8	68	+ 23,2
Versicherungsgewerbe	61	11,4	65	11,2	+ 6,6	1 102	2,9	18	1 333	3,3	21	+ 21,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	178	33,3	202	34,8	+13,5	4 934	13,0	28	6 734	16,9	33	+ 36,5
darunter												
Vermögensverwaltung	13	2,4	16	2,8	+23,1	80	0,2	6	178	0,4	11	+121,4
Wohnungsunternehmen	34	6,4	36	6,2	+ 5,9	282	0,7	8	310	0,8	9	+ 9,9
Beteiligungsgesellschaften	50	9,3	61	10,5	+22,0	3 865	10,2	77	5 459	13,7	89	+ 41,2
Insgesamt	535	100	581	100	+ 8,6	37 868	100	71	39 943	100	69	+ 5,5

*) einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien; Stand jeweils 31. Dezember

Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1985 und 1988*) nach wirtschaftlicher Gliederung												
Wirtschaftliche Gliederung	Gesellschaften mit beschränkter Haftung					Stammkapital						
	1985		1988		Veränderung 1988 gegenüber 1985	1985			1988			Veränderung 1988 gegenüber 1985
	Anzahl	%	Anzahl	%		1 000 DM	%	je GmbH 1 000 DM	1 000 DM	%	je GmbH 1 000 DM	%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	328	0,4	397	0,4	+21,0	33 825	0,1	103	42 312	0,1	107	+ 25,1
Produzierendes Gewerbe	25 673	28,9	29 187	29,1	+13,7	17 611 884	46,1	686	20 386 315	44,9	698	+ 15,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	198	0,2	224	0,2	+13,1	3 031 287	7,9	15 310	3 492 730	7,7	15 593	+ 15,2
Energie- und Wasserversorgung	171	0,2	188	0,2	+ 9,9	2 725 322	7,1	15 938	3 077 354	6,8	16 369	+ 12,9
Bergbau	27	0	36	0	+33,3	305 965	0,8	11 332	415 376	0,9	11 538	+ 35,8
Verarbeitendes Gewerbe	16 911	19,0	19 224	19,2	+13,7	13 596 188	35,6	804	15 812 869	34,8	823	+ 16,3
darunter												
chemische Industrie, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	810	0,9	856	0,9	+ 5,7	2 909 330	7,6	3 592	3 110 568	6,8	3 634	+ 6,9
Mineralölverarbeitung	32	0	40	0	+25,0	510 495	1,3	15 953	735 100	1,6	18 378	+ 44,0
Herstellung von Kunststoffwaren	941	1,1	1 053	1,0	+11,9	409 567	1,1	435	626 436	1,4	595	+ 53,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Grobkeramik, Herstellung von Schleifmitteln	739	0,8	750	0,7	+ 1,5	537 759	1,4	728	593 491	1,3	791	+ 10,4
Herstellung und Verarbeitung von Glas	138	0,2	145	0,1	+ 5,1	571 500	1,5	4 141	574 183	1,3	3 960	+ 0,5
Eisen- und Stahlherzeugung und -gießerei sowie Stahlverformung	1 180	1,3	1 469	1,5	+24,5	1 098 411	2,9	931	1 180 805	2,6	804	+ 7,5
NE-Metallerzeugung und -gießerei	133	0,1	146	0,1	+ 9,8	504 095	1,3	3 790	658 684	1,5	4 512	+ 30,7
Stahl- und Leichtmetallbau	956	1,1	1 064	1,1	+11,3	347 537	0,9	364	739 198	1,6	695	+112,7
Maschinenbau	2 562	2,9	2 890	2,9	+12,8	2 747 686	7,2	1 072	3 274 022	7,2	1 133	+ 19,2
Elektrotechnik	1 621	1,8	1 852	1,8	+14,3	1 027 492	2,7	634	1 030 753	2,3	557	+ 0,3
Herstellung von EBM-Waren	977	1,1	1 142	1,1	+16,9	610 857	1,6	625	745 176	1,6	653	+ 22,0
Holzbearbeitung und -verarbeitung	1 254	1,4	1 267	1,3	+ 1,0	218 632	0,6	174	217 376	0,5	172	- 0,6
Papier- und Pappeverarbeitung, Druckerei, Vervielfältigung	1 259	1,4	1 482	1,5	+17,7	380 533	1,0	302	437 634	1,0	295	+ 15,0
Baugewerbe	8 564	9,6	9 739	9,7	+13,7	984 409	2,6	115	1 080 716	2,4	111	+ 9,8
Tertiärer Sektor	62 877	70,7	70 784	70,5	+12,6	20 549 234	53,8	327	24 987 436	55,0	353	+ 21,6
Handel	24 041	27,0	27 325	27,2	+13,7	6 690 521	17,5	278	8 071 099	17,8	295	+ 20,6
Großhandel und Handelsvermittlung	14 236	16,0	15 597	15,5	+ 9,6	5 283 488	13,8	371	6 244 679	13,7	400	+ 18,2
Einzelhandel	9 805	11,0	11 728	11,7	+19,6	1 407 033	3,7	144	1 826 420	4,0	156	+ 29,8
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	2 919	3,3	3 444	3,4	+18,0	1 025 724	2,7	351	1 131 567	2,5	329	+ 10,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 130	1,3	1 222	1,2	+ 8,1	1 389 667	3,6	1 230	1 459 900	3,2	1 195	+ 5,1
darunter												
Kreditinstitute	43	0	32	0	-25,6	1 196 648	3,1	27 829	228 475	0,5	7 140	- 80,9
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	34 787	39,1	38 793	38,7	+11,5	11 443 322	30,0	329	14 324 870	31,5	369	+ 25,2
darunter												
Vermögensverwaltung	5 171	5,8	4 762	4,7	- 7,9	1 698 221	4,4	328	1 816 102	4,0	381	+ 6,9
Wohnungsunternehmen	786	0,9	748	0,7	- 4,8	880 499	2,3	1 120	1 254 609	2,8	1 677	+ 42,5
Beteiligungsgesellschaften	9 715	10,9	10 635	10,6	+ 9,5	4 977 858	13,0	512	6 101 824	13,4	574	+ 22,6
Insgesamt	88 878	100	100 368	100	+12,9	38 194 943	100	430	45 416 063	100	452	+ 18,9

*) Stand jeweils am 31. Dezember

Anzahl und Nennkapital der Kapitalgesellschaften 1951 bis 1988						
Jahr ¹⁾	Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien			Gesellschaften mit beschränkter Haftung		
	Anzahl	Grundkapital		Anzahl	Stammkapital	
		Mill. DM	je AG Mill. DM		Mill. DM	je GmbH 1 000 DM
1951	668	3 352	5,0	8 580	1 997	232,8
1952	715	5 219	7,3	9 379	2 370	252,7
1953	750	9 026	12,0	9 947	2 506	251,9
1954	759	9 791	12,9	10 468	2 744	262,1
1955	764	10 226	13,4	10 922	2 910	266,4
1956	762	11 253	14,8	11 299	3 324	294,2
1957	756	11 899	15,7	11 437	3 535	309,0
1958	746	12 204	16,4	11 618	3 539	304,6
1959	710	11 785	16,6	11 793	3 775	320,1
1960	694	12 790	18,4	12 218	4 802	393,1
1961	691	14 026	20,3	12 966	5 556	428,5
1962	690	14 382	20,8	13 806	6 375	461,7
1963	682	14 870	21,8	14 690	6 936	472,1
1964	680	15 855	23,3	15 788	7 571	479,6
1965	679	17 219	25,4	16 840	8 153	484,1
1966	656	17 915	27,3	18 112	9 195	507,7
1967	641	18 751	29,3	19 440	10 284	529,0
1968	631	19 492	30,9	20 898	11 502	550,4
1969	636	20 696	32,5	22 643	12 432	549,1
1970	618	20 235	32,7	24 202	13 489	557,3
1971	619	21 989	35,5	26 486	15 150	572,0
1972	608	22 617	37,2	29 577	16 490	557,5
1973	604	23 326	38,6	32 619	17 791	545,4
1974	588	23 879	40,6	35 271	19 661	557,4
1975	582	25 612	44,0	38 056	20 767	545,7
1976	583	26 647	45,7	41 446	21 925	529,0
1977	573	28 404	49,6	46 662	23 492	503,5
1978	564	29 683	52,6	53 197	25 786	484,7
1979	559	30 557	54,7	60 303	27 191	450,9
1980	561	31 803	56,7	68 248	28 620	419,3
1981	557	32 693	58,7	73 723	30 030	407,3
1982	558	33 519	60,1	76 996	31 958	415,1
1983	545	35 295	64,8	81 299	34 022	418,5
1984	540	36 542	67,7	85 357	36 505	427,7
1985	535	37 868	70,8	88 878	38 195	429,7
1986	547	38 664	70,7	90 648	40 446	446,2
1987	554	39 145	70,7	95 085	42 712	449,2
1988	581	39 943	68,7	100 368	45 416	452,5

1) Stand jeweils am 31. Dezember

Veränderung von Anzahl und Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1985 bis 1988								
Art der Veränderung	1985		1986		1987		1988	
	Anzahl	Stamm- kapital	Anzahl	Stamm- kapital	Anzahl	Stamm- kapital	Anzahl	Stamm- kapital
		Mill. DM		Mill. DM		Mill. DM		Mill. DM
Bestand am 1. Januar	85 357	36 505	88 878	38 195	90 648	40 446	95 085	42 712
Zugang insgesamt	8 786	2 885	9 633	3 810	9 212	3 600	9 788	4 618
Gründung, Umwandlung, Fortsetzung	8 509	858	9 300	923	8 876	1 005	9 370	1 324
Sitzverlegung	277	114	333	208	336	228	418	313
Kapitalerhöhung ¹⁾	(12 679)	1 913	(13 915)	2 679	(2 113)	2 367	(2 306)	2 981
gegen Einlagen	(12 349)	1 583	(13 801)	2 480	(2 012)	1 973	(2 226)	2 732
aus Gesellschaftsmitteln	(330)	330	(114)	200	(101)	394	(80)	249
Abgang insgesamt	5 265	1 195	7 863	1 559	4 775	1 335	4 505	1 914
Liquidationseröffnung	1 761	146	3 226	249	1 449	137	1 472	240
Konkurseröffnung	715	125	685	165	602	90	583	104
Umwandlung	199	327	267	605	248	457	289	401
Sitzverlegung	349	258	345	122	349	236	422	626
sonstige Abgänge ²⁾	2 241	144	3 340	178	2 127	141	1 739	300
Kapitalherabsetzung ¹⁾	(87)	195	(87)	239	(78)	274	(83)	242
Bestand am 31. Dezember	88 878	38 195	90 648	40 446	95 085	42 712	100 368	45 416

1) Die Zahl der Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen wurde in Klammern gesetzt, weil sich durch sie die Zahl der Gesellschaften nicht ändert. – 2) Löschungen von Amts wegen, vor allem wegen Vermögenslosigkeit und mangels Masse abgelehnter Konkursanträge



Zahlenspiegel

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende	1 000	16 681	16 801
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 787	9 103
3	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,3	6,5
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	14 759	15 490
5	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,6	11,1
6	Totgeborene	je 1 000 Geborene	4,3	3,6
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 464	15 582
8	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,1	11,1
9	darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	139	130
10	je 1 000 Lebendgeborene		9,5	8,4
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (–)	Anzahl	–705	–9,2
12	je 1 000 Einw. und 1 Jahr		–0,5	–0,1
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	21 068	29 327
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	18 130	18 393
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (–)	"	+2 938	+10 934
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	36 895	39 675
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	739	751
18	* darunter Männer	"	407	409
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	1 949	1 955
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	567	559
21	* Schweine	"	6 282	6 093
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 375	2 365
23	* Zuchtsauen	"	668	619
24	* darunter trächtig	"	441	410
Schlachtungen von Tieren inländischer Herkunft				
25	* Rinder	1 000 St.	76	73
26	* Kälber	"	26	23
27	* Schweine	"	1 016	996
28	* darunter Hausschlachtungen	"	12	9
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	111	110
30	* darunter Rinder	"	23	22
31	* Kälber	"	3	3
32	* Schweine	"	85	85
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken zum Gebrauch	1 000	1 687	1 416
34	* für Masthühnerküken zum Gebrauch	"	3 147	3 233
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	3 729	4 051
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	247	239
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96,5	95,9
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,8	13,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	98	107
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	100	104
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 952	1 942
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 355	1 344
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	184 644	183 941
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 398	4 496
45	* Gehälter (brutto)	"	3 059	3 180
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	34 032	36 340
47	* darunter Auslandsumsatz	"	9 813	10 776

1) Bei den Werten des Jahres 1989 handelt es sich um vorläufige Werte. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des 7) aus gewerbli. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern – Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

1988			1989				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
16 804	16 824	16 840	1
10 104	14 267	11 573	11 442	2
7,1	10,0	8,4	3
16 184	16 325	16 602	15 421	4
11,4	11,5	12,0	5
4,3	4,0	3,3	3,7	6
14 894	14 773	14 736	14 463	7
10,5	10,4	10,7	8
135	137	116	101	9
8,3	8,4	7,0	6,5	10
+1 290	+1 552	+1 866	+958	11
+0,9	+1,1	+1,4	12
33 393	41 448	38 651	13
20 110	23 144	23 947	14
+13 283	+18 304	+14 704	15
41 392	45 056	44 279	16
758	744	727	684	688	662	647	17
406	397	386	364	365	348	339	18
...	1 989	19
...	544	20
...	6 312	6 180	...	21
...	2 326	2 234	...	22
...	659	623	...	23
...	431	412	...	24
60	74	77	66	57	78	70	25
22	21	20	18	14	15	15	26
922	1 042	960	944	878	950	924	27
3	3	4	3	2	3	3	28
100	115	109	105	96	108	104	29
19	23	24	21	18	25	22	30
3	3	3	2	2	2	2	31
78	88	82	81	75	81	79	32
1 083	1 624	1 242	945	1 061	1 625	1 099	33
3 248	3 465	3 273	3 463	3 590	3 343	3 411	34
3 629	3 896	4 060	4 232	3 956	4 173	4 165	35
265	253	230	271	265	245	225	36
258	244	96,0	97,5	97,3	96,5	95,9	37
15,6	14,8	13,9	16,2	15,7	14,5	13,8	38
98	103	113	123	106	114	121	39
92	90	106	111	93	101	113	40
1 943	1 954	1 959	1 964	1 973	1 987	1 986	41
1 348	1 356	1 357	1 364	1 372	1 381	1 378	42
167 013	179 105	190 955	189 220	164 160	190 912	189 270	43
4 431	4 588	4 477	4 743	4 769	4 792	4 677	44
3 101	3 011	3 027	3 414	3 207	3 159	3 156	45
32 776	33 819	40 430	41 473	34 673	38 250	41 527	46
9 535	9 354	12 164	12 724	10 221	11 367	12 555	47

Verstorbenen – 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene – 6) statt Monatsdurchschnitt 1987 bzw. 1988: Viehbestand am 3. Dezember 1987 bzw. 2. Dezember 1988 – 9) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat – 10) Betriebe von

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 046	2 102
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	1 070	972
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	389	292
4	* Erd- und Erdölgas	"	681	679
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	459	444
6	* leichtes Heizöl	"	178	169
7	* schweres Heizöl	"	281	276
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 416	6 642
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 824	2 865
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	90	86
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	156	148
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	126	120
13	geleistete Arbeiterstunden	"	14 485	13 497
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	436	421
15	Gehälter (brutto)	"	177	176
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 999	2 005
17	darunter Auslandsumsatz	"	214	204
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	89	99
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	97	104
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	514	505
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	338	330
22	geleistete Arbeiterstunden	"	46 322	45 707
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 204	1 232
24	Gehälter (brutto)	"	979	1 026
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	11 917	13 078
26	darunter Auslandsumsatz	"	3 850	4 335
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	105	114
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	107
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	862	860
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	589	587
31	geleistete Arbeiterstunden	"	81 106	81 007
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 893	1 933
33	Gehälter (brutto)	"	1 389	1 434
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 625	13 271
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 571	4 917
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1985 = 100	105	114
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	107
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	317	325
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	235	241
40	geleistete Arbeiterstunden	"	32 683	33 650
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	679	718
42	Gehälter (brutto)	"	365	389
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 718	5 089
44	darunter Auslandsumsatz	"	986	1 111
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1985 = 100	103	106
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	104
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 048	10 079
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	186	192
50	Gehälter (brutto)	"	149	155
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 773	2 897
52	darunter Auslandsumsatz	"	192	209
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	92,6	92,4
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	133,6	141,4

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; – seit 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich (für das Berichtsquartal) kJ/m³ – 4) am Monatsende – 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe – 6) am Ende des Berichtsquartals

1988			1989				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
		6 053	5 785			5 962	1
		2 811	3 061			2 886	2
		898	894			979	3
		1 913	2 167			1 907	4
		1 133	1 105			1 146	5
		434	470			458	6
		699	635			688	7
6 434	6 514	6 742r	6 660	6 487	6 773	6 727	8
2 693	2 604	2 690	2 671	2 847	2 549	2 662	9
78	76	80	79	84	77	85	10
147	147	148	140	140	141	140	11
119	118	119	112	112	113	112	12
12 107	12 787	13 237	12 116	11 620	12 809	12 630	13
381	386	379	371	388	391	374	14
168	166	168	165	169	172	164	15
1 645	1 749	1 935	1 688	1 663	1 549	1 650	16
158	185	182	160	154	125	134	17
91	96	102	115	100	102	104	18
98	97	105	107	98	101	105	19
505	508	509	503	505	509	509	20
330	333	333	329	331	333	333	21
42 760	45 048	46 666	45 943	41 694	46 045	45 518	22
1 201	1 231	1 279	1 262	1 255	1 271	1 326	23
992	965	960	1 060	1 006	1 004	1 005	24
12 415	12 878	14 209	15 293	13 100	13 760	14 361	25
3 979	4 138	4 663	5 035	4 278	4 493	4 731	26
108	106	116	132	115	121	133	27
90	85	111	120	93	105	124	28
860	865	868	880	885	891	891	29
589	592	593	605	609	612	611	30
72 801	77 833	84 902	85 554	72 518	85 421	85 238	31
1 955	2 046	1 928	2 125	2 166	2 152	2 052	32
1 418	1 374	1 382	1 596	1 483	1 446	1 446	33
11 528	11 260	15 513	15 547	12 318	13 949	16 224	34
4 180	3 724	5 788	5 913	4 454	5 167	6 011	35
95	112	133	120	89	126	138	36
86	92	112	113	84	104	118	37
325	327	327	337	338	340	339	38
241	243	243	251	251	253	252	39
29 419	32 742	35 507	35 434	28 467	35 905	35 469	40
709	730	700	787	767	778	732	41
378	362	369	436	400	391	395	42
4 435	4 933	5 786	5 710	4 583	5 693	6 067	43
1 017	1 080	1 299	1 357	1 106	1 336	1 452	44
99	101	104	110	103	107	112	45
106	107	107	104	106	106	107	46
69	70	69	67	69	69	70	47
9 926	10 695	10 643	10 173	9 861	10 732	10 415	48
185	195	191	198	192	200	193	49
145	144	148	157	150	145	145	50
2 753	2 999	2 987	3 235	3 009	3 300	3 226	51
201	227	232	259	228	246	228	52
		93,8	91,5			94,0	53
		145,1	146,8			149,0	54

erhoben. – 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle – 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169

Zahlungsspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 148	10 890
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	10 048	10 091
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 778	1 738
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	222 091	217 700
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	22 799	23 589
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	7 222	7 436
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 635	9 103
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	6 941	7 050
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	519,1	549,1
10	* Gehälter (brutto)	"	146,4	152,4
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	1 920,4	2 090,1
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 962	2 229
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	1 867	2 116
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	1 742	1 999
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	550 629	628 077
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	287	331
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	384	392
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 257	2 540
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	429 621	560 039
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	364	409
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 026	3 403
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1986 = 100	105,0	108,0
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	102,2	106,5
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	102,7	101,9
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	106,7	116,8
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	"	103,5	104,5
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	106,4	118,2
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	102,7	112,2
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	102,2	130,2
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	108,7	114,9
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	104,8	104,2
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1986 = 100	97,5	104,9
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	92,7	100,3
34	Fertigwaren	"	103,1	109,5
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1986 = 100	104,3	107,4
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	110,4	119,6
37	Gaststättengewerbe	"	102,4	103,4
38	Kantinen	"	107,7	114,9
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	167 572	179 259
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	193 903	180 313
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	11 239,2	12 315,8
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	308,3	350,1
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	10 930,9	11 965,8
44	* davon Rohstoffe	"	222,9	200,6
45	* Halbwaren	"	810,6	979,9
46	* Fertigwaren	"	9 897,5	10 785,3
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 038,8	3 331,8
48	* Enderzeugnisse	"	6 858,7	7 453,5
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 335,4	1 449,7
50	Dänemark	"	221,1	223,8
51	Frankreich	"	1 161,5	1 335,5
52	Griechenland	"	86,8	118,8
53	Großbritannien	"	1 002,5	1 250,0
54	Italien	"	776,0	993,9
55	Niederlande	"	1 297,6	1 398,2
56	Portugal	"	82,2	117,3
57	Republik Irland	"	63,0	68,5
58	Spanien	"	336,5	446,7

1) am Monatsende – 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus – 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse – gültige Ergebnisse

1988			1989			Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	
9 158	9 756	10 433	10 832	10 493	10 024	10 550
8 937	9 110	9 661	9 882	9 621	9 834	...
1 565	1 548	1 588	1 623	1 699	1 494	1 618
219 245	221 457	221 003	212 764p	214 339p	217 483p	216 786p
23 531	25 476	26 966	26 233p	21 634p	26 791p	25 346p
7 333	7 902	8 523	8 398p	6 396p	8 537p	7 827p
9 086	9 723	10 154	9 785p	8 803p	10 086p	9 689p
7 112	7 851	8 289	8 050p	6 435p	8 168p	7 830p
561,7	602,8	578,9	566,5p	566,3p	608,2p	566,8p
150,4	150,7	144,8	157,8p	155,6p	150,8p	150,5p
2 173,3	2 293,1	2 362,7	2 437,3p	2 195,8p	2 456,3p	2 484,2p
2 763	2 358	2 367	2 676	3 365	2 695	2 473
2 646	2 237	2 229	2 454	3 125	2 424	2 290
2 452	2 168	2 133	2 752	3 205	2 693	2 332
770 026	680 640	671 898	885 211	1 018 848	850 598	741 346
400	362	357	453	540	466	390
484	392	469	408	583	459	406
3 244	3 669	3 026	3 021	4 181	2 725	1 996
614 146	1 273 578	518 058	542 963	701 981	454 683	341 810
512	634	451	488	659	446	328
4 040	3 739	3 681	5 030	5 650	4 975	4 070
103,9	98,2	104,0	111,0	103,2	106,7	107,6
102,0	101,4	102,3	110,4	102,6	109,8	109,0
93,3	81,2	101,6	88,1	85,6	89,1	102,2
108,0	104,2	115,0	120,4	112,5	115,8	127,5
89,1	92,3	98,7	89,9	94,1	99,6	99,3
104,4	116,8	114,9	106,9	111,3	132,3	117,3
112,4	105,8	107,4	117,7	107,8	116,5	113,6
133,5	129,8	131,0	154,2	143,9	126,8	125,5
115,3	98,9	114,6	146,1	120,0	111,6	113,1
102,4	97,5	95,6	99,3	98,1	102,5	97,6
97,7	103,5	111,1	115,4	103,7	110,9	114,0
97,9	103,3	108,2	116,6	106,2	109,3	111,8
97,5	103,8	113,9	114,3	101,3	112,5	116,2
99,8	103,5	110,1	108,4	104,0	109,3	119,0
101,1	106,1	141,9	126,0	100,3	120,6	157,8
99,1	102,6	100,4	101,6	104,4	104,7	106,7
105,1	105,5	116,5	135,0	115,5	130,6	136,3
169 918	177 627	171 107	194 260	213 986	196 423	184 849
202 590	155 441	172 673	213 212	202 898	208 883	213 888
12 156,6	11 107,8	12 543,8	15 629,7	12 233,0	12 987,8	...
351,1	388,6	345,8	435,4	396,7	434,4	...
11 805,5	10 719,2	12 198,1	15 194,3	11 836,3	12 553,4	...
190,3	185,1	211,3	251,1	190,0	193,8	...
869,0	962,7	978,1	1 244,1	1 022,7	986,7	...
10 746,2	9 571,4	11 008,7	13 699,1	10 623,6	11 372,9	...
3 215,9	3 122,2	3 377,8	4 227,1	3 336,4	3 469,8	...
7 530,4	6 449,2	7 630,9	9 472,0	7 287,2	7 903,2	...
1 223,7	1 183,2	1 538,0	1 815,0	1 206,0	1 428,7	...
182,4	214,4	232,2	263,6	183,7	244,7	...
1 262,2	928,7	1 301,7	1 611,9	1 365,0	1 146,5	...
108,8	91,5	96,0	138,4	110,0	100,7	...
1 270,3	1 087,5	1 282,8	1 566,5	1 144,1	1 303,2	...
1 018,4	611,7	984,4	1 344,5	1 024,6	757,1	...
1 262,5	1 303,0	1 331,2	1 672,7	1 284,0	1 533,6	...
112,6	74,2	93,9	132,5	113,2	98,2	...
68,4	52,7	66,7	73,5	65,2	63,4	...
416,7	271,0	396,8	517,8	438,8	370,7	...

4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel – 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Handel und Gastgewerbe				
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	6 435,5	7 402,3
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 597,9	1 887,9
3	übrige Länder	"	3 205,8	3 943,0
Fremdenverkehr ¹⁾				
4	* Gästeankünfte	1 000	790	829
5	* darunter von Auslandsgästen	"	148	155
6	* Gästeübernachtungen	"	2 476	2 607
7	* darunter von Auslandsgästen	"	365	394
Verkehr				
Binnenschifffahrt				
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 428	10 894
9	* davon Güterempfang	"	5 929	6 181
10	* Güterversand	"	4 499	4 713
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 099	11 573
12	davon Bergverkehr	"	7 313	7 415
13	Talverkehr	"	3 786	4 158
Kraftfahrzeuge				
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	66 566	64 076
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	61 302	58 732
16	Lastkraftwagen	"	2 458	2 601
17	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	"	1 760	1 702
Straßenverkehrsunfälle				
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	45 135	46 983
19	* davon mit Personenschaden	"	6 808	7 208
20	mit nur Sachschaden	"	38 328	35 608
21	* getötete Personen	"	129	144
22	* verletzte Personen	"	8 644	9 212
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 361	2 462
Deutsche Bundesbahn ³⁾				
24	Güterempfang	1 000 t	6 573	6 999
25	Güterversand	"	8 090	8 273
26	Güterwagenstellung	1 000	282	...
Deutsche Bundespost ⁴⁾				
27	Briefsendungen	Mill.	249	259
28	Paketsendungen	1 000	4 599	4 476
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	241	...
30	aufgegebene Telegramme	1 000	127	126
Geld und Kredit				
Kredite und Einlagen ⁵⁾				
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	440 745	460 209
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	431 033	450 653
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	81 836	85 533
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	79 981	83 606
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 855	1 927
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	33 186	32 936
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	29 954	29 431
38	* an öffentliche Haushalte	"	3 232	3 505
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	317 241	333 537
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	259 272	272 130
41	* an öffentliche Haushalte	"	57 969	61 407
42	durchlaufende Kredite	"	8 482	8 203
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	7 047	6 671
44	an öffentliche Haushalte	"	1 435	1 532

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt – 3) Ergebnisse für die Bereiche der DB-Direktionen Essen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne

1988			1989				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
6 926,1	5 817,8	7 323,7	9 136,4	6 934,6	7 046,9	...	1
1 583,2	1 647,8	1 791,0	2 268,2	1 649,8	1 977,1	...	2
3 647,3	3 642,2	3 429,2	4 225,1	3 648,7	3 963,9	...	3
747	782	1 050	956	724	914	1 114	4
173	180	203	178	187	213	221	5
2 835	2 880	3 246	2 988	2 807	3 148	3 355	6
470	476	495	419	501	572	545	7
10 877	10 818	11 524	11 333	10 919	11 487	11 176	8
6 241	6 243	6 209	6 114	6 252	6 661	6 308	9
4 636	4 575	5 315	5 219	4 667	4 826	4 868	10
11 761	11 263	11 664	13 174	12 334	12 967	12 267	11
7 481	7 337	7 080	7 906	7 882	8 332	7 871	12
4 280	3 926	4 584	5 268	4 452	4 635	4 396	13
65 051	50 831	67 080	75 959	58 866	56 744	...	14
59 925	46 520	62 689	68 766	53 784	51 490	...	15
2 442	6 154	2 625	3 138	2 422	2 696	...	16
1 724	1 256	801	2 409	1 608	1 594	...	17
44 447	41 234	46 444	46 434	36 302	44 669	46 878	18
7 295	7 386	7 473	7 846	6 242	7 885	7 849	19
37 152	33 848	38 971	38 588	30 060	36 784	39 029	20
141	145	126	120	134	146	151	21
9 473	9 398	9 558	9 912	8 052	10 067	10 094	22
2 496	2 547	2 479	2 542	2 224	2 522	2 497	23
6 741	6 902	6 997	7 547	7 403	7 330	6 946	24
7 811	8 039	8 343	8 983	8 819	8 927	8 480	25
.	26
218	250	266	270	226	286	268	27
3 548	3 906	4 532	3 926	3 387	3 924	4 004	28
259	278	292	302	275	301	...	29
135	142	134	111	114	117	114	30
449 671	448 930	451 697	469 426	469 465	470 639	475 389	31
440 309	439 926	442 755	460 275	460 380	461 388	465 904	32
84 724	80 969	82 716	88 380	87 336	87 349	90 641	33
81 244	79 980	81 796	87 193	86 290	86 718	90 039	34
3 480	989	920	1 187	1 046	631	602	35
32 473	32 640	32 359	33 019	33 063	32 976	33 388	36
29 850	30 054	29 790	29 159	29 002	28 920	29 370	37
2 623	2 586	2 569	3 860	4 061	4 056	4 018	38
324 159	326 992	328 269	339 974	341 068	342 284	343 366	39
265 511	267 371	268 506	278 704	279 808	281 163	282 463	40
58 648	59 621	59 763	61 270	61 260	61 121	60 903	41
8 315	8 329	8 353	8 053	7 998	8 030	7 994	42
6 824	6 837	6 857	6 485	6 423	6 443	6 394	43
1 491	1 492	1 496	1 568	1 575	1 587	1 600	44

und Köln – 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster – 5) Die Angaben umfassen die in NW gelegenen Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Geld und Kredit			
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	410 662	425 535
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	236 112	248 317
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	193 601	205 041
4	* von öffentlichen Haushalten	"	42 511	43 276
5	* Spareinlagen	"	174 550	177 218
6	* bei Sparkassen	"	103 138	105 082
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 741	9 336
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	9 070	9 116
	Zahlungsschwierigkeiten			
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	425	383
10	* Vergleichsverfahren	"	2	1
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	2 623	2 083
12	* Wechselsumme	Mill. DM	22	19
	Sozialleistungen			
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	577 854	582 686
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	547 700	552 755
15	von Lastenzuschuß	"	30 155	29 932
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	147	149
17	Mietzuschuß je Fall	"	146	148
18	Lastenzuschuß je Fall	"	165	160
	Gesetzliche Krankenversicherung (ohne mitversicherte Familienangehörige)			
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 996	10 065
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 763	5 828
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 984	3 010
	Steueraufkommen nach Steuerarten			
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	8 444,4	8 851,2
23	* Steuern vom Einkommen	"	5 187,0	5 497,6
24	* Lohnsteuer ²⁾	"	3 732,1	3 770,5
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	805,3	869,3
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	191,9	220,1
27	* Körperschaftsteuer ²⁾	"	457,8	637,7
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 257,4	3 353,6
29	* Umsatzsteuer	"	1 740,8	1 723,7
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 516,6	1 629,9
31	* Bundessteuern	"	1 325,4	1 350,5
32	* darunter Zölle	"	132,0	148,2
33	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 090,5	1 098,5
34	darunter Mineralölsteuer	"	701,2	711,8
35	* Landessteuern	"	516,9	503,1
36	* darunter Vermögensteuer	"	122,5	125,8
37	* Kraftfahrzeugsteuer	"	189,0	181,1
38	* Biersteuer	"	32,4	31,3
39	* Gemeindesteuern ³⁾	"	2 861,7	3 207,7
40	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	2 269,2	2 581,6
41	* Grundsteuer A	"	14,2	14,5
42	* Grundsteuer B	"	523,9	553,4
	Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ³⁾			
43	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	17 242,0	17 964,6
44	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 759,6	7 202,4
45	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 351,9	6 539,5
46	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	154,2	171,2
47	* Steuereinnahmen des Landes	"	11 299,0	11 832,2
48	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	6 759,6	7 202,4
49	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 834,5	2 949,3
50	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	154,2	171,2
51	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 595,0	4 953,3
52	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	2 041,8	2 087,9
53	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁴⁾	"	1 960,7	2 239,2

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. – 2) nach Berücksichtigung der Einnahmen und

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988	
			Monatsdurchschnitt		
	Preise				
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,5	121,8	
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,7	115,5	
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	120,7	121,3	
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	119,5	120,7	
5	Bekleidung, Schuhe	"	124,3	126,1	
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen				
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	120,3	121,4	
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,2	115,0	
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	121,0	121,7	
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	"	119,4	120,5	
10	Bekleidung, Schuhe	"	125,1	126,9	
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude				
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	117,8	120,4	
12	davon Rohbauarbeiten	"	112,4	114,5	
13	Ausbauarbeiten	"	125,6	128,8	
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	} Bauleistungen am Bauwerk	118,7	121,4	
15	für Bürogebäude		"	120,8	123,8
16	für gewerbliche Betriebsgebäude		"	120,7	123,3
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	104,1	104,5	
	Löhne und Gehälter				
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾				
	Bruttowochenverdienste				
18	* männliche Arbeiter	DM	758	794	
19	* darunter Facharbeiter	"	800	836	
20	* weibliche Arbeiter	"	528	550	
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	516	538	
	Bruttostundenverdienste				
22	* männliche Arbeiter	DM	18,58	19,35	
23	* darunter Facharbeiter	"	19,61	20,39	
24	* weibliche Arbeiter	"	13,44	14,07	
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	13,15	13,82	
	bezahlte Wochenarbeitszeit				
26	männliche Arbeiter	h	40,8	41,0	
27	weibliche Arbeiter	"	39,3	39,1	
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾				
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau				
	kaufmännische Angestellte				
28	* männlich	DM	4 760	4 941	
29	* weiblich	"	3 262	3 381	
	technische Angestellte				
30	* männlich	DM	4 958	5 123	
31	* weiblich	"	3 348	3 465	
	in Handel, Kredit und Versicherungen				
	kaufmännische Angestellte				
32	* männlich	DM	3 935	4 056	
33	* weiblich	"	2 645	2 750	
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		+0,1	+0,8	

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen – 2) statt Monatsdurchschnitt 1987 bzw. 1988: Vierteljahresdurchschnitt – 3) mit der jeweiligen Anzahl der Beschäftigten (Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1988			1989				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
121,8	121,9	122,0	125,3	125,2	125,1	125,4	1
115,5	115,2	115,0	118,0	118,0	117,7	118,1	2
121,2	121,5	121,8	125,4	125,6	125,9	126,5	3
120,7	120,7	120,9	122,2	122,3	122,5	122,7	4
125,9	125,9	126,6	128,0	128,0	128,1	128,4	5
121,4	121,4	121,5	125,0	124,9	124,8	125,1	6
114,9	114,6	114,3	117,4	117,3	117,1	117,5	7
121,6	121,9	122,3	125,7	126,0	126,2	126,8	8
120,5	120,5	120,7	122,0	122,2	122,3	122,4	9
126,7	126,7	127,4	128,7	128,8	128,8	129,2	10
.	120,8	.	.	.	124,9	.	11
.	115,0	.	.	.	118,8	.	12
.	129,2	.	.	.	133,8	.	13
.	121,9	.	.	.	125,9	.	14
.	124,4	.	.	.	128,4	.	15
.	124,0	.	.	.	127,9	.	16
.	104,6	.	.	.	107,5	.	17
796	.	.	.	821	.	.	18
836	.	.	.	875	.	.	19
551	.	.	.	568	.	.	20
540	.	.	.	557	.	.	21
19,46	.	.	.	20,27	.	.	22
20,50	.	.	.	21,37	.	.	23
14,14	.	.	.	14,68	.	.	24
13,91	.	.	.	14,44	.	.	25
40,9	.	.	.	40,9	.	.	26
39,0	.	.	.	38,7	.	.	27
4 946	.	.	.	5 118	.	.	28
3 386	.	.	.	3 492	.	.	29
5 150	.	.	.	5 327	.	.	30
3 479	.	.	.	3 571	.	.	31
4 062	.	.	.	4 224	.	.	32
2 761	.	.	.	2 881	.	.	33
+0,7	+0,9	+1,0	+1,9	+2,0	+2,1	+2,2	34

gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 4) faktorenanalytische Verknüpfung von 11 konjunkturabhängigen Einzelreihen

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1987	1988
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung¹⁾			
1	Wohnbevölkerung ²⁾	1 000	61 315 ³⁾	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	6,3	...
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	10,5	...
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,2	...
	Erwerbstätigkeit			
5	Erwerbstätige	1 000	26 007p	26 160p
6	Arbeitslose ²⁾	"	2 229	2 242
	Landwirtschaft			
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	406	400
8	Milcherzeugung	"	2 035	1 998
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			
9	Beschäftigte	1 000	7 054	7 039
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	649	644
11	Umsatz	Mill. DM	123 009	130 073
12	darunter Auslandsumsatz	"	36 519	39 499
13	Index der Nettoproduktion	1985 = 100	102,4	106,1
	Bauhauptgewerbe			
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe	1 000	985	972
15	Beschäftigte	Mill.	103	105
16	geleistete Arbeitsstunden	"	36	37
	Handel			
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt	1986 = 100	104,2	108,4
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge	Mill. DM	3 024	3 139
	Lieferungen	"	2 216	2 288
20	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
21	Bezüge	Mill. DM	554	566
	Lieferungen	"	614	603
22	Außenhandel			
23	Einfuhr	Mill. DM	34 137	36 647
	Ausfuhr	"	43 948	47 313
	Verkehr			
24	Beförderte Güter			
25	Eisenbahnen ⁴⁾	1 000 t	25 539	25 856
26	Binnenschifffahrt	"	18 417	19 444
	Seeschifffahrt	"	11 094p	11 702p
27	Beförderte Personen			
	Eisenbahnen ⁴⁾	Mill.	93,9	90,7
	Geld und Kredit			
28	Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	124,1	142,6
29	Spareinlagen ²⁾	"	701,1	728,0
30	Kredite an			
31	Unternehmen und Privatpersonen ²⁾	Mrd. DM	1 699,8	1 791,1
	öffentliche Haushalte ²⁾	"	500,5	541,4
	Steuern			
32	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	33 637	34 942
33	Steuern vom Einkommen	"	19 171	19 952
34	Lohnsteuer	"	13 681	13 959
35	veranlagte Einkommensteuer	"	2 558	2 766
36	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	657	728
37	Körperschaftsteuer	"	2 275	2 500
38	Bundessteuern	"	4 310	4 394
39	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 427	4 575
40	Landessteuern	"	1 853	1 889
	Preise			
41	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	99,7	102,2
42	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	118,6	121,2
43	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1985 = 100	95,1	96,3
44	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	93,9	94,0p
45	Preisindex für die Lebenshaltung			
46	aller privaten Haushalte	1985 = 100	100,1	101,4
	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	99,9	101,0

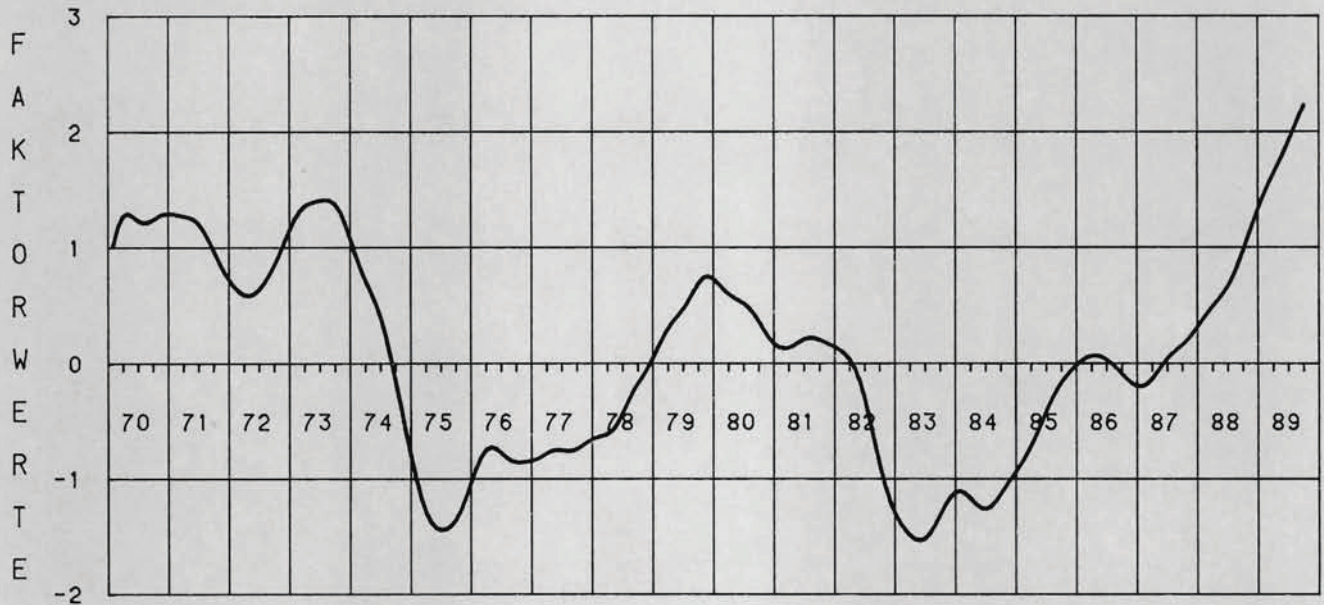
1) Vorläufige Ergebnisse – 2) Jahres- bzw. Monatsende – 3) vorläufiges Ergebnis auf Basis der Ergebnisse der Volkszählung vom 27. 5. 1970 – 4) Eisenbahnen des

1988			1989				Lfd. Nr.
Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
...	1
7,7	10,6	9,1	8,8	7,3	8,4	9,5	2
10,9	11,8	11,9	11,1	11,6	11,8	11,2	3
10,1	10,8	10,7	10,8	10,4	10,6	10,3	4
26 187p	26 302p	26 438p	27 635p	27 689p	27 807p	27 950p	5
2 199	2 167	2 100	1 915	1 973	1 940	1 881p	6
362	424	403	374	357	390	374	7
2 161	2 070	1 943r	2 208	2 177	2 053	...	8
7 051	7 091	7 109	7 108	7 162	7 209	7 214	9
580	620	672	679	609	620	660	10
122 941	122 507	142 993	150 795	131 296	131 660	148 881	11
35 948	35 607	43 787	47 828	40 478	39 545	45 872	12
98,7	98,8	112,8	114,0	106,7	102,0	116,3	13
998	1 008	1 008	970	974	984	985	14
112	118	127	125	108	114	118	15
39	41	45	44	37	39	41	16
104,6	100,0	106,1r	112,0	107,7	106,4	109,5p	17
2 840	3 267	3 296	3 500	3 142	3 187	3 291	18
2 065	2 252	2 478	2 370	2 218	2 154	2 236	19
546	581	544	602	626	592	592	20
640	541	603	661	701	601	628	21
36 041	34 945	36 231	46 886	41 026	38 566	40 511	22
47 100	44 244	47 520	60 779	51 639	49 791	52 949	23
24 267	25 491	26 582	27 363	25 864	24
20 631	19 751	20 544	20 881	25
12 427p	11 748p	11 683p	12 294p	11 044p	26
97,7	88,8	84,8	91,3	97,1	27
131,9	130,7	133,2	142,9	142,7	28
710,7	710,2	709,0	700,7	694,6	29
1 733,7	1 738,7	1 752,2	1 841,1	1 844,3	30
521,6	527,2	530,2	541,8	542,7	31
31 029	30 759	42 979	46 176	35 812	32 808	46 047p	32
15 574	15 133	30 526	32 333	18 937	16 012	33 040	33
15 105	14 065	13 269	14 867	16 313	15 014	14 416	34
-541	-409	9 235	8 620	-255	-314	10 100	35
1 520	1 730	383	1 393	2 457	1 222	243	36
-511	-253	7 638	7 453	420	89	8 281	37
4 465	4 506	4 292r	4 697	5 082	5 129	4 915p	38
4 711	4 654	4 553	4 818	5 250	4 968	5 136p	39
1 600	2 563	1 462	1 750	1 669	2 703	1 550p	40
103,0	103,7	103,6	108,5	107,5	108,1	108,5	41
96,4	121,7	96,7	99,2	99,3	126,3	99,6	42
93,3	96,5	95,5	103,2	104,1	99,4	107,0p	43
122,5 ⁵⁾	122,6 ⁵⁾	122,6 ⁵⁾	104,4	104,3	104,2	104,3	45
122,1 ⁵⁾	122,1 ⁵⁾	122,1 ⁵⁾	104,1	104,0	103,9	104,1	46

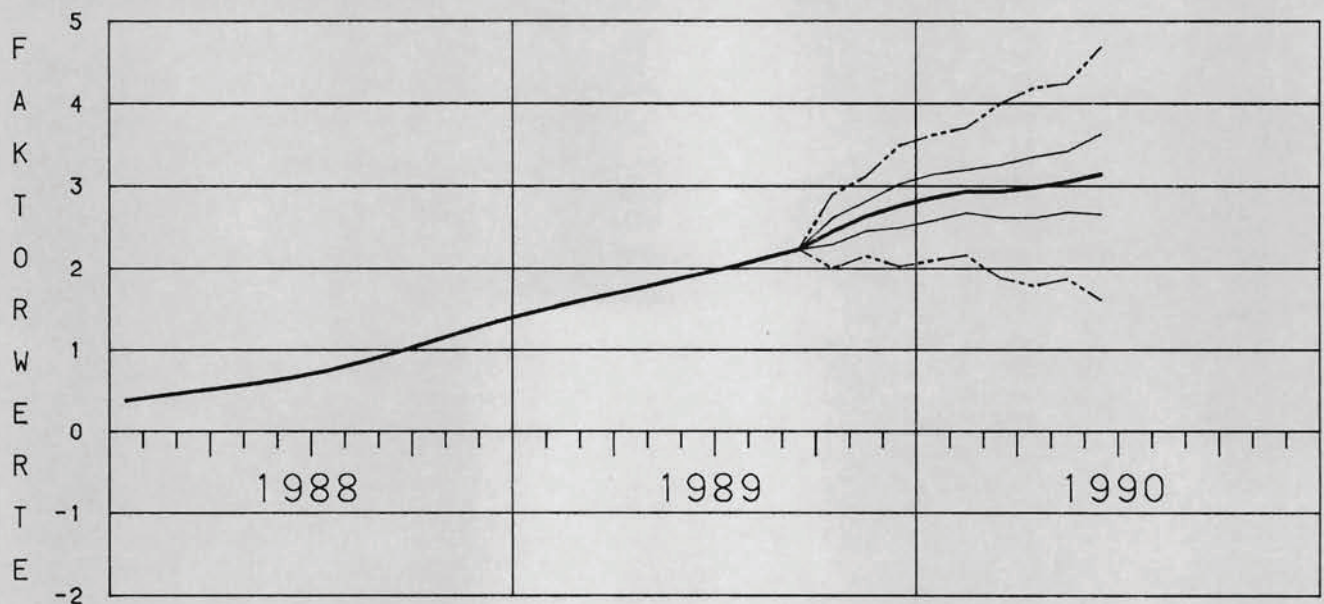
öffentlichen Verkehrs – 5) Basisjahr 1980 = 100 – – – Quelle: Statistisches Bundesamt

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG

BIS SEPTEMBER 1989 REALISIERTE WERTE ¹⁾



AB OKTOBER 1989 BIS JUNI 1990 PROGNOTIZIERTE WERTE ²⁾



— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

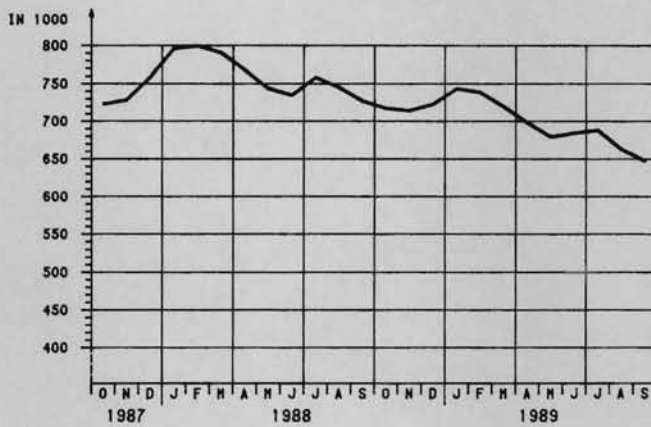
- - - 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

1) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -

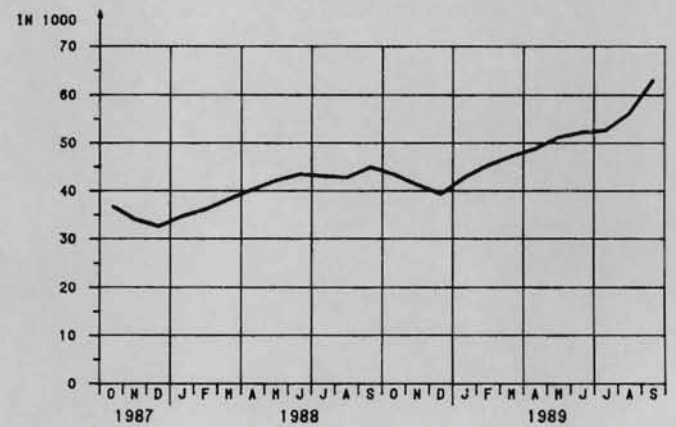
2) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER OKTOBER 1987 BIS SEPTEMBER 1989

ARBEITSLOSE



OFFENE STELLEN



PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE

